

ASPEKTE DES "free flow of information" BEI FERNSEHSENDUNGEN
ÜBER NACHRICHTENSATELLITEN

INAUGURAL - DISSERTATION

zur

Erlangung des Doktorgrades

des Fachbereiches Philosophie und Sozialwissenschaften der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Barbara Nickolaus

aus Berlin

Berlin 1976



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549024_0044

Inhaltsangabe

Vorworte

Inhaltsangabe

Teil A	Historische Aspekte der Entwicklung eines globalen Fernmeldesatellitenwesens	S.1 - 14
Teil B	Probleme des Fernmelde- und Nachrichtensatellitenwesens	S.15 - 147
I	Aspekte der Kommunikationstechnologie bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten	S.15 - 43
1)	Gruppenspezifische Arbeitsweise der Satellitentypen I, II u. III	S.18 - 24
2)	ITU	S.24 - 31
3)	Fernmeldesatelliten - Nachrichtensatelliten	S.32 - 43
II	Juristische Aspekte bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten	S.44 - 116
1)	Historische Entwicklung des Gedankens des Free Flow of Information im Recht seit der Antike	S.44 - 58
2)	Die rechtliche Relevanz völkerrechtlicher Vereinbarungen zu Fragen des freien Informationsflusses	S.59 - 71
a	Völkerrechtsquellen	
aa)	nach Brunner	
bb)	gemäß Art. 38 I IGH-Statut	
b	Fragen der rechtlichen Verbindlichkeit bestimmter Formen völkerrechtlicher Vereinbarungen	
c	KSZE	
3)	Garantie und tatsächlicher Umfang der Pressefreiheit	S.71 - 78
a	Pica-Studie/Tampere-Studie	
b	Die sozialistische Interpretation verfassungsrechtlich garantierter Freiheitsrechte	

4)	Fragen des internationalen Kommunikationsrechts	S.79 - 103
a	Balance zwischen nationaler Souveränität und internationalem freien Informationsfluß	
b	Souveränitätsfragen im Funkrecht (Joeden)	
c	Theorie Joedens bezogen auf heutige funkrechtliche Gegebenheiten	
d	Einschränkung der Informationsfreiheit	
e	Problematik der Störsender	
5)	Fragen des Urheber- und Leistungsschutzrechts	S.104 - 116
a	Urheberrechtliche Fragen	
b	Leistungsschutzrechtliche Belange	
III	Kommunikationspolitische Aspekte bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten	S.117 - 147
1)	Unesco-Deklaration 1972	S.117 - 124
2)	Resolutionen der Internationalen Anwaltsunion	S.124 - 125
3)	Bildungsfernsehen via Satelliten für Entwicklungsländer	S.125 - 139
4)	Nachrichtensatelliten der Zukunft als Wegbereiter für medienpolitische Strukturveränderungen	S.139 - 147
Teil C	Schlußbemerkungen	S.148 - 149
	Bibliographie	S.150 - 166
	Zeitschriftentitel-Abkürzungen	S.167
	Abkürzungsverzeichnis	S.167 - 168

Teil A

Historische Aspekte der Entwicklung eines globalen Fernmeldesatellitenwesens

Die moderne Raumfahrt-Technologie ist verknüpft mit den Namen Robert Hutchings Goddard¹ und Hermann Oberth². In ihren damals zu den wissenschaftlichen Standardwerken gehörenden Arbeiten³ zur Raketen- und Raumflugtechnik schufen sie die Grundlage für die Entwicklung von Trägerraketen, ohne die die gesamte heutige Satelliten-Technologie undenkbar wäre. Allerdings begann erst nach dem zweiten Weltkrieg die Weltraumforschung auch Möglichkeiten extra-terrestrischer Fernmeldeübertragungswege zu erwägen.

Als der Publizist Arthur C. Clarke 1945 in einem damals wohl mehr belächelten als wissenschaftlich ernst genommenen Zeitschriftenaufsatz⁴ erstmals die Verwendung von drei Synchronsatelliten für den internationalen Fernmeldeverkehr vorschlug, sah er in der Theorie bereits eine technische Entwicklung voraus, die 1965 mit dem Start von Intelsat I Wirklichkeit zu werden versprach - und heute längst Realität geworden ist.

Clarke ging davon aus, daß eine globale Satellitenkommunikation dann denkbar wäre, wenn eine Trägerrakete konstruiert werden könnte, die einen Satelliten in 36000 km Höhe über dem Äquator placierte, so daß sich dieser künstliche Himmelskörper synchron zur Erdgeschwindigkeit bewegen würde. Mit Hilfe eines solchen Satelliten - so meinte Clarke - könnten Fernmeldedienste, insbesondere Rundfunk- und Fernsehsendungen über weiteste Entfernungen verbreitet und mit entsprechenden Bodenstationen empfangen werden. Die Installation einer Unzahl kostspieliger Relaisstationen sowie die Verwendung der äußerst teuren Koaxialkabel würde dementsprechend entfallen, zumal diese Einrichtungen nicht einmal einen transatlantischen Fernmeldeverkehr zuließen.

¹R.H. Goddard (1882-1945), amerikanischer Physiker

²H. Oberth (1884-1973), Begründer der deutschen Raumfahrt

³R.H. Goddard, A Method of Reaching Extreme Altitudes, Princeton 1919; H. Oberth, Die Rakete zu den Planetenräumen, Berlin 1923

⁴A.C. Clarke, Extra-Terrestrial Relays.-In: Wireless World, Okt. 1945; Nachdruck in: A.C. Clarke, Voices from the Sky, New York 1965

Drei gleichweit voneinander entfernte Satelliten in der gleichen Umlaufbahn aber wären durchaus in der Lage, etwa 90 % der Erdoberfläche abzudecken. Diese Satelliten, die Clarke sich damals vorstellte, entsprachen eher bemannten Raumstationen als Satelliten heutiger Bauweise. So sollten diese bemannt sein, damit alle Funktionen des Satelliten, die heute durch eine außerordentlich weiterentwickelte Elektronentechnik übernommen werden, durch geschultes Personal ausgeführt werden konnten. Als Energiequelle für den Betrieb dieser Raumstationen verwies Clarke auf die Sonnenenergie. Zwischen dem Jahr des Erscheinens von Clarkes Aufsatz (1945) und dem Start des ersten Satelliten (1957) und des ersten Fernmeldesatelliten Intelsat I (1965) lag ein für Clarke zum damaligen Zeitpunkt noch nicht übersehbarer Zeitraum, in dem die Elektronentechnik zu ungeahnten technischen Neuerungen führte, auf Grund derer erst funktionsfähige Satelliten und Bodenstationen entwickelt werden konnten.

John V. Pierce von den Bell-Labs war es, der an der Entwicklung der Wanderfeldröhre und der Transistoren maßgeblich beteiligt war und die ersten Fernmeldesatellitenprojekte der USA Anfang der fünfziger Jahre initiierte.

Im Internationalen Geophysikalischen Jahr 1957 kündigten die USA den Start eines künstlichen Erdtrabanten an. Stattdessen jedoch informierte die russische Nachrichtenagentur Tass¹ im Oktober 1957 die Welt mit folgender Meldung von einem Ereignis weitreichendster Bedeutung:

"Seit mehreren Jahren sind in der Sowjetunion wissenschaftliche Forschungen und experimentelle Konstruktionsarbeiten zur Entwicklung eines künstlichen Erdsatelliten unternommen worden... Als Ergebnis der umfassenden und angestrebten Arbeiten von Forschungsinstituten und Konstruktionsbüros ist in der Sowjetunion der erste künstliche Erdsatellit der Welt entwickelt worden. Am 4. Oktober 1957 wurde in der UdSSR der erste Satellit erfolgreich gestartet."

¹Tass-Meldung 5.10.1957

Der erfolgreiche Start des ersten künstlichen Satelliten der Erde, Sputnik I, führte in den USA zu einem sogenannten "Sputnik-Schock". Noch unter dem Eindruck dieses aufwühlenden Ereignisses wurden die amerikanischen Aktivitäten auf dem Weltraumsektor verstärkt. Knapp vier Monate nach dem Start Sputniks sandten die USA am 1.2. 1958 ihren ersten Satelliten, Explorer I,¹ in den Weltraum. Die Entwicklung dieses Meßsatelliten hatte zunächst die amerikanische Armee und später das der Nasa unterstellte Goddard Space Flight Center übernommen².

Am 29.7.1958 wird der National Aeronautics and Space Act vom amerikanischen Kongress angenommen. Die Nasa, die zivile Luft- und Raumfahrtbehörde wurde am 1.10.1958 daraufhin als Nachfolgerin des nationalen Luftfahrtberatungskomitees Naca gegründet.³

Im Dezember 1958 begann das US-Army-Signal-Corps mit dem aktiven Satelliten Score zu experimentieren. Dieser Satellit diente militärischen Fernmeldezwecken. Zwölf Tage hindurch arbeitete er als Weltraumrelaisstation zwischen den Bodenstationen in Arizona, Georgia und Texas. Score hatte erstmals die Aufgabe, eine Nachricht weiterzuleiten. Es waren Grußworte Präsident Eisenhowers zum Weihnachtsfest 1958⁴. Als aktiver Satellit wird in Anlage 1 der Revision des Artikels 1 der Vollzugsordnung für den Funkdienst⁵ "ein Erdsatellit mit einer Funkstelle, die dazu bestimmt ist, Funkzeichen auszusenden oder weiterzuvermitteln" bezeichnet. Genauer wird die Funktion eines aktiven Satelliten von Uhlitzsch dargestellt:

¹ Mehrere Serien des Typs Explorer mit unterschiedlicher Zweckbestimmung wurden daraufhin in den folgenden Jahren von den USA erfolgreich erprobt.

² vgl. dtv-Lexikon der Raumfahrt, Stichwort "Explorer"

³ Naca = National Advisory Committee for Aeronautics

⁴ Es wäre jedoch falsch, auf Grund der Tatsache, daß hier erstmals ein Satellit diese Grußbotschaft ausstrahlte, Score bereits als ersten Nachrichtensatelliten zu bezeichnen. Bei dieser Rede handelte es sich nur um eine zuvor aufgenommene, dem Satelliten mitgegebene "Nachricht", die jederzeit beliebig wiederholbar abzurufen war. Der Ausstrahlungsprozess, mit dem heutige Satelliten eine Nachricht von einer Bodenstation empfangen, um sie dann an eine andere Bodenstation weiterzuleiten, fehlte.

⁵ vgl. Schlussakten der ausserordentlichen Funkverwaltungs-konferenz für die Zuweisung von Frequenzbereichen für den Weltraum-Funkverkehr. Genf 1963.

"...er hat elektromagnetische Strahlung von der Erde zu empfangen, zu verstärken und in einer anderen Frequenz wieder auszusenden. Man bezeichnet einen derartigen Satelliten auch als aktiven Satelliten, weil in ihm ein Verstärkungsprozess stattfindet."¹ Dieser Satellitentyp wird zumeist auch mit Aufnahmevorrichtungen ausgerüstet, so daß er nicht nur für gleichzeitige, sondern auch für zeitlich spätere Übertragungen benutzbar ist.

Da Satelliten infolge ihres großen Abstandes von der Erde in der Lage sind, zwischen zwei auseinanderliegenden Punkten der Erde eine Funkverbindung herzustellen, so haben Satelliten die Aufgabe, einer Richtfunk-Relaisstation zwischen den Kontinenten übernommen und werden daher auch als Relais-Satellit bezeichnet.²

Obwohl man bereits auf Grund der Erfahrungen mit aktiven Satelliten davon überzeugt war, daß nur dieser Typ brauchbar war, um ein kommerzielles Fernmeldesatellitensystem zu errichten, so stellte man dennoch Versuche mit passiven Satelliten an. Echo I, ein Ballon von etwa 30 m Durchmesser mit stark reflektierender Aluminiumhülle, wurde 1960 von der Nasa gestartet. Er sollte der Telefon-, Faksimile- und Datenübertragung dienen. Da ein solcher Satellit nur Radiowellen bis zu 10000 MHz reflektierte und nur die Übertragung eines einzigen Fernsprechanals unterhalb der internationalen Normqualität übertrug, so war an eine breitbandige und damit auch in finanzieller Hinsicht sinnvolle Nachrichtenübertragung mit diesem Satelliten-Typ nicht zu denken. Auch der Mond als natürlicher Reflektor für Erdstrahlungen kam aus dem gleichen Grund für kommerzielle Nachrichtenübertragungszwecke nicht in Frage, zumal sich

¹ vgl. Uhlitzsch, Robert: Anatomie einer Erdfunkstelle, S. 27

² vgl. Uhlitzsch a.a.O.S. 26; Smith, Delbert D.: International Telecommunication Control. S. 164 ff.

hier - bedingt durch die große Entfernung von der Erde - noch eine Signallaufzeit von ca. 2 sec. störend auswirkte.¹

Rehbinder faßt die Vor- und Nachteile passiver und aktiver Satelliten wie folgt zusammen:

"Der passive Satellit...hat keine elektronische Ausrüstung und ist daher nicht so anfällig gegenüber technischen Pannen. Sein Nachteil besteht darin, daß ohne einen Verstärker des Satelliten selbst die Übertragung sehr kostspielig ist, weil sehr starke Sendeeinrichtungen und sehr komplizierte und feine Empfangsgeräte erforderlich sind", dagegen ist der aktive Satellit "komplizierter und dementsprechend kostspieliger; die höheren Herstellungskosten werden jedoch durch die geringen Kosten für Sende- und Empfangsgeräte mehr als ausgeglichen." (2)

Im Herbst 1960 experimentierte das US-Army Signal Corps mit dem militärischen Zwecken dienenden aktiven Satelliten Courier I. Von dem UN-Committee on the Peaceful Use of Outer Space wird 1961 eine Entschließung bei der UN-Generalversammlung eingebracht, die eine "weltweite und nicht-diskriminierende Grundlage" für das Nachrichtensatellitenwesen fordert.³

1962 werden die Erdefunkstellen Andover/USA, Goonhilly/England, Pleumeur Bodou/Frankreich gebaut und Raisting in Deutschland geplant.

Zwischen sieben europäischen Staaten wird am 29.3.1962 ein Abkommen über die Gründung der Eldo-Organisation geschlossen. Aufgabe der Eldo sollte es sein, die Entwicklung einer europäischen Trägerrakete (Europa I) zu koordinieren. Das Abkommen trat am 29.2.1964 in Kraft.

Telstar I, der erste experimentelle Nachrichtensatellit, der von der Nasa in Zusammenarbeit mit der ATT in den Bell Labs entwickelt wurde, übertrug am 10./11.7.1962 Fernseh-Testsendungen zwischen den USA und Europa und am 23.7.1962 ein

¹ vgl. Uhlitzsch a.a.O.S.27

² vgl. Rehbinder, Manfred: Internationale Massenkommunikation über Satelliten. Fuk 5(1971)S.152

³ UN-Resolution No.1721

Fernsehprogramm aus den USA, das von der Eurovision ausgestrahlt wurde. Das Fernmeldesatellitensystem wird mit den von RCA gebauten Satelliten Relay I und II weiter ausgebaut, die Übertragungen zwischen den USA und Europa, Südamerika und Japan ermöglichen. Die ITU gibt auf der außerordentlichen Funkverwaltungs-konferenz von 1963, die sich ausschließlich mit Satellitenfragen beschäftigt, zwei 50 MHz-Bereiche für Satellitenübertragungen frei.

1963/64 folgte die letzte Gruppe der experimentellen Satelliten Syncom I, II, III, die die Hughes Aircraft Company entwickelte. Diese Satelliten übertrugen neben Nachrichtensendungen und Berichten über Weltereignisse Aufzeichnungen von den Olympischen Spielen in Japan. Mit Syncom III war die Phase der Experimente mit Fernmeldesatelliten abgeschlossen. Erkenntnisse, die man aus den einzelnen Versuchen gewonnen hatte, führten bereits ein Jahr später, 1965, zu Errichtung eines kommerziellen Fernmeldesatellitensystems.

Insbesondere zwei Faktoren sind es, die den relativ schnellen Aufbau eines kommerziell genutzten Satellitensystems ermöglichten:

- 1.) Bereits seit 1962 wurde der Aufbau von Erdefunkstellen systematisch geplant und fristgerecht durchgeführt, und
- 2.) durch die Entwicklung von Synchronsatelliten standen nunmehr Typen zur Verfügung, die Tag und Nacht hindurch für den internationalen Fernmeldeverkehr nutzbar waren.

Im Gegensatz zu den für den Nachrichtenverkehr heute allein benutzten Synchronsatelliten liefen die sogen. Seriensatelliten wie z.B. Telstar und Relay auf einer mittleren Zufallsbahn um die Erde und waren daher nur zeitweise einsetzbar. Dies deshalb, weil: "Satelliten... für ihre Benutzung wegen der hohen Frequenzen die optische Sicht zwischen Erdefunkstelle und Satellit" erfordern.¹

¹vgl. Uhlitzsch a.a.O. S. 60/61

"Für die Verbindung zweier Erdefunkstellen ist es notwendig, daß für beide Stationen der Satellit gleichzeitig "sichtbar" ist, d.h. oberhalb des Horizonts umläuft. Nur in demjenigen Lahnstück, in dem diese Forderung erfüllt ist, kann eine Nachrichtenverbindung stattfinden." (1)

Will man mit diesem Satelliten einen unterbrechungs-freien Nachrichtenweg erhalten,

"so muß man deshalb mehrere gleichartige Satelliten auf die gleiche Bahn bringen und zwar derart nacheinander versetzt, daß eine zeitliche Überlappung in der Nutzung aufeinanderfolgender Satelliten besteht." (2)

Um ein kommerzielles Satellitensystem zu errichten, hätte man zwar Seriensatelliten benutzen können, doch die Vielzahl der Satelliten, die für ein unterbrechungs-freies System gebraucht würden, ließen ein solches Projekt aus finanziellen Gründen absurd erscheinen.³ Zur kommerziellen Anwendung sind daher die erheblich wirtschaftlicher arbeitenden Synchronsatelliten gekommen.

"Es handelt sich dabei um einen Flugkörper, der in einer äquatorialen Kreisbahn eine Bahnhöhe von rund 36000 km einhält. Ein derartiger Satellit bewegt sich synchron zur Erddrehung, d.h. er hat in seiner Bahn die gleiche Winkelgeschwindigkeit wie irgendein Punkt auf der Erdoberfläche und scheint deshalb, von der Erde aus gesehen, am Himmel stillzustehen. Zwei Erdefunkstellen A und B können diesen Synchronsatelliten, sofern er im gemeinsamen Sichtbereich "steht", ohne Unterbrechung, also 24 Stunden pro Tag, für den Nachrichtenaustausch benutzen... Mit drei Synchronsatelliten, die passend über dem Äquator fixiert werden, kann ein weltweites Satelliten-Fernmeldenetz eingerichtet werden, das mit Ausnahme der Polargebiete die ganze Erde abdeckt." (4)

John F. Kennedy war es, der den Aufbau eines weltweiten

¹ vgl. Uhlitzsch a.a.O.

² vgl. Uhlitzsch a.a.O. S. 61

³ Zwölf einander folgende Satelliten auf einer äquatorialen Bahn bei einer Höhe von 13900 km würden ein unterbrechungsfreies Fernmeldenetzsystem garantieren.

⁴ vgl. Uhlitzsch a.a.O. S. 62/63

kommerziell genutzten Fernmeldesatellitensystems anregte. Im Juni 1961 beauftragte er den National Aeronautics and Space Council, Vorschläge für ein kommerzielles Satellitensystem auszuarbeiten. Auf Grund dieser ihm einen Monat später vorliegenden Studie veröffentlichte Präsident Kennedy am 24.7.1961 seinen Wunsch, ein kommerzielles Fernmeldesatellitensystem zu errichten. Die Nasa beauftragte daraufhin die Firma A.T.T. mit dem Bau von Telstar und Hughes Aircraft unabhängig davon mit der Herstellung von Syncom I.

Am 20. Dezember 1961 wurde von der UN-Generalversammlung eine Resolution¹ über den Aufbau eines globalen Fernmeldesatellitensystems, an dem alle Staaten beteiligt werden sollen, angenommen.

Anfang 1962 liegt der Gesetzesentwurf des "Communications Satellite Act" vor.

Senatshearings, Statements von Präsident Eisenhower und Präsident Kennedy sowie eine FCC-Befragung der Common Carriers über ihre Beteiligung am geplanten Fernmeldesatellitensystem führte zu mehreren Gesetzesvorlagen.² Aus diesen Ansichten kristallisierte sich endgültig die Meinung heraus: weder die Regierung noch die Common Carriers allein sollten Eigentümer der Einrichtungen des geplanten Fernmeldesatellitensystems werden, sondern ein neu zu gründendes Konsortium, in dem alle Interessengruppen stimmberechtigt sein sollten.

Am 31.8.1962 verabschiedete der amerikanische Kongress den "Communications Satellite Act"³. In der Einleitung zu diesem Gesetz wird erklärt, daß es das Ziel der USA sei, gemeinsam mit den Regierungen der anderen Länder ein kommerzielles Fernmeldesatellitensystem zu errichten, um

¹UN-Resolution No. 1721 betr. "International Cooperation in the Peaceful Use of Outer Space"

²Colino, Richard R. Intelsat. In: Columbia Journal of Transnational Law. Vol. 6, (1967) S. 31

³vgl. 87th Congress, H.R. 11040, Aug. 31, 1962, 76 Stat. 419

das bestehende globale Fernmeldenetz zu verbessern, allen Ländern die Vorteile eines solchen Fernmeldesystems zugänglich zu machen und damit zum Weltfrieden und zur Verständigung der Völker beizutragen. Das Gesetz sah zum Zwecke der schnellstmöglichen und wirtschaftlichsten Entwicklung eines derartigen Kommunikationssystems die Bildung einer kommerziellen, staatlich überwachten Privatgesellschaft unter dem Namen "Comsat" vor.

Voraussetzung für die Beteiligung der Länder an dem geplanten Fernmeldesystem war ihre Zugehörigkeit zur ITU. Dieser gehören heute 145 Länder der Welt an¹.

Im Februar 1963 nahm Comsat die Arbeit auf. Die westeuropäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen schlossen sich zur europäischen Satellitenkonferenz CETS² zusammen, um mit Comsat wirkungsvoller verhandeln zu können.

Am 20.8.1964 werden zwei Interims-Abkommen zur vorläufigen Regelung eines weltweiten Satelliten-Fernmeldesystems geschlossen.

Das sogen. "Regierungs-Abkommen"³ legt die Grundsätze für eine Zusammenarbeit der Vertragsparteien fest und bestimmt die Organstruktur von Intelsat. Außerdem sollte bis zum 1.1.1970 ein definitives Abkommen ausgehandelt werden.

Der zweite Vertrag, das "Betriebs-Abkommen" oder "Sonder-Abkommen"⁴ legte Einzelheiten der Finanzierung und des Beschaffungswesens fest, außerdem die Bedingungen für die Zulassung von Erdefunkstellen zur Benutzung des Weltraumsektors, und fernerhin die Aufgaben von Comsat.

Diese Verträge wurden 1965 durch ein Schieds-Abkommen⁵ ergänzt. Über achtzig Nationen der damals ca. 140 Mitgliedsstaaten der ITU traten den Abkommen bei. Diese Staaten

¹ Stand: Juli 1973

² CETS = Europäische Satellitenkonferenz

³ vgl. BGBl 1965 II S. 1499

⁴ vgl. BGBl 1965 II S. 1511

⁵ vgl. in Kraft seit 21.11.1966

bilden das internationale Fernmeldesatelliten-Konsortium "Intelsat", als dessen Manager Comsat fungiert.

Am 6.4.1965 wurde der Synchronsatellit Intelsat I "Early Bird" vom Typ Syncom gestartet und über dem Atlantik stationiert. Dieser Satellit hatte eine Kapazität von wahlweise 240 Telefon-Kanälen oder einem Fernseh-Kanal, wobei nur die direkte Verbindung zwischen zwei Erdefunkstellen möglich war. (point-to-point-Verbindung)

Kurze Zeit später, am 23.4.1965, starteten die UdSSR ihren ersten, auf elliptischer Bahn umlaufenden Fernmelde-Satelliten Molnya I¹ und bauen ihr "Orbita"-Bodenstationssystem aus. Die Satelliten sind ungleich schwerer und größer als die amerikanischen Typen und werden fast ausschließlich für innerstaatliche Kommunikation verwendet.² Das Orbita-System wurde offiziell während der Feier zum 50-jährigen Jubiläum der Oktober-Revolution eingeweiht.³ Es wird als Distributions-System benutzt, d.h. die in Moskau produzierten Sendungen werden durch den Satelliten an regionale Bodenstationen des Landes übermittelt und von da aus auf konventionellem Wege weitergesendet.

Eventuell 1965 wird in Montreux die International Telecommunication Convention von 129 Ländern unterzeichnet.⁴

Am 25.3.1967 sehen etwa 600-700 Millionen Menschen in allen Teilen der Erde die ausschließlich für Satelliten-Übertragungszwecke konzipierte Sendung "Our World".

Am 10.11.1967 trat ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über den Bau, den Start und die Nutzung eines experimentellen Fernmeldesatelliten "Symphonie" in Kraft.⁵ Die Zusammenarbeit beider Staaten sollte hierbei nicht nur auf die Entwicklung des Satelliten beschränkt bleiben, sondern sich auch auf den Bau experimenteller Erdefunkstellen erstrecken.

¹vgl. dtv-Lexikon "Raumfahrt", Stichwort "Molnya"

²Es finden jedoch auch internationale Übertragungen statt. So im Mai 1965 von Moskau nach Fernost, im Oktober an die britische Küste und experimentelle Sendungen zwischen der UdSSR und der französischen Bodenstation Pleumeur-Bodou im November 1965.

³10.11.1965 Diese Feier wurde via Satellit im Gebiet der, UdSSR übertragen.

⁴... Winter S. 11, Anm. 66

⁵vgl. auch 1969 II S. 85

Während der ersten UN-Konferenz zu Fragen der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums (August 1968) schlägt die UDSSR dem damaligen UN-Generalsekretär U-Thant den Aufbau einer internationalen Fernmeldesatelliten-Gemeinschaft "Intersputnik" vor.¹ Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Kuba, Mongolei, Rumänien befürworten diesen Vorschlag.²

Am 3.10.1968 beginnt das aktive Weltraumprogramm der Organisation "Esro" mit dem Start des Meßsatelliten "Esro I" ("Aurora")³.

1969 begannen in Washington die Gespräche über das endgültige Intelsat-Abkommen, das die Interims-Vereinbarungen ablösen sollte. Nach drei Verhandlungsrunden votierten am 21.5.1971 dreiundsiebzig Länder für das neue definitive Intelsat-Abkommen bei neun Gegenstimmen und vier Enthaltungen.

Das endgültige Abkommen, das sich wiederum in ein Regierungsübereinkommen und ein Betriebsabkommen teilt, wurde am 20.8.1971 in Washington zur Unterzeichnung ausgelegt. Zwei Drittel der Mitglieder, die am Tage der Auslage des Gesetzesentwurfes mindestens zwei Drittel der Quoten nach dem vorläufigen Abkommen innehatten, d.h. 54 Regierungen der insgesamt 82 Mitgliedsstaaten mußten bis spätestens 20.2.1973 das endgültige Regierungsabkommen ratifiziert haben.

Der erste Intelsat IV-Typ aus der vierten und bis etwa 1980 letzten Generation von Intelsat-Satelliten wird am 25.1.1971 gestartet. Dieser Satelliten-Typ hat eine Kapazität von wahlweise 6000 Telefonkanälen oder 12 Fernsehkanälen und ist im "Mehrfachzugang" von verschiedenen Bodenstationen gleichzeitig erreichbar.

Vom 7.6. - 17.8.1971 fand die WARC-ST⁴ in Genf statt, auf der Grundsatz-Entscheidungen über Weltraum-Kommunikation und Satellitenfunk getroffen wurden.

¹
am 5.8.1968

²Hinzu trat als weiterer Befürworter-Staat am 15.11.1971 die DDR.

³Trara.In. TJ,V/71, S. 253

⁴WARC-ST=World Administrative Radio Conference for Space Telecommunications.

Am 15.11.1971 wurde das Intersputnik-Abkommen von 1968 in veränderter Form bekanntgegeben. Die Unterzeichner waren wiederum die gleichen neun Regierungen, die bereits dem Abkommen von 1968 beigetreten waren.

Das Intersputnik-System sollte hiernach in Phasen aufgebaut werden:¹ 1) die Satelliten der UDSSR stehen den Unterzeichner-Staaten kostenlos zur Verfügung. Bodenstationen müssen dafür aber in den Mitgliedsländern selbständig errichtet werden. 2) ein geostationärer Satellit wird über dem Indischen Ozean placiert, der alle Mitgliedsländer außer Kuba bestrahlt. Die Mitgliedsländer müssen in dieser fortgeschrittenen Phase je nach Nutzung die Kanäle des Satelliten mieten.

Im Herbst 1972 erging an die ESC die Einladung der Nasa, am Post-Apollo-Programm teilzunehmen.²

Am 15.2.1972 nahm die Generalversammlung der Unesco in Paris mit 55 gegen 7 Stimmen³ bei 22 Enthaltungen⁴ die "Draft Declaration of Guiding Principles on the Use of Satellite Broadcasting for the Free Flow of Information, the Spread of Education and Greater Cultural Exchange" an.⁵

Nachdem Jamaica im Dezember 1972 als 54. Staat das endgültige Intelsat-Regierungs-Übereinkommen ratifiziert hatte, trat das Abkommen am 12.2.1973 in Kraft.

Auf der fünften Europäischen Weltraumkonferenz auf Ministerebene wird am 21.12.1972 beschlossen, das Träger-Raketenprogramm "Europa III" der Eldo einzustellen und die Organisationen Eldo und Esro zu vereinigen.⁶

¹vgl. Petrov, TJ, IX (1972), S. 44

²vgl. FK 35 (1974), S. 8

³USA, Großbritannien, Canada, Australien, Dänemark, Neuseeland, Costa Rica

⁴u.a. BRD

⁵vgl. Fk 16/17 (1973), S. 1

⁶IBI News Letters 8 (Winter 1973), S. 6

Am 16.3.1973 verabschiedet der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Ratifizierung des endgültigen Intelsat-Regierungsübereinkommens.¹

Comsat erteilt im April 1973 an die Hughes Aircraft Company den Auftrag, drei Intelsat IV-A-Satelliten als sogen. "Zwischengeneration" zu Intelsat V zu konstruieren.²

Während Intelsat IV eine noch stärkere Erweiterung des transatlantischen Telefonverkehrs zwischen Nordamerika und Europa mitsichbringt³, handelt es sich bei der Intelsat V-Generation um Satelliten mit einer weitgehend veränderten Technologie, durch die auch neue Anwendungsbereiche erschlossen werden. Erstmals innerhalb aller bisherigen Intelsat-Typen werden daher Test-Vorläufer entwickelt, die quasi Teilmodelle des geplanten Intelsat V-Satelliten darstellen.⁴ Vom 2.-11. Juli 1973 fand in Nairobi unter der Schirmherrschaft der Unesco und der Wipo die dritte Tagung über die Textfassung der "Draft Convention Relating to the Distribution of Programme-Carrying Signals Transmitted by Satellite" statt.⁵

Auf der 10. Vollversammlung⁶ der Regierungsbevollmächtigten, als oberstem Organ der ITU (14.9.-25.10.1973) wurde eine Neufassung des Internationalen Fernmeldevertrages verabschiedet.⁷

Am 21. Mai 1974 stimmten in Brüssel die Regierungsvertreter von mehr als 50 Staaten (einschließlich der BRD)

¹ vgl. BGBl 1973 II, S. 249

² FK 20 (1973), S. 8

³ Eine Kapazitätserhöhung der durchschnittlich 6000 Fernsprechanäle auf 10 000 Telefonkanäle oder 12 Fernsehkanäle in der Schlußserie von Intelsat IV. vgl. IBI Monograph 3, S. 8, Tafel 1

⁴ vgl. Radtke FK 39(1972), S. 11 vermutet, daß der DTS (development test satellite) durch Lockheed, der als Vorläufer des LCS (Lockheed communications satellite) gilt, als ein solches Modell anzusehen ist, zumal Lockheed auch mit Studien über Intelsat V durch Comsat betraut wurde.

⁵ Dieser nunmehr endgültige Titel der Konvention ist mehrfach geändert worden: Tagung I, Lausanne, April 1971: "Convention to Prohibit the Unauthorized Distribution of Programme-carrying Signals Communicated by Satellites", Tagung II, Paris Mai, 1972: "Convention Against the Unauthorized Distribution of Programme-carrying Signals Transmitted by Satellites"

⁶ Vollversammlungen: I Paris 1865; II Wien 1867; III Rom 1871; IV St. Petersburg 1875; V Madrid 1882; VI Atlantic City 1947; VII Buenos Aires 1952; VIII Genf 1959; IX Montreux 1965

⁷ Fernandez-Shaw EBU 2 (1974), S. 21 ff

auf einer internationalen Konferenz auf Diplomatenenebene dem endgültigen Text des in Nairobi vorbereiteten "Internationalen Abkommen über Satellitensendungen" zu.¹

Am 19. Dezember 1974 erfolgte auf Cape Canaveral der ursprünglich für das Jahr 1972 vorgesehene Start des deutsch-französischen experimentellen Satelliten "Symphonie I" mittels einer amerikanischen Thor-Delta-Rakete.

Am 15.4.1975 erzielten die Forschungsminister aus zehn europäischen Staaten Einigkeit über die Gründung der Europäischen Weltraumbehörde ESA². Mitglieder sind Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Belgien, Spanien, Schweden, Schweiz, Dänemark. Der Gründungsakt fand am 30.5.1975 in Paris statt. Die Organisationen Eldo, Esro und Cets sind in der ESA aufgegangen.

Am 27. August 1975 erfolgte der Start von "Symphonie II".

Am 20. November 1975 wurde während der 2. ITU-Konferenzrunde zur Regelung der Frequenzverteilung im Mittel- und Langwellenbereich der sogen. "Genfer Wellenplan" von Vertretern aus 110 Nationen gebilligt. Der neue Plan tritt am 23.11.1978 in Kraft und soll eine Gültigkeit für elf Jahre gewährleisten.

Am 27. Januar 1976 legte die von der Bundesregierung eingesetzte "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" ihren "Telekommunikationsbericht" vor.

Das Weltraumprogramm der Bundesregierung, das eine verstärkte europäische Zusammenarbeit betont, wurde am 11. Februar 1976 verabschiedet. Der intensivierete Ausbau eines wettbewerbsfähigen Fernmeldesatellitensystems unter Zuhilfenahme der beiden deutsch-französischen Satelliten vom Typ "Symphonie" wird in diesem Plan angestrebt.

¹ Die Vereinbarungen beziehen sich allerdings nicht auf Direkt-Satellitenübertragungen.

² ESA= European Space Agency. Zur Entwicklungsgeschichte der ESA vgl. Globig, Michael, Europas neue NASA, Deutsche Zeitung, 30.5.1975, S. 13.

Teil B

Probleme des Fernmelde- und Nachrichtensatellitenwesens

I Aspekte der Kommunikationstechnologie bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten

Erstmals in der "Draft Declaration of Guiding Principles on the Use of Satellite Broadcasting for the Free Flow of Information, the Spread of Education and Greater Cultural Exchange" wird der Begriff "Free Flow of Information" offiziell im Titel einer Unesco-Erklärung geführt¹.

Es fällt auf, daß im Art.V dieser Grundsatzerklärung zwar das Ziel des Satellitenrundfunks im Hinblick auf den freien Fluß der Informationen genannt wird, aber eine Definition dieses Begriffes "Freier Informationsfluß" nicht zu finden ist. Hier heißt es:

"Ziel des Satellitenrundfunks für den freien Informationsaustausch ist es, die weitestmögliche Verbreitung von Nachrichten aus allen Ländern für alle Völker der Welt zu sichern, sowohl für entwickelte wie für Entwicklungsländer." (2)

Der "Free Flow of Information" wird hierin unreflektiert als ein allseits bekanntes und damit wohl auch akzeptiertes Prinzip hingestellt - eine taktisch-politisch kluge Methode, einen derart brisanten Begriff, dessen Unwägsamkeit jedem erkennbar wird, der die Fachliteratur der letzten Jahre studiert, nicht einer Definition auszusetzen, die notwendig nicht objektiv sein kann, da sie ausschließlich von Vertretern einer wie auch immer gearteten Interessengruppe vorgenommen wird.

Als solche Interessengruppen kommen einerseits die Vertreter der Kommunikationstechnologie³ in Frage, andererseits Juristen⁴ und schließlich Politiker⁵. Jedem dieser Gruppenvertreter stellt sich der Begriff "Free Flow of Information" aus seiner Sicht selbstverständlich unterschiedlich dar, indem sich die Schwerpunkte der Betrachtungsweise jeweils in andere, nicht notwendig politische,

¹-----
¹ Unesco General Conference, 17 th session, Doc. 17 C/76 (21 July 1972), S. 3; dtsh. Text in: Dill FuB 3/4-VI-1972, S. XAVI
² a.a.O. S. 4; Dill, S. XAVI

³ vgl. Teil B I

⁴ vgl. Teil B II

⁵ vgl. Teil B III

Richtungen verlagern.¹

Vorsichtige Prognosen über den Entwicklungsstand der Medien in den einzelnen Ländern gehen nicht weiter als bis zum Jahre 1985². Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint die "Informationsexplosion" und die damit verbundene Weiterentwicklung von Informationsträgern wie Satelliten, AV-Cassetten, Kabelsysteme etc. noch übersehbar.

Satelliten stellen als bloße Weiterentwicklung der terrestrischen Richtfunktechnik kein neues Kommunikationsmittel dar, sondern lediglich eine neue Transportmöglichkeit für Aussagen aller Art.

Nach ihrer Funktion sind drei Satelliten-Gruppen zu unterscheiden:³

- I Zweckgebundene Satelliten
 - 1 Wettersatelliten
 - 2 Navigationssatelliten für See- und Luftfahrt
 - 3 Kommunikationssatelliten für Telefon-Telegraphie-Faksimile-Daten-Rundfunk- und Fernsehverkehr, Bildungszwecke usw.
 - II Meßsatelliten für Forschungszwecke
 - III Militärische Satelliten
-

¹Die Basis der Diskussion für die Problematik eines freien Flusses von Informationen bildet allein die technologische Möglichkeit, Satelliten für einen weltweiten Empfang herzustellen. Solange die Raumfahrttechnologie nicht finanziell tragbare Produktionsmethoden für derartige Direkt-Satelliten entwickelt hat, bleiben alle Kommunikationsmodelle, die bisher diskutiert wurden, nichts weiter als interessante Ideen, die an Science-fiction grenzen.

²vgl. u.a. Bischoff, S. 7; Uhlitzsch, S. 209
Kotowski, S. 5; 21 ff; Klintner, S. 20; Dudoit, S. 4/5,
Radtke FK 39 (1972), S. 10; Dill FuB 2-VI-72, S. VI;
o.Verf. EBU XXIII No. 2/72, S. 65
UN-Doc A/AC 105/66 (12.8.1969), S. 3; UN-Doc A/AC 105/83
(25.5.1970), S. 4

³vgl. u.a. Radtke FK 39 (1972), S. 11; Klintner, S. 4

Das Schrifttum dagegen unterscheidet im Gegensatz zu den Definitionen der Radio Regulations¹:

- I Punkt-zu-Punkt-Systeme/Punkt-zu-mehreren-Punkten-Systeme(multiple access)
- II Verteiler-Systeme(distribution satellite)
- III Direktsatellitensysteme(direct broadcasting satellite)

Will man statt der Benutzung des Systems 1 auf die Nutzung des Systems 2 oder 3 wechseln,so bedingt dies eine technologische Entwicklung in der Art,daß zunächst die Sendekapazität eines Satelliten wesentlich erhöht werden muß bei gleichzeitiger Vereinfachung der Empfangsgeräte.Diese Entwicklungsphasen sind bislang im Hinblick auf das Direktsatellitensystem noch keineswegs abgeschlossen,geschweige denn schon operationell angewendet.

¹ vgl. Klintner,S.11 ff,insbes.S.17

1) Gruppenspezifische Arbeitsweise der Satelliten-Typen I, II und III

1. Gruppe: Bei der Punkt-zu-Punkt-Verbindung (Intelsat-System) wird ein Richtstrahl von einer Erdefunkstelle zum Satelliten gesendet, dort verstärkt und in einem Kegel von ca. 17° zu einer anderen Bodenstation zurückgesendet. Diese Erdefunkstellen, die gleichermaßen für Sendung und Empfang von Satellitensignalen ausgestattet sind, arbeiten wegen ihrer umfangreichen technischen Einbauten äußerst kostenintensiv. Sie sind an die terrestrischen Fernmeldesysteme angeschlossen und haben die Aufgabe, diese Systeme entweder zu ergänzen oder im Falle transozeanischer Fernsehübertragungen erst Verbindungen herzustellen, die erdgebundene Systeme nicht mehr ermöglichen.

Auch im Falle des heute üblichen "Mehrfachzugangs" (multiple access) bleibt dieses Prinzip der Verbindung zweier Punkte erhalten.¹

"This basic principle holds true even in the case of multiple access allowing a greater number of earth-stations simultaneously to transmit and/or receive signals via the same satellite."

Der Vorteil dieser sehr teuren Bodenstationen mit ihren Empfangsantennen bis zu 30 m Durchmesser ist es, daß sie die äußerst schwachen Satellitensignale empfangen und vor ihrer Weiterleitung verstärken können, während der Satellit selbst keine allzu umfangreiche technische Ausstattung für Verstärkungsprozesse ankommender bzw. abzugebender Signale benötigt. Er ist dementsprechend auch nicht von einem zu hohen Gewicht und bedarf keiner besonders starken Startraketen.²

¹vgl. Plomann - Rydbeck EBU-Monograph No. 5, S. 3

²vgl. Uhritzsch, S. 15, 211

2.Gruppe: Bei dem Verteiler-Satellitensystem (z.B. Orbita-System der UdSSR oder Anik-Programm Kanadas) ist das Satellitensignal stärker, der technische Umfang der Bodenstation dafür umso einfacher und dementsprechend billiger. Verteilersatelliten überstreichen große Flächen, haben aber dennoch ein begrenztes Zielgebiet, z.B. ein Erdteil oder einen weiträumigen Staat. Sie dienen also nicht einer globalen Kommunikation wie die Satelliten der ersten Gruppe.

Eine Vielzahl örtlicher Bodenstationen kann erreicht werden, die dann die Signale (Telefon, Daten etc.) innerhalb eines begrenzten Raumes ausstrahlen. Die meisten Bodenstationen für dieses System sind technisch so ausgestattet, daß sie ein Satellitensignal nur empfangen können. Nur wenige Stationen sind in der Lage, auch Signale zum Satelliten zu senden. Die Empfangsanlagen innerhalb eines Hoheitsgebietes sind sehr zahlreich im Gegensatz zum interkontinentalen System, bei dem viele Staaten nur eine Erdefunkstelle besitzen.¹ Fernsehprogramme werden vom Satelliten an die regionalen oder lokalen Bodenstationen abgestrahlt und von dort an Fernsehsender weitergegeben und von diesen in der üblichen Form zu den Heimempfängern ausgestrahlt.² In der Hauptsache ersetzt das Verteilersystem die erwünschten, aber regional noch nicht vorhandenen konventionellen Radiorelaisysteme. Verteilersysteme sind also reine Binnen-Satellitensysteme (domestic oder regional system).

1 z.B. Niederlande, Israel, Schweden u.a. vgl. IBI-Monograph No.3, S.34 ff.

2 vgl. Uhlitzsch S.209 : " Die Empfangsstationen auf der Erde werden jeweils in der Nähe der Fernsehsender aufgebaut. Die Fernsehteilnehmer würden also das Programm von den örtlichen Fernsehsendern erhalten; lediglich das bisher zwischen den Rundfunkanstalten und den Fernsehsendern bestehende Programmverteilnetz würde durch einen Satelliten abgelöst. "

Auch für Europa werden die Voraussetzungen für den Ausbau eines Verteilersystems für Fernsehsendungen diskutiert. Aus einer Studie der Esro-CEPT (1971) geht hervor, daß z.B. ein europäischer Fernsehverteilsatellit für Programmaustauschzwecke im Rahmen der Eurovision sowie für Fernmeldezwecke erwogen wird. Träger dieses Projekts soll "Eutelsat" sein, eine kommerziell arbeitende Gesellschaft der europäischen Postverwaltungen.¹ Das bekannteste europäische Projekt "Symphonie" gehört allerdings nicht in die Reihe der kommerziell genutzten Verteilersysteme.

Dieses Programm soll den deutschen und französischen Raumfahrtkonsortien zunächst allein zur experimentellen Erforschung der Satelliten-Technologie, insbesondere in Bezug auf die Anwendung neuer Übertragungsverfahren dienen. Das Programm wurde am 6. Juni 1968² in einem deutsch-französischen Regierungsabkommen in Paris festgelegt, das aus der Zusammenlegung des deutschen Projekts "Olympia" und des französischen Vorhabens "Saros" hervorgegangen war.

Der Start von Symphonie, ursprünglich für das Jahr 1972 vorgesehen, erfolgte am 19. Dezember 1974 in Cape Canaveral mittels einer amerikanischen Thor-Delta-Rakete.

Erhebliche Schwierigkeiten bei der Entwicklung europäischer Trägerraketen vom Typ "Europa" hatten dazu geführt, daß der Starttermin immer wieder verschoben werden mußte. Als schließlich das Europa-Raketen-Programm endgültig abgesetzt wurde - somit also die vorgesehene Trägerrakete für Symphonie entfiel - mußte der Satellit erst auf die technischen Bedingungen der amerikanischen Rakete umgerüstet werden.

¹ vgl. Contzen, J.P. The European Telephone and Television Distribution Satellite System, T J 5 (1971), S. 290 ff.; Bernhard Seidel, Satellitenfunk. In: Bundespost 74, S. 80. Ein ähnliches Projekt, hier allerdings für Bildungszwecke in vorzugweise französisch sprachigen Gebieten Afrikas stellt die Studie der ORTF in Verbindung mit dem CNES dar. (Project Socrate). Dill FuB II-73, S. 6 - 8.

² "Abkommen zwischen der Regierung BRD und der Regierung der Französischen Republik über den Bau, den Start und die Nutzung eines experimentellen Fernmeldesatelliten". In Kraft seit 10. November 1967 (BGBl. 1969 II 85 ff.)

Hinzu kam eine amerikanische Liefersperre für bestimmte Einzelteile von Symphonie, die in den USA beschafft werden sollten. Symphonie arbeitet im Frequenzband 4-6 GHz; es können etwa 1200 Fernsprechanäle oder zwei Farbfernsehkkanäle oder acht Hörfunkkanäle übertragen werden.

Auf Symphonie I folgte im August 1975 der Start von Symphonie II. Die beiden Satelliten leuchten die meisten Teile Europas und Afrikas, sowie Süd-, Mittel- und Teile Nordamerikas aus.

Versuchssendungen der Deutschen Welle nach Afrika, Übertragungen französischer Programme in "frankophone" überseeische Gebiete, die Zusammenarbeit mit den russischen Molnya-Bodenstationen, Nachrichtenverbindungen in Katastrophengebieten und zu Bohrinseln der Nordsee sind einige der Hauptziele im Forschungsprogramm der Symphonie-Satelliten.¹

Infolge der Lieferbedingungen für amerikanische Trägerraketen wird es für unwahrscheinlich gehalten, daß Symphonie jemals als kommerziell genutzter Satellit arbeiten wird. Dies würde einem Affront gegen das bisher einzige weltweite Satellitensystem Intelsat gleichkommen, der nicht nur technische, finanzielle und juristische sondern vor allem weitreichende politische Konsequenzen nachsichzöge.

Auffallend bei den diskutierten Verteilersystemen ist die immer stärker werdende Annäherung an die Prinzipien, die für die Arbeit und Konstruktion der 3. Satellitengruppe typisch ist; denn eine immer weitergehende Vereinfachung der Bodenstationen, die fast nur noch aus einer Empfangsantenne bestehen sollen, wird offenbar. Das Ziel der besonders für militärische Zwecke interessanten tragbaren und damit mobilen Ein-Mann-Bodenstation

¹ vgl. Leonhardt, Walter: Europas erster Nachrichtensatellit, Tagesspiegel Nr. 8894 (15.12.1974), S.24

wird für den operationellen Gebrauch angestrebt.

Varianten des Distributionssystems werden für bestimmte kollektive Empfangsanlagen, z.B. bei stadt-internen Kabelsystemen oder Bildungssystemen in Entwicklungsländern in Erwägung gezogen.

3. Gruppe:

Direktsatellitensysteme, die ohne die Zwischenschaltung nationaler oder regionaler Bodenstationen ihre Programme direkt an den Empfänger senden, begegnen im derzeitigen experimentellen Stadium abgesehen von juristischen und politischen vor allem finanziellen Bedenken. Ein für kommerzielle Zwecke leistungsfähiger Satellit dieser Art würde eine außerordentlich starke Startrakete benötigen, damit die wesentlich schwereren Direktsatelliten mit ihrer umfangreichen Sendeanlage (vor allem Verstärkerapparatur) in die entsprechende Umlaufbahn geschossen werden könnten. An den Entwicklungs-Start- und Unterhaltungskosten eines solchen Satellitentyps müßten sich mehrere Staaten beteiligen, um die Kosten abzudecken. Hinzu kommt, daß die Kosten für die Empfangsapparatur vom Gemeinschafts- oder Einzelteilnehmer selbst bezahlt werden müssen, während dies bei Systemen der Gruppen 1 und 2 nicht der Fall ist. Hier werden die Kosten des Systems insgesamt von der Satelliten-Betriebsorganisation getragen.

Vordringlichste Aufgabe bei der Entwicklung von Empfangsgeräten für Direktsatelliten-Programme ist es also, Apparaturen herzustellen, die einen auch für private Teilnehmer noch tragbaren Preis haben.¹ Jüngste Ergebnisse eines deutschen Studienauftrages zeigen, daß der Preis einer Spezialantenne für den Empfang von Direktsatellitensignalen bei ca. 1500 bis 3000 DM anzusetzen ist.² Diese Preisentwicklungsfragen betreffen nicht nur die Produktion von geeigneten

¹ Uhlig, S. 211 verneint daher auch den Sinn der Einrichtung eines Direktsatellitensystems (Fernseh- und Funk-Satellit): "Speziell für den europäischen Raum mit seinen verschiedenen Sprachen und seinen verschiedenen Fernsehnormen ist ein wirtschaftlicher Einsatz eines Fernseh- und Funk-Satelliten schwer nachzuweisen. Und es gibt sicher lohnendere Ziele für den kommerziellen Satellitenfunk."

² vgl. iiff, Fnk 8 (1974), S. 504, Seidel, Bernhard, Satellitenfunk. In: Bundespost '74, S. 80

Empfangsantennen, sondern auch die Herstellung von Konvertern und Modulationswandlern.

Ein weiteres technisches Problem stellt sich bei der Frage der Stromversorgung der Satelliten. Die heute gebräuchlichen Solarzellen geben eine Leistung bis ca. 30 KW ab, dies reicht jedoch nicht aus, wenn man auch bei Direktsatelliten zur Kostenverringering der Empfangsanlagen die im terrestrischen Netz gebräuchliche Amplitudenmodulation beibehalten will. Die kleineren "Heimantennen" könnten eine derart schwache Leistung nicht mehr empfangen. Eine wesentliche Erhöhung der Sendekapazität des Satelliten ließe sich nach heutigen Erkenntnissen nur mit Hilfe nuklearer Stromversorgung erreichen. Die Gefahr, die ein derart ausgerüsteter Satellit für die Allgemeinheit mit sich bringt, ist jedoch nicht zu unterschätzen.

Verschiedene Entwicklungsphasen sogen. Direktsatellitensysteme sind denkbar und wurden von dem Arbeitsausschuß des UN-COPUOS¹, der Working Group on Direct Broadcasting Satellites bereits 1969 aufgeführt.²

- 1) Direktsendungen für Gemeinschaftsempfangsanlagen (community reception)
- 2) Direktsendungen für Individualempfang mittels Spezialantennen. (individual reception)
- 3) Direktsendungen für Individualempfang ohne spezielle Zusatzausrüstung des Empfängers.

Dieser vielseitig beachtete Bericht gab zweifellos zahlreichen interessierten Staaten erstmals Gelegenheit, technisch in absehbarer Zeit realisierbare Systeme kennen-

1 COPUOS = Committee on the Peaceful Use of Outer Space

2 UN-Doc A-AC 105-66, 12.8.1969

zu lernen und für den eigenen Bedarf in Erwägung zu ziehen, die bislang - aus welchen Gründen auch immer - für technisch undurchführbar dargestellt wurden, um damit von politischen, militärischen, finanziellen und rechtlichen Problemen der Satelliten-Technologie abzulenken.

Fraglich bleibt allerdings, ob diese rein technisch zu verwirklichenden Direktsysteme jemals in allen Varianten eine Rolle spielen werden. Sicher erscheint nur die Einrichtung eines Systems der Variante 1, allenfalls noch der Variante 2 in den nächsten Jahren.¹

2.) ITU

Die Union Internationale des Télécommunications (UIT - ITU) hat auf der 2.WARC-ST², Genf 1971, in den "Final Acts"³ den Definitionen der für Satellitensystemen wichtigen technischen Termini einigen Raum gewidmet, dies zweifellos zu dem Zweck, die ständigen strittigen terminologischen Fragen endgültig zu klären, um hier keinen Freiraum für politische Streitigkeiten um technische Definitionen zu schaffen.⁴

¹ EBU/EFJ 389
Com.J 687 (EF), 1.10.73 , S. 2 Abs. III, 1 und
S. 5 Abs. V

² WARC - ST = World Administrative Radio Conference for
Space Telecommunications

³ gültig ab 1.1.1973

⁴ Auf den terminologischen Wirrwar, der in der Literatur herrscht hat Klintner sehr treffend hingewiesen und sich um eine Begriffsklärung bemüht. Klintner S.17 / 19

Grundlage für die Tätigkeit der UIT ¹ ist die "International Telecommunication Convention", Montreux 1965 , die durch vier Vollzugsordnungen vervollständigt wird.

- 1) Vollzugsordnung für den Fernsprehdienst (Telephone Regulations) , Genf 1973 ²
- 2) Vollzugsordnung für den Telegraphendienst (Telegraph Regulations) , Genf 1973 ²
- 3) Vollzugsordnung für den Funkdienst (Radio Regulations), Genf 1971 ³
- 4) Zusatzvollzugsordnung für den Funkdienst (Additional Radio Regulations) , Genf 1971 ³ (Zusatzinstruktionen für Radiotelegraphie oder Radiotelephonie)

Die Vollzugsordnung für den Telegraphen- und Fernsprehdienst haben in *praxi* keinesfalls die gleiche wesentliche Bedeutung für die PTT - Dienste wie etwa die Vollzugsordnung für den Funkdienst für die zahlreichen öffentlichen und privaten Nutzer von Radio-Frequenzen.

Während die Telephone/Telegraph Regulations nur generelle Leitsätze enthalten, werden die eigentlichen Detailfragen

- - - - -
¹ Die UIT , hervorgegangen aus dem 1865 in Paris gegründeten Welt-Telegraphenverein handelt heute durch folgende Organe : Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, Verwaltungskonferenz , Verwaltungsrat

Ständige Organe : Generalsekretariat
Internationaler Ausschuß für Frequenzregistrierung (IFRB = International Frequency Registration Board)
Internationaler Beratender Ausschuß für den Funkdienst (CCIR = International Radio Consultative Committee)
Internationaler Beratender Ausschuß für den Telegraphen- und Fernsprehdienst (CCITT= International Telegraph and Telephone Consultative Committee)

Die BRD gehört der UIT wieder seit dem 17.4.1952 an.

² gültig ab 1.9.1974

³ gültig ab 1.1.1973

in den "Recommendations" des CCITT behandelt

"... the flexible procedure afforded by the Recommendations of the CCIs is more suitable than the issuing of regulations when it is necessary to keep pace with the constant advances in technique."⁽¹⁾

Aufgabe der Radio-Regulations ist es, Wege zur Vermeidung von schädlichen Störungen im Funkverkehr (sogen. "harmful interference") nachzuweisen, fernerhin zur besseren Ausnutzung des zugewiesenen Frequenzbandes an die einzelnen Funkdienste beizutragen, ausserdem die Angabe von Mindeststandards für Personal und technische Einrichtungen, die zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung und zur Vereinfachung des gesamten Funkverkehrs dienen. Allgemeine Bestimmungen für den Funkverkehr sind ebenso wie allseits verbindliche Codes, Zeichen und Stations-Rufzeichen enthalten.²

Die Radio-Regulations, die seit dem 1.1.1973 gültig sind, ergeben eine interessante Parallele zu dem oben erwähnten UN-Bericht, der Working Group on Direct Broadcast Satellites von 1969. Die von der UIT 1973 in die Radio-Regulations aufgenommenen Definitionen lassen keine wesentlichen Unterschiede zu den 1969 gewonnenen Erkenntnissen im Hinblick auf Direktsatelliten feststellen.³

Rundfunksatellitensysteme RR 1 MOD 84 AP Spa 2:
"Funkdienste, bei denen Signale, die von Weltraumfunkstellen ausgesendet oder vermittelt werden,

1

vgl. ITU III Regulations of Standardization... S. 2

2 z.B. das seit 1906 gebräuchliche SOS-Notrufzeichen

3 Es darf allerdings kein Zweifel bestehen, daß die Abgrenzung des Verteil-Satellitensystems vom Direktsatellitensystem für Gemeinschaftsempfang in praxi nicht immer leicht fällt. Vielmehr hängt die Klärung dieser definitiven Schwierigkeit davon ab, ob man bei dem technischen Empfangsteil von einer Antenne oder erst von einer Kleinst-Bodenstation spricht. Die Entwicklung von Antennen für Direktempfang, die im Kostenvergleich billiger als ein Fernsehempfänger sind, brachte bisher große technische Schwierigkeiten. Die Versuchslaboratorien der japanischen Rundfunkanstalt NHK haben jedoch jetzt eine billigere Antenne von nur 1/2 m Durchmesser mit dazugehörigen Konverter für Direktempfang entwickelt, die zu einer Popularisierung von Direktempfang führen könnten. FuB 2/VII(1973), S. 258

zum unmittelbaren Empfang¹ durch die Allgemeinheit bestimmt sind." (2)

Einzelempfang 84 APA Spa 2

"Empfang der Aussendungen einer Weltraumfunkstelle des Rundfunkdienstes über Satelliten mit Hilfe einfacher Hausempfangsanlagen, insbesondere solcher, die mit kleinen Antennen ausgerüstet sind."

Gemeinschaftsempfang 84 APB Spa 2

"Empfang der Aussendungen einer Weltraumfunkstelle des Rundfunkdienstes über Satelliten mit Hilfe von Empfangsanlagen, die in bestimmten Fällen aufwendig sein können und größere Antennen als die für Einzelempfang benutzten haben können und die bestimmt sind, zur Benutzung

- durch eine Gruppe der Allgemeinheit an ein und demselben Ort oder
- mittels eines Verteilsystems, das ein begrenztes Gebiet versorgt.

Hier wie dort gehört der Gemeinschafts- und Individualempfang in die Kategorie der Direktsatelliten, während es sich bei den bis heute z.B. durch Intelsat übertragenen live oder zeitlich versetzt gesendeten Fernsehprogrammen um einen festen Funkdienst über Satelliten nach dem point-to-point-System handelt, da die Sendungen über nationale (feste) Erdefunkstellen geleitet werden.

Fester Funkdienst 84 AG Spa 2

"- zwischen an bestimmten festen Punkten liegenden Erdefunkstellen, wenn ein oder mehrere Satelliten benutzt werden; in bestimmten Fällen umfasst dieser Funkdienst Funkverbindungen zwischen Satelliten, wobei Funkverbindungen auch im Intersatellitenfunkdienst geführt werden können.

- für die Verbindung zwischen einer oder mehreren, an bestimmten festen Punkten liegenden Erdefunkstellen und Satelliten, die für einen anderen Funkdienst als den festen Funkdienst über Satelliten benutzt werden (z.B. den beweglichen Funkdienst über Satelliten, den Rundfunkdienst über Satelliten)." (3)

¹-----
Im Rundfunkdienst über Satelliten bezieht sich der Begriff "unmittelbarer Empfang" sowohl auf Einzelempfang als auch auf den Gemeinschaftsempfang.

²vgl. VO Funk Art. 1, S. 12 (1971)

³vgl. VO Funk Art. 1, S. 11 (1971)

Die Ausnahme bildet das kanadische Verteil-System mit den Satelliten der "ANIK"-Serie. Bei diesem am 9.11.1972 begonnenen Aufbau eines domestic (oder Binnen-) Satellitensystem sendet die Canadian Broadcasting Corporation als Hauptnutzer ihre beiden englisch- und französischsprachigen Programme live, z.T. aber auch zeitversetzt¹.

Bei Anik handelt es sich um einen Verteil-Satelliten, mit dem der Aufbau eines Relaisystems für entlegene oder nördliche Gebiete umgangen werden soll. Diese Regionen erhalten reine Empfangsstationen, die das Satellitensignal aufnehmen und auf lokaler oder regionaler Basis distribuieren. 10 Mill. Quadratkilometer können auf diese Weise mit zehn Farbfernsehprogrammen oder anderen Kommunikationsdiensten versorgt werden². Kanada ist damit nach der UdSSR einer der ersten Staaten, die für ihre hauptsächlich inländische Verbreitung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen Satelliten benutzen. (domestic satellite system)

Das amerikanische Public Broadcasting Service (PBS), dem die 244 nicht kommerziell betriebenen Sender für Erziehungsfernsehen unterstehen, hat im Frühjahr 1974 achtzehn Stationen im Nordosten und Mittelwesten der USA veranlaßt, in Testsendungen Programme von Anik II mittels einer mobilen Antennenanlage zu übernehmen, um Möglichkeiten eines eigenen domestic-satellite-system zu erproben.³

Als zweite Entwicklungsstufe des Satellitenkommunikationsystems in Kanada wurde in Zusammenarbeit mit der Nasa der Start eines CTS-Satelliten (Communications Technology

¹ IBI-News No. 7 (1972), S. 2; Dudoit S. 12 ff; ITU, 10th report S. 43 ff (Booklet No. 8)

² vgl. Koster, S. 20; Paulu, ABU, S. 39

³ Schendel/Bodemann, S. 20; Paulu a.a.O.

Satellite) geplant.¹

Ein zeitlich weitreichend angelegtes Großprojekt, das der Erprobung von Direktsatelliten dient, wird seit dem Start von ATS-1, 1971, bereits in den USA durchgeführt.² Innerhalb des Nasa-Satellitenversuchsprogramms ATS³ wurden vom US-Department of Health, Education and Welfare Satelliten vom Typ "F" erstmals ausschließlich für Bildungszwecke benutzt und damit eine neue Ära in der zweckgebundenen Satellitenkommunikation eingeleitet.

Mit den Satelliten der Serie "ATS-F" wurden zunächst in bestimmten Regionen der USA⁴ zwei Arten des Verteil-Satellitensystems erprobt und seit dem 30.5.1974 eine Form⁵ des Direktempfangs von Bildungs- und medizinischen Programmen in den Rocky Mountains, Appalachian Mountains und Alaska. Die Ergebnisse dieser Testsendungen kamen dem indischen SITE-Projekt⁶ zu Gute.

5000 indische Dörfer wurden ab 1975 für die Dauer von einem Jahr mit einem täglichen Bildungsprogramm von etwa vier Stunden versorgt. Die Hälfte dieser Anzahl von Dörfern empfängt das Programm direkt über Antennen von ca. 3 m Durchmesser. Die restlichen Dörfer empfangen die Programme über Sender mit geringerer Kapazität. Ziel des Projekts ist es, Erfahrungen mit Bildungssatelliten-

¹vgl. IBI-News No. 7 (1972), S. 2

²vgl. Bildungssatelliten in Entwicklungsländern, S. 37 ff, Paulu, EBU, S. 38/39

³ATS = Application Technology Satellite

⁴Rocky Mountains, Wyoming, Montana

⁵community reception

⁶SITE = Satellite Instructional Television Experiment

sendungen bis zu dem Zeitpunkt zu gewinnen, in dem ein in Indien produzierter Satellit mehr als 500 000 Dörfer mit Bildungsprogrammen versorgen kann.

Nach Abschluß der experimentellen Phase in den USA wurden die ATS-F-Satelliten 1975 auf eine veränderte Laufbahn gelenkt, um dem SITE-Projekt zur Verfügung stehen zu können.

Forschungen im Hinblick auf den Empfang von Direktsatellitensignalen werden sowohl von den Industrieländern als auch in den sogen. Entwicklungsländern durchgeführt. Die BRD hat durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie gemeinsam mit der Deutschen Bundespost 1971 mehrere Firmenkonsortien¹ mit experimentellen Satellitenstudien beauftragt².

Erste Ergebnisse wurden folgendermaßen zusammengefaßt³:

"a) Mit einem Fernsehrundfunksatelliten kann eine nahezu 100%ige Versorgung der Bundesrepublik mit zusätzlichen Programmen zu einem frühen Zeitpunkt erreicht werden. Weitere Studien sind erforderlich, um die optimale Auslegung eines operationellen Systems hinsichtlich des Aufwandes im Satelliten und am Boden für Einzel- und Gemeinschaftsempfang zu definieren, die technische Durchführbarkeit nachzuweisen und die wirtschaftlichen Aspekte eines solchen Systems auch im Zusammenhang mit Kabelnetzen und 12-GHz-Sendern durch eingehende Kosten/Nutzen-Analysen zu untersuchen.

b) Für die Entwicklung eines Fernsehrundfunksatelliten bestehen bei der deutschen Industrie gute Voraussetzungen. Angesichts der gegebenen technischen Komplexität und des großen finanziellen Aufwands wird zu prüfen sein, wie ein solches Projekt bei entsprechender Bereitschaft anderer Länder in internationaler

¹ MBB, Siemens, SEL/AGG, ERNO, Dornier

² Schendel/Bodemann Sonderdruck, S. 203 ff

³ Schendel/Bodemann Sonderdruck, S. 210/11;

vgl. auch den KtK-Bericht 1976, s. Teil B III

Zusammenarbeit realisiert werden könnte. Dabei ist zu erwarten, daß ein für den Fernseh-Direkt-empfang entwickelter leistungsstarker Satellit auch für andere sich für die Zukunft abzeichnende Anwendungen, z.B. auf dem aeronautischen und maritimen Gebiet, geeignet sein wird.

c) Fernsehrundfunksatelliten gewinnen an Bedeutung für Entwicklungsländer. Die bisherigen Arbeiten bieten einen guten Ausgangspunkt für eine direkte Zusammenarbeit mit diesen Ländern und die Mitarbeit im internationalen Rahmen (z.B. der Unesco) zur Realisierung solcher Projekte."

3. Fernmeldesatellit - Nachrichtensatellit :

Die Definition der Begriffe "Fernmeldesatellit" und "Nachrichtensatellit" erscheint unumgänglich, handelt es sich hierbei doch um die beiden meistgebrauchten Bezeichnungswörter für Satelliten. Nach wie vor herrscht in der Literatur - sei es solche mit technischer, juristischer, kommunikationswissenschaftlicher oder bildungspolitischer Hauptthematik - ein heilloses Durcheinander der Terminologie:

Klinter¹ schreibt z.B.: "Da jeder künstliche Himmelskörper über den Zustand seiner Systemerhaltungsanlagen berichten muß, ist er insofern ein "Nachrichtensatellit", wenn auch nicht notwendig ein "Erd-", ein "Fernmelde-", ein "Rundfunksatellit". Für den Begriff "Nachrichtensatellit" braucht man also gar nicht auf seinen wissenschaftlichen oder praktischen Hauptzweck abzustellen: Jeder Satellit sendet und empfängt Mitteilungen, Nachrichten; aus dieser Tatsache läßt sich noch kein Schluß auf seine Hauptaufgabe ziehen. Jeder Satellit ist mithin ein Nachrichtensatellit."

Im "Wörterbuch zur Publizistik"² findet man dagegen unter dem Stichwort "Nachrichtensatellit" die Definition: "Künstlicher Erdtrabant im interkontinentalen Nachrichtenverkehr als Relaisstation für eine Mikrowellen-Richtfunkverbindung."

Dagegen bezeichnet Dill³ ausschließlich "point-to-point"-Satelliten als Nachrichtensatelliten, ansonsten benutzt er häufig den Terminus "Kommunikationssatellit"⁴ für die Fälle, in denen

¹ vgl. Klinter, .3 Abschn. 2.2

² vgl. Wörterbuch zur Publizistik, "Nachrichtensatellit", S. 252

³ vgl. Dill, FuB 2 (1973), S. III, er schließt sich damit der Terminologie des internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen an. vgl. Bildungssatelliten für Entwicklungsländer, S. 27.

⁴ als Beispiel für viele: Dill, FuB 1 (1973), S. II

er unabhängig vom Verwendungszweck sowohl Fernmelde- als auch Rundfunksatelliten meint.

Dem Schmeller-Referat¹ "Technik der Satelliten" kann man die Unterscheidung entnehmen: "Dieser Vortrag soll einen kurzen Einblick in die existierende und kommende Technik von Nachrichten- und Rundfunksatelliten geben und..."

In dem Aufsatz Seidels² in "Bundespost '74" wird konsequent die Definition "Fernmeldesatellit" für die Typen "point-to-point" und "Verteiler"-satelliten benutzt, während Direktsatelliten ohne weitere Untergliederung als "Fernsehrundfunksatelliten" bezeichnet werden.³

Aus dieser keineswegs vollständigen, aber für die in der Literatur herrschenden Begriffsverwirrung typischen Aufzählung geht hervor, daß die Bezeichnung "Nachrichtensatellit" höchst willkürlich und ohne Rücksicht auf ihren eigentlichen Bedeutungsinhalt benutzt wird.

"Nachricht"⁴ ist ein doppeldeutiger Begriff, der einerseits häufig als Synonym für "Information", "Meldung", "Bericht", "Anweisung", "Hinweis", "Mitteilung", "Botschaft", "Neuigkeit" gebraucht wird und andererseits im spezifisch publizistischen Bereich diejenigen Ereignisse aller Art umfaßt, die im allgemeinen durch die Massenmedien (aber auch durch einzelne) verbreitet werden, weil die Inhalte solcher Meldungen ein gewisses Interesse der Öffentlichkeit erwarten lassen.

Da uns in der vorliegenden Arbeit nur diejenigen Nachrichten beschäftigen, die durch die Massenmedien z.B. via Satellit verbreitet werden, so bedarf es der Untersuchung des Begriffes "Öffentlichkeit", der wie

¹Schmeller, In: Nachrichtenübertragung über Satelliten, S. 82

²Vgl. Seidel, In: Bundespost '74, S. 74ff

³Vgl. Seidel a.a.O. S. 80

⁴Nachricht - Herkunft aus dem frühneuhochdeutschen "Nachrichtung", d.h. einer Mitteilung zum Durchrichten. Seit dem 17. Jahrhundert gekürzt auf den heute gebräuchlichen Begriff "Nachricht" unter Eintritt eines Bedeutungswandels dahingehend, daß Nachricht nicht mehr im Sinne von Anweisung, Befehl

oben gesagt wurde, eine der Hauptkriterien für die "publizistische Nachricht" darstellt.

"Öffentlichkeit" ist gleichermaßen wie "Nachricht" ein doppeldeutiger Begriff. Zum einen wird er in dem Sinne gebraucht, daß etwas offenbar ist (bekannt ist). Zum anderen erfolgte im Neuhochdeutschen¹ eine Wandlung des Begriffes dahin, daß etwas dazu bestimmt ist, bekannt zu sein (oder ein Bekanntsein oder -werden nicht verhindert wird). Dieser Bedeutungswandel kam mit der Übersetzung des lateinischen publicus auf, das sich wiederum aus popolicus (dem Volke gehörend) ableitet und in der Bedeutung von "allgemein üblich", "dem Staate zugehörig" und "allgemein" zum Sprachgebrauch wurde.²

Öffentlichkeit entsteht erst durch eine Anzahl von Personen (Gruppe), die mit einem Ereignis konfrontiert wird, also durch ein Publikum³.

Dovifat⁴ unterteilt den Öffentlichkeitsbegriff dreifach:

a) "Öffentlichkeit" ist nach dem ersten Sprachgebrauch eine unbegrenzte anonyme Vielzahl von Menschen (einzelnen oder verbundenen) die allgemein erreichbar und allgemein ansprechbar sind (öffentlich, öffentlichkeit = publice).⁵

b) "Öffentlichkeit" ist nach dem zweiten Sprachgebrauch alles, was noch unartikuliert in den Köpfen und Herzen einer unübersehbaren Vielzahl von Menschen geistig und gefühlsmäßig "im Gewoge" ist. Ein "breiter Baseinsstrom (Traub) von Ideen, Gedanken, Meinungen, und Wollungen lebt hier und bewegt sich (öffentlich, das Öffentliche hier = publica).

c) "Öffentlichkeit" bringt im dritten Sprachgebrauch bereits die ersten Artikulierungen eines Niederschlags aus dem "Gewoge". Die bewegenden Inhalte erhalten einen Namen: die "deutsche Öffentlichkeit", die "gebildete Öffentlichkeit",

(4) wird, sondern nur noch eine allgemeine Mitteilung darstellt. vgl. Kluge, Wrd. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. 18. Aufl. Berlin 1960, S. 499, Stichwort "Nachricht".

² vgl. Kluge a.a.O. S. 520, Stichwort "öffentlich"

³ vgl. Pross, Publizistik, S. 39; Habermas, Strukturwandel, S. 34

⁴ Publikum abgeleitet aus dem mittellateinischen "publicus vulgus" (das gemeine Volk) wurde Anfang des 18. Jahrhunderts in deutschen Texten erstmals benutzt und festigte sich schließlich in der Literatur zu dem heutigen Begriff des zumeist passiven Zuschauers. (vgl. Göttinger, Lessing)

⁵ vgl. Kluge a.a.O. S. 13 ff

die "gewerkschaftliche Öffentlichkeit". Man stellt Bindungen der Angesprochenen fest oder stellt sie her, man sammelt ein "Publikum" (also: Öffentlichkeit = Publikum)."

Er fährt fort:

"Weil "Öffentlichkeit" in diesem Sinne freie Zugänglichkeit, allgemeine Ansprechbarkeit einer anonymen Vielzahl von Menschen bedeutet, ist sie die Voraussetzung jeder Publizistik. Die Freiheit, sie auszusprechen, gilt als demokratische Freiheit überhaupt und ist daher in Ländern mit liberaler Staatsverfassung verfassungsrechtlich gesichert."

Indem Pross¹ diesen Gedanken wohl aufgreift und den Begriff "Öffentlichkeit" mit dem ihm immanenten Gegensatz konfrontiert, gelangt er zu der für diese Arbeit grundlegenden These:

"Öffentlich ist doppeldeutig im Sinne von offenbar und allgemein. Es hält als seine eigenen Gegensätze das Unerkennbare und das Geschlossene, das Geheime. Das letztere hat etwas mit Heim und daheim zu tun, wie im lateinischen publico abstinere = daheim bleiben, nicht ausgehen. Die polaren Kräfte des Öffentlichen und des Geheimen bedingen einander. Jedes setzt das andere voraus. Ohne Geheimsphäre wäre das Öffentliche nicht denkbar, ohne Öffentlichkeit nicht das Geheimnis. Das Bild von der offenen Hand setzt die Vorstellung der geschlossenen Faust voraus, in der sich etwas verbirgt."

Ersetzt man den von Pross gewählten Begriff "Geheimsphäre" mit dem auch im juristischen Sprachgebrauch² üblichen "Intimsphäre" oder "Privatsphäre", gelangt man zu der wesentlichen Unterscheidung zwischen Fernmelde-satelliten einerseits und Nachrichtensatelliten andererseits.

Satelliten des Typs I (point-to-point-Satelliten) und

- (5) vgl. Urheberrechtliche Legaldefinition: § 15 III UrhG:
"... öffentlich, wenn sie für eine Mehrzahl von Personen bestimmt ist, es sei denn, daß der Kreis dieser Personen bestimmt abgegrenzt ist und sie durch gegenseitige Beziehungen oder durch Beziehung zum Veranstalter persönlich untereinander verbunden sind."

¹ Pross Publizistik, § 18, S. 39/40

² vgl. Palandt BGB 29. Aufl., München 1970, § 823; Hamann/Lenz GG 3. Aufl. Berlin 1970, S. 128

des Typs II (Verteilsatelliten) verwenden für den Transport von Sendungen einer Rundfunkanstalt zu einer anderen den SHF (Band 10) und EHF-Bereich (Band 11). Diese Bereiche sind für die derzeit üblichen Fernsehgeräte nicht empfangbar, da diese nur von VHF (Band 8) und UHF (Band 9) erreichbar sind. Dies bedeutet, die Satelliten des Typs I und II transportieren Signale auf den der Öffentlichkeit unzugänglichen Wellenbereichen. Diese Signale ergeben also in ihrer Gesamtheit keine Nachrichten im oben beschriebenen publizistischen Sinne, da das Kriterium der Öffentlichkeit fehlt.

Ein Fernmeldesatellit wird zwar zur Benutzung durch die Öffentlichkeit¹ gekennzeichnet; die Signale, die der Satellit überträgt, sind jedoch weder objektiv geeignet noch subjektiv bestimmt für eine Öffentlichkeit². Dies wird an einem simplen Beispiel deutlich: das Telefonat zwischen zwei Teilnehmern in Deutschland und den USA wird via Satellit übertragen, doch niemand würde auf die Idee kommen, daß der Inhalt des Telefonats von öffentlichen Interesse wäre. Am allerwenigsten wäre jedoch den Telefon-Partnern daran gelegen, daß ihr Gespräch durch die Öffentlichkeit mitgehört werden könnte. Das Telefonat stellt somit keine Nachricht im publizistischen Sinne dar³.

Analog verhält es sich bei den üblicherweise an die Öffentlichkeit gerichteten Rundfunk- und Fernsehsendungen, die auf dem Wege zum Satelliten hin und vom Satelliten zurück ebenfalls nicht durch die Öffent-

¹ Öffentlichkeit hier in dem Sinn, daß z.B. in Deutschland die Rundfunkanstalten als Körperschaft des öffentlichen Rechts u.a. als Auftraggeber für die Benutzung der Satelliten durch die Deutsche Bundespost fungieren, bzw. daß die Deutsche Bundespost in Ausübung hoheitlicher, d.h. öffentlichrechtlicher Tätigkeit als Verwaltungsträger des Bundes die Kanäle eines Satelliten belegt.

² Diese Problematik der Eignung und Zweckbestimmung wird uns erneut begegnen bei der Frage, ob eine Satellitensendung überhaupt eine Rundfunksendung (vgl. Teil III) darstellt.

³ Anders Winter, S. 20. S. 33, 34

lichkeit erreichbar sind. Erst von den Erdefunkstellen bzw. Sendern werden die Satellitensignale der Öffentlichkeit quasi "gewidmet"¹, indem diese auf Frequenzen umgesetzt werden, die von herkömmlichen Heimempfängern erreichbar sind. Durch diesen "Widmungsakt" entsteht also aus Satellitensignalen eine Nachricht. Der Satellit selbst überträgt jedoch auch hier nicht die "Nachricht" sondern transportiert allein das Signal. Daher sind weder die Satelliten des Typs I noch des Typs II Nachrichtensatelliten². Eine derartige Bezeichnung schafft lediglich eine starke Begriffsverwirrung mit den eigentlichen Nachrichtensatelliten, denen des Typs III. Diese "Fernseh-kundfunk-" oder "Direkt-Satelliten" sind deshalb allein als Nachrichtensatelliten zu bezeichnen, weil sie

- 1) auf Frequenzen senden, die für die Öffentlichkeit zu jeder Zeit mit einem dafür vorgesehenen Heimegerät zu empfangen sind und
- 2) ausschließlich publizistische Nachrichten verbreiten, da das gesamte Fernmeldeaufkommen auch weiterhin über Satelliten der Typen I und II geleitet wird.

¹ "Widmung" im juristischen Sinne bedeutet: die Begründung einer Eignung als "öffentliche Sache" durch die Ausübung eines Aktes hoheitlicher (d.h. öffentlich-rechtlicher) Gewalt. Durch die Widmung erfolgt gleichzeitig eine Zweckbestimmung der Sache. vgl. Greifelds, Carl, Rechtswörterbuch München 1968, Stichwort "Widmung". Dieser Terminus wird in der vorliegenden Arbeit für publizistische Zwecke modifiziert angewandt.

² Hierzu sei noch zu bemerken, daß die Übertragung von Fernsehsendungen ein geringfügiges Zusatzgeschäft darstellt gegenüber der Hauptaufgabe der Fernmeldesatelliten, der Übertragung von Telefonaten, Telegrammen usw. Die ständig steigende Wachstumsrate des Bedarfs an weiteren Fernmeldekapazitäten hat bisher die außerordentlich hohen Investitionen für Satelliten, Trägerketten, Fehlstarts etc. allein rentabel gemacht, nicht aber der Bedarf nach Satellitenfernsehen.

Die Frage der Zweckmäßigkeit der Errichtung von Satellitensystemen und das Problem der Produktion einfacher und billiger Empfangsantennen für das Direkt-satellitenfernsehen beinhaltet zugleich eines der schwierigsten Probleme physikalischer Natur: die Frage der Frequenzenverteilung.

Die UIT als Sonderorganisation der UN sieht sich selbst als Treuhänderin des Welt-Frequenzspektrums von 10 KHz bis 275 GHz an¹. Sie "reglementiert, koordiniert und plant den Weltraumfunk"². Ihr gehören 145 Staaten an³.

Die UIT weist die Frequenzen der Funkdienste zu und registriert diese Frequenzen, um gegenseitige Störungen zu vermeiden. Der IFRB prüft alle Frequenz-Neuanmeldungen auf die Einhaltung der Bestimmungen des Welt-Fernmeldevertrages. Etwa 440 000 Frequenzeintragungen sind im "Master International Frequency Register" verzeichnet⁴.

Der CCIR arbeitete weltweit anerkannte Empfehlungen für die Standardisierung der Funktechnik sowie für die Entwicklung von neuen oder für den Ausbau von bestehenden Funknetzen aus.

Zu Beginn der Entwicklung des Rundfunks störten sich die wenigen vorhandenen Sender nicht,⁵

¹ITU, II. ITU today, S.1, Stand: 1.8.1973

²ITU-Merkblatt (dtsh. Ausg.), S.2

³ITU a.a.O. S.1

⁴ITU, III a.a.O., S.4

⁵Hdb. für Rundfunk u. Fernsehen 1973/75 E 13 ff

da die vorhandenen Frequenzen nicht voll ausgenutzt wurden. Internationale Funkkonferenzen hatten die Aufgabe Frequenzpläne, hauptsächlich für den Seefunk, aber auch für den Flugfunk und Rundfunk auszuarbeiten. 1927¹ wurde erstmals ein Frequenzplan für alle Funkdienste von 10 KHz bis 60 MHz aufgestellt. Zu dieser Zeit waren Frequenzen im Mittel- und Langwellenbereich schon auf die immer stärker anwachsende Zahl von Funkdiensten aller Art verteilt. Auch der Kurzwellenbereich wurde erschlossen.

Auf der Konferenz von Madrid, 1932, wurde schließlich die Mehrfachbenutzung von Rundfunkfrequenzen eingeführt, d.h. mit einem Sicherheitsabstand gegen gegenseitige Störungen wurde eine Frequenz Sendern in einer europäischen und einer außereuropäischen Zone zugeteilt.

Der Frequenzbedarf wuchs mit der technischen Entwicklung außerordentlich an. Die Frequenzbänder im Lang- und Mittelwellenbereich sind seit langem total überbelegt; so sendeten 1972 ca. 1500 Rundfunksender in diesem Bereich mit einer Sendekapazität von 54 500 KW. Nach dem Kopenhagener Wellenplan von 1948 war aber nur eine Leistung von 16 000 KW zugelassen. Auch durch die Erschließung des UKW-Sendebereichs konnte der Mangel an Frequenzen nicht befriedigt werden. Bereits jetzt sind auch diese Frequenzen überbelegt.

Hinzukommt, das der Wellenbedarf weiterhin sprunghaft wächst, da nun auch die afrikanischen Staaten nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit eigene Rundfunk- und Fernsehsender zu betreiben wünschen. 1966 wurde dieser Wunsch nach Zuerteilung von Lang- und Mittelwellenfrequenzen für Afrika im Genfer Rundfunkabkommen niedergelegt.²

¹Internationale Funkkonferenz, Washington, 1927

²Auch der neue Genfer Wellenplan von 1975, der 1978 in Kraft tritt, trägt diesen Wünschen Rechnung.

Durch die Einführung des Satellitenfunks mit seiner kaum über mehr als 10 Jahre voraussehbaren Weiterentwicklung der verschiedensten Satellitensysteme mussten weitere Frequenzbereiche erschlossen werden. Zur Zeit werden vom Satellitenfunk hauptsächlich Frequenzen im Bereich von 10 MHz bis 10 GHz genutzt. Die Schwierigkeit bei dieser Frequenzlage besteht darin, daß auch terrestrische Funkdienste in diesem Bereich arbeiten. Das Frequenzspektrum bis 10 GHz ist bereits überbelegt.

Die der Zukunftsentwicklung von Satellitenvorhaben geltende WARC-St 1971 in Genf hat daher das Frequenzspektrum bis zum Millimeterbereich von 275 GHz erweitert¹. Für Rundfunksatelliten wurden folgende Bereiche zugewiesen:²

- in the band 620-790 MHz, assignments may be made in all Regions to television stations using frequency modulation in the broadcasting-satellite service on specified conditions and subjects to prior agreement among the administrations concerned and those having services which may be affected (see foot-note ADD 332 A). Also with reference to this band, the Conference adopted a Recommendation relating to the criteria to be applied for sharing between the broadcasting-satellite service and the terrestrial broadcasting service;
- in the band 2500-2690 MHz, world-wide allocations were adopted with varying sharing arrangements; the use of this band is limited to domestic and regional systems for community reception and is subject to prior agreement (see foot-note ADD 351 B);
- in the band 11,7 - 12,5 GHz in Region 1 and band 11,7 - 12,2 GHz in Region 2 and 3, allocations were made with varying degrees of protection or limitation according to the Region (see foot-note ADD 405 BA for Regions 1 and 3, and foot-notes ADD 405 BB and ADD 405 BC for Region 2);

¹ Art. 5 WC-Funk, 1971, S. 117

² ITU, the WARC-St, Genf, 1971 (Summary record by the IFRB) S. 6

- in the band 22,5-23 GHz, an allocation was made for Region 3 (see foot-note ADD 41o B),
- in the bands 41-43 GHz and 84-86 GHz, allocations were made on a world-wide basis."

Sinn dieser technologisch weitblickenden Entscheidung war es:

"Before adopting frequency allocations in bands between 40 GHz and 275 GHz, Committee 5 gave special consideration to the possible consequences of extending the upper limit of the Table above 40 GHz for space radiocommunication services only. The Committee took note that, at this order of frequency, the sharing problems with terrestrial radiocommunication services experienced in the lower portion of the spectrum and up to about 25 GHz were virtually non-existent. Consequently, future competent World-Administrative Radio Conferences would probably not be hindered in making allocations to terrestrial radio communication services by the presence of allocations to space radio communication services. No recommendations reflecting the conclusions of the Committee on this subject were adopted with reference to specific services: one of them relates to the future use of the 41-43 GHz band by the fixed and mobile services, and the other to the future use of certain frequency bands between 40 and 275 GHz.

With respect to experimental operations outside the space research service, a very large majority expressed the opinion that it would be inappropriate to allocate a frequency band for this purpose. In fact, it seems that it was considered that, however useful and meritorious an experimentation project might be, from a frequency management point of the radio regulations were adequate to enable such experiments to be pursued." (1)

Die Frage der Frequenzen-Zuerteilung an Satellitenfunkdienste aller Art scheint zumindest für die kommenden Jahre zunächst gelöst. Frequenzbereiche, die für Satelliten nutzbar sind, stehen in einer

T ITU, The WARC-ST, Genf, 1971 (Summary record by the IFRB), S. 7; Berrada, Frequencies for broadcasting satellites, S. 6ff, 12ff

nicht alle Wünsche befriedigenden, so aber doch ausreichenden Zahl zur Verfügung und lassen Weiterentwicklungen auf diesem Gebiet noch zu.

Allerdings wird ein reibungsloses Nebeneinander von terrestrischen und Satelliten-Punktdiensten nur dann ermöglicht, wenn alle Staaten, insbesondere auch die Staaten der sogen. "Dritten Welt" mit äußerster Disziplin den Empfehlungen der ITU Folge leisten, andernfalls ist ein "Wellensalat" wie er jetzt schon im Lang- und Mittelwellenbereich terrestrischer Dienste kaum noch zu verhindern ist zu erwarten. Die Frequenzenfrage könnte allerdings in späteren Jahren bei einem noch explosionsartigeren Anwachsen des Bedarfs einen weltweiten Fluß von Nachrichten von allen für alle behindern.

Aus dieser kurzen, mehr abrißartigen Schilderung¹ der technologischen Gegebenheiten heutiger Satellitensysteme läßt sich erkennen, daß Satelliten aller Typen zu einer Vielzahl von Verwendungszwecken in technologischer Hinsicht herstellbar sind oder in Kürze herstellbar sein werden und daß diesen auch Frequenzen zur Verfügung stehen, so daß sie sinnvoll betrieben werden können.

Dennoch sollte bedacht werden, daß die Satellitensysteme von morgen, die Direktsatelliten, nur eine Möglichkeit auf dem Weg zur totalen Kommunikation darstellen.

Kabelfernsehen bildet eine weitere Komponente zur Kommunikations-Vollversorgung eines Staates².

Auch werden von der DFVLR³ Experimente mit bestimmten Flugzeugtypen durchgeführt, die wie Sender ausgerüstet sind und ein nationales bzw. regionales Kommunikations-

¹ In dieser Übersicht wurden technische Detailfragen meist unberücksichtigt gelassen, da sie ohne Nutzen für den Zweck der vorliegenden Arbeit waren.

² Schendel/Modemann, S. 207 (für den Bereich der BRD); KtK
³ DFVLR = Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt

netz ermöglichen würden¹.

Hauptkriterien für den Entschluß zur Anwendung des einen oder anderen Satellitensystems eines bestimmten Typs bilden Einsatzzweck, technische Einsatzmöglichkeiten und finanzielle Realisierungsvermögen bei der Entscheidung für ein Projekt. Eine Antwort auf diese Hauptfragen ist zweifellos zu finden, zumal auch die noch immer bestehenden technischen Probleme durchaus abschätzbar und lösbar sind. Die eigentliche Problematik des Satellitenfernsehens, die wie oben dargestellt wurde, durch technische Verfahrensfragen kaum schwerwiegend mitbelastet wird, liegt im politischen und juristischen Bereich.

¹ Günter Haaf, Bald kommt Köpcke vom Himmel, Stern Nr. 46 (1973), S. 42

B II Juristische Aspekte bei Fernmelde- und
Nachrichtensatelliten

- 1) Historische Entwicklung des Gedankens des
Free Flow of Information im Recht seit der
Antike

Der Begriff des Free Flow of Information (auch als "freier Gedankenaustausch" in der Literatur bezeichnet) ist ein Terminus des modernen internationalen Rechts nach dem 2. Weltkrieg. Erst zu diesem Zeitpunkt erscheint er - wie oben bereits erwähnt - im offiziellen Sprachgebrauch in dieser oder ähnlicher Form.

Allerdings ist das Postulat, das dieser Begriff in sich birgt seit Jahrhunderten bekannt und umkämpft; denn der freie Informationsfluß ist auf das engste mit der Entwicklung des Rechts verknüpft und läßt sich insoweit an Hand der Entwicklungsgeschichte kirchlicher bzw. späterer staatlicher Bestimmungen zur Vor- und Nachzensur von schriftlich fixierten Geistesgut bis zur Basis abendländischer Kultur, der Antike, zurückverfolgen.¹ Diese Feststellung mag sehr weit hergeholt erscheinen, aber man sollte sich verdeutlichen, daß ein freier Informations-fluß nur dort vorhanden ist, wo

1. keine gesetzlichen Normen ihn einschränken oder verbieten oder, sofern Einschränkungen etwa aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes oder zum Schutze der Jugend gemacht werden, der Schutzrahmen gesetzlich ausreichend definiert und in der gerichtlichen Praxis eng ausgelegt wird oder,
2. wo gesetzliche Maßnahmen existieren, die ihn ausdrücklich fördern oder sogar schützen. (2)

¹ Der legitime Wunsch jedes Menschen nach unretuschierter Wahrheit und damit nach Information nicht nur über Belange der unmittelbaren Umwelt sondern über das Weltgeschehen besteht seit dem Zeitpunkt, da der Mensch begann, sich seiner geistigen Kräfte bewußt zu werden.

² Insofern stellt der Free Flow of Information nicht nur ein Arbeitsfeld für die Kommunikationswissenschaft und das Völkerrecht dar, sondern gerade auch für die Rechtssoziologie und Rechts-

Meinungsvielfalt ist nur dort gegeben, wo

1. Informationen über Ideen und Vorgänge des Inlandes unbeschränkt weiterverbreitet werden dürfen und wo,
2. Informationen über Ideen und Vorgänge des Auslandes unbeschränkt weiterverbreitet werden dürfen und wo,
3. Informationen über die Art und Weise, in der diese Informationen im In- bzw. Ausland aufgefäßt und bewertet werden ebenfalls unbeschränkt weiterverbreitet werden dürfen. (1)

Da nur das Vorhandensein einer Meinungsvielfalt einen Prozess echter Meinungsbildung erlaubt und nur derjenige ein freier und mündiger Bürger genannt werden kann, der sich auf Grund eines derartigen geistigen Vorganges eine Ansicht über eine Idee, ein Geschehen bilden darf, ist der Begriff des Freien Informationsflusses für jedes Staatsgefüge existenzbegründend, sofern dieses nicht von vornherein beabsichtigt, die Bürger durch eine "von oben" diktierte Einheitsmeinung in geistige Abhängigkeit und damit zu intellektueller Unfruchtbarkeit zu führen.

Im Griechenland des klassischen Altertums galt das sogenannte "Naturrecht", d.h. ewig-gültige, sittlich-ethische Normen, die allen positiven Gesetzen übergeordnet waren und unabhängig von ihrer Aufnahme in das sozialen Strukturen entsprechende und damit wandelbare kodifizierte Recht allbeherrschende souveräne Rechtsideen darstellten. Diese Naturrechtsnormen bildeten in allen naturrechtlichen Lehren² den Maßstab zur Bewertung absoluter Werte wie etwa der Begriffe "des Guten" oder "der Gerechtigkeit".

¹ Die Erfüllung all dieser Forderungen dürfte auch heute noch immer ein Privileg darstellen, das nur wenigen Staatsbürgern zu Teil wird.
² vgl. die Lehren Platons, Aristoteles, Th.v. Aquins, Grotius, Pufendorfs.

Das griechische Freiheitsideal, das insbesondere in den Lehren des Sokrates und seiner Schüler dargestellt wird, beruht auf der Naturrechtslehre. Die politische Freiheit wird hierbei durch die geistige Freiheit und die sittliche Freiheit zur Grundfreiheit des Menschen¹ erhoben. Da die Normen dieses Freiheitsbegriffes einen Mißbrauch der Freiheit ausschlossen, gab es keine ständige Zensur von staatlicher Seite über geistige Äußerungen des Bürgers in Rede und Schrift. Weder der Prozeß gegen Sokrates, der wegen Gottlosigkeit und Verführung der Jugend zum Tode verurteilt wurde, noch die Äußerungen Platons², daß die Dichtkunst die um Tugend bemühten Männer verderbe und die Werke Homers der Erziehung der Jugend unzutraglich seien, bieten ein Beispiel dafür, daß es umfassende Bestrebungen gab, das Postulat der Geistesfreiheit auszuhöhlen³. Auch die bis heute überlieferte öffentliche Verbrennung und Einziehung der Bücher des Protagoras in Athen 411 v. Chr. im Zuge einer Asebie-Klage blieb eine für damalige Zeiten außerordentliche Ausnahmeerscheinung.⁴

Es ist zu bezweifeln, daß die öffentliche Klage wegen Asebie, d. h. wegen Frevels wider die Staatsreligion bereits als echte Zensur anzusehen ist, auch wenn diese Klage u. a. gegen Dichter und Philosophen wegen des Inhalts ihrer Reden und Schriften erhoben wurde. Hierfür bildet wohl

¹ "Mensch" hier allerdings in dem einschränkenden Sinne, daß nur dem "Freien" im Gegensatz zum Sklaven, der nach damaliger Rechtsauffassung als Sache angesehen wurde, dieses Grundrecht zustand.

² vgl. Platon, Politeia, Buch X, Kap. 1-8

³ vgl. Löffler, Presserecht I, 2. Aufl. (1969), S. 31 mit weiteren Literaturhinweisen.

Zu diesem Zeitpunkt bestand also bereits die von Pross eingehend untersuchte Problematik der Beziehung von Symbol und Sanktion. "Das Gesetz symbolisiert, was rechtens sein soll in einem Gebäude von Sätzen, die ihre empirische Qualität, ihre "Wirklichkeit", dadurch haben, daß sie Gesetze sind. Daraus ergibt sich die Selbständigkeit des Gesetzten gegenüber den subjektiven Festsetzungen". (Pross, Politische Symbolik, S. 100) Da das Gesetz, die Normen, eine symbolische Form für die Rechtsordnung darstellt, so führt die irrtümliche Interpretation "zu Nachteilen (Sanktionen) ebenso wie des Mißverständnis von Symbolen und deren Nichtanerkennung, weil die Zeichen verfehlt werden." (vgl. Pross a. a. O., S. 98)

doch der kultische Gedanke und weniger die rechtliche Frage nach staatlicher Einschränkung der Geistesfreiheit das Hauptmotiv für die Erhebung derartiger Klagen¹. Bereits zu Beginn des 3. Jahrhunderts finden sich auch keine weiteren Überlieferungen für Asebie-Klagen mehr².

Das geistige Freiheitsideal Griechenlands gilt für das römische Reich als Vorbild. In Rom entstanden bereits frühzeitig im Rahmen eines universellen kodifizierten Rechtssystems, das als Basis der meisten später folgenden Rechtssysteme anderer Länder gelten darf, Bestimmungen, auf Grund derer diejenigen, die durch den Inhalt von Schriften, Reden oder Liedern angegriffen wurden, staatlicher Schutz gewährt wurde³. Nirgends aber wurde eine echte staatliche Zensur eingeführt.

Erst zur Zeit der Alleinherrschaft Cäsars (48 n. Chr.) werden Zensurmaßnahmen durch den Staat eingeführt gegen die zahlreichen Kritiker seiner Gallierkriege und gegen die aufbegehrenden Republikaner⁴. Schriften wurden eingezogen und ihre Urheber in die Verbannung geschickt⁵.

Auch unter dem Begründer des sogen. "Goldenen Zeitalters" Roms, Kaiser Augustus, werden Zensurmaßnahmen durchgeführt, so die berühmte Verbrennung der sibyllinischen Bücher, die allerdings auch wieder ihren Ursprung mehr im Kultischen als Rechtlichen hat.

Während diese Überlieferungen über vereinzelte Zensurmaßnahmen noch immer als Ausnahmeerscheinungen betrachtet werden, wird mit der Übernahme der Macht durch Kaiser Diocletian wie auch schon seiner unmittelbaren Vorgänger Decius und Valerian ein Zeitalter geistiger Unabhängigkeit und Toleranz endgültig abgeschlossen.

² vgl. Seite 45) Löffler, Presserecht, Teil I, S. 31

¹ a. A. Traumann, S. 7

² vgl. Traumann, S. 7

³ Das früheste römische Gesetzeswerk, die Zwölftafelgesetze, um 450 v. Chr. enthielten Bestimmungen aus allen Rechtsgebieten u. a. die Androhung der Todesstrafe gegenüber Verfassern von Schriften oder Liedern mit ver-

Im Zuge der Christenverfolgungen werden insbesondere die Schriften dieser "staatsgefährdenden" Richtung eingezogen und verbrannt, um die Verbreitung dieser Ideen zu verhindern. Hierbei handelt es sich nun nicht mehr um religiöse Prozesse sondern um rein machtpolitische Zwangsmaßnahmen gegen Mitglieder einer Gruppe, die die geistige Führung einer Nation beanspruchen.¹

Nachdem 325 n.Chr. das Christentum durch Kaiser Konstantin zur Reichsreligion erhoben worden war, hätte die Unterdrückung geistiger Ideen mit den Mitteln der Zensur beendet sein müssen, jedoch übernahmen nun die Christen das Verfolgungsmittel ihrer Unterdrücker und wendeten es gegen alle an, deren Schriften und Reden entweder heidnischer Natur waren oder aber dem Dogmen des Konzils zu Nicea (325 n.Chr.) widersprachen.² Die repressive Zensur wurde zum üblichen Mittel kirchlicher und gleichzeitig staatlicher Machthaber, um die Ausbreitung mißliebiger Ideen zu unterdrücken.³

Insultierenden oder beleidigendem Inhalt. vgl. Traumann, S. 8

¹ Fraglich ist, ob nicht auch die Kalenderreform als Zensurmaßnahme Cäsars anzusehen ist. Diese Reform hatte ohne Zweifel nicht nur das Ziel, Fehler in der bisherigen Praxis der Zeitberechnung auszugleichen, sondern insbesondere die politische Macht der Pontifices zu verringern. Diese waren bestechlich und sagten politisch wichtige Termine willkürlich aus ihrem Kalender an. - eine Tatsache, die Mommsen als die "Verbindung elendester Mathematik und elendester Administration" darstellt. vgl. Theodor Mommsen, Röm. Geschichte, I, 1941, S. 579

² Christenverfolgungsedikt Kaiser Diocletians 303 n.Chr.

³ vgl. die bei Traumann angegebenen Fälle, S. 19 ff
vgl. Löffler, Presserecht, Teil I, S. 31

Auch im ausgehenden Mittelalter und in der Renaissance vereinte sich der christliche Freiheitsgedanke nicht mit dem Begriff der geistigen Toleranz und der Achtung vor der Würde des Andersdenkenden, im Gegenteil, die Kirche begann seit 1184 n.Chr., seit der Einführung der Inquisition durch Papst Lucius III. und in noch stärkerem Maße seit Papst Gregor IX. (1231) ein System der totalen Kontrolle der Meinungsfreiheit im abendländischen Herrschaftsbereich aufzubauen.¹

Während der Kirche die Be- und Verurteilung der Ketzer oblag, hatte die weltliche Obrigkeit die Aufgabe der Strafvollstreckung. Ketzerische Schriften wurden verbrannt, der Urheber in vielen Fällen zum Feuertod verurteilt und schwere Strafen über Besitzer derartiger Schriften verhängt.

Bis zum Zeitpunkt der Erfindung der Buchdruckerkunst (um 1450) war das Mittel der Nachzensur wirksam genug, um gegen die Verbreitung neuer Ideen, aus welchem Land auch immer sie stammen mochten, sofort einschreiten zu können.

Die Buchdruckerkunst bewirkte eine Flut von Flugschriften, die den Geist des Humanismus und der Reformation verbreiteten.² Da die

¹ Zu Recht weist Löffler darauf hin, daß die Kirche nicht nur die Meinungsfreiheit unterdrückte, sondern mit den Mitteln der Folter auch in die Denkfreiheit eingriff, Löffler, Presserecht, Teil I, S. 33

² Martin Luther war der erste Autor, der klar

Kirche dieser Vielzahl von Druckschriften in allen Ländern nicht mehr mit den Mitteln der Nachzensur Herr zu werden vermochte, änderte sie ihr geistiges Überwachungssystem, indem sie die Vorzensur einführte.¹

Papst Innozenz VIII. führte durch die Bulle von 1487 die bischöfliche Vorzensur im Gesamt-Herrschaftsbereich der Kirche ein.² Hiernach haftet sowohl der Drucker als auch der Urheber für den Inhalt der Druckschrift, Da es der Kirche unmöglich wurde, die Ausbreitung unerwünschter Schriften zu verhindern, wurde die Obrigkeit aufgerufen, das

(Fortsetzung vorige Seite)-----

die Möglichkeiten erkannte, um mittels der Vervielfältigungsmethoden des Buchdrucks zu einer echten Breitenwirksamkeit seiner Ideen zu gelangen. Er benutzte die neue Technik, um seine reformatorischen Thesen erstmals einer unbestimmten, für damalige Verhältnisse außerordentlichen Menge von Menschen mitzuteilen, und zwar mit den Mitteln der einfachen Volkssprache und nicht - wie bislang üblich - in Form der nur einer geringen Anzahl besonders gebildeter Menschen geläufigen lateinischen Sprache. Hierdurch erzielten Luthers Schriften höchste Auflagen. Pross nennt daher Luther einen der ersten Bestseller-Autoren. (vgl. Pross, Moral der Massenmedien, S. 74)

¹ Vorzensur, d.h. Prüfung der Schriften vor ihrer Drucklegung durch eine dafür ausgewählte Kommission, vgl. auch Eisenhardt, S. 15

² Schon vor dem Jahr 1487 lassen sich vereinzelt Vorzensurvermerke belegen, vgl. Traumann, S. 22, 32-34 und dortige Literatur

Zensursystem seinerseits zu erweitern und dessen Einhaltung zu kontrollieren.

Der Reichsabschied zu Speyer (1529) führte die obrigkeitliche Zensur befristet bis zum Zeitpunkt des nächsten Konzils ein¹. Hiernach mußte jede Druckschrift im Herrschaftsbereich eines jeden Reichsfürsten vor Drucklegung weltlichen bzw. kirchlichen Zensoren vorgelegt werden. Auf den Sitzungen des Konzils zu Trient 1545-1563 wurden weitgehende Pressezensurbestimmungen erlassen. 1559 schließlich - ebenfalls auf dem Konzil zu Trient - beschloß man die Einführung des "Index librorum prohibitorum". Dieser Katalog, der bis in heutige Zeiten noch in Kraft ist, vermochte die Verbreitung neuer Ideen ebensowenig einzudämmen wie die immer schärferen Strafen bei Verstößen gegen obrigkeitliche und kirchliche Zensurverordnungen.

Wesentlich für die Idee, mit den Mitteln der Zensur die Verbreitung von Informationen aus anderen Ländern zu verhindern, ist ein Statut des englischen Parlaments aus dem Jahr 1534, das die Einfuhr von Druckschriften aus dem Kontinent verbot, um sich gegen Kritik an der 1531 vollzogenen Trennung der anglikanischen Kirche von Rom abzusichern.²

Während bislang die kirchliche und weltliche Zensur allein dem Schutz geistlicher Belange diene, setzte man in Frankreich mit der Ordonnance von 1629 nunmehr auch staatliche Machtansprüche mit diesem Mittel durch³.

Die Idee der "Aufklärung" erfaßte das 17. und 18. Jahrhundert und ließ sich auch durch Pressezensurstatuten aller Art nicht einengen. Der "mündige" Mensch der Aufklärung sah in der Glaubens- und Meinungsfreiheit sein höchstes "Menschenrecht". Da mit der

¹Das erste nachweisbare kaiserliche Bücherverbot gegen Schriften des Johann Reuchlin stammt bereits aus dem Jahre 1512. vgl. Eisenhardt, S. 5

²vgl. Löffler, Presserecht, Teil I, S. 38

³vgl. Löffler a.a.O.

Herausgabe von zeitungähnlichen Druckschriften, Zeitschriften und Pamphleten die Ideen der Aufklärung in kürzester Zeit weitgehende Verbreitung fanden, wurde die Forderung nach einer unzensierten Presse immer heftiger.

Im Jahre 1695 wurde unter dem Einfluß der humanistischen Lehren John Miltons und John Lockes ein Zensurstatut vom englischen Parlament nicht mehr erneuert, England hatte damit als erstes europäisches Land eine relativ freie und unabhängige Presse.¹

1753 endete die generelle kirchliche Präventivzensur. In der Konstitution "Solicida ac provida" wurden die strengen Zensurbestimmungen zugunsten einer toleranteren Handhabung gelockert; zweifellos ein Zeichen für den Verlust päpstlicher Macht in den mehr und mehr evangelisch-gläubigen Gebieten. Hier versagte die weltliche Regierung ihre Unterstützung bei der Durchsetzung kirchlicher Forderungen.

Die Idee von den Menschenrechten, die als unveräußerliches "Über-Recht" über allem kodifizierten Recht stehen und dieses beeinflussen, wurde erstmals in der "Bill of Rights", die der Verfassung des amerikanischen Staates Virginia vorangestellt war, schriftlich niedergelegt. (12.6.1776)

Section 12 "That the freedom of the press is one of the great bulwarks of liberty and can never be restrained but by despotic governments (2)"

Während die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 die Pressefreiheit noch nicht ausdrücklich zu den Freiheitsrechten des Menschen zählte, wurde dies in einem Zusatzartikel 1791 nachgeholt, der die Glaubens-, Rede- und Pressefreiheit unter den Schutz der Verfassung stellte.

¹ Auf der Basis dieser Lehren ging z.B. der Historiker und Philosoph David Hume in seinen politischen Essays von 1766 davon aus, daß die Regierung auf der Meinung der Regierten beruhe. Diese Ansicht kennzeichnet die bis heute typisch-angelsächsische Tradition, die entsprechend den Begriff von der Freiheit des Bürgers und der Presse prägte.

² vgl. Hartung, S. 38

Während das 17. und 18. Jahrhundert im Hinblick auf die Freiheit der Presse in den einzelnen Ländern durch den beständigen Kampf des Bürgers gegen die Bevormundung des Staates gekennzeichnet wird, zeigt sich zumindest gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine gewisse Konsolidierung dieser Frage in den meisten europäischen Ländern. Das Menschenrecht der Freiheit hat sich durchgesetzt, und im Zuge dieser Ideen wird der Presse mehr und mehr Unabhängigkeit zugestanden.

Frankreich erkannte erstmals in der "Déclaration des droits de l'homme et du citoyen" am 26.8.1789 im Art. 11 vom 3.9.1791 die Pressefreiheit als einen Ausfluß der allen Menschen zustehenden Freiheitsrechte an. Allerdings wurden diese Freiheitsrechte unter der napoleonischen Herrschaft wieder beseitigt und lebten erst 1881 erneut auf.

Erst die Forderungen der "März-Revolution" von 1848 bewirkten in Deutschland, daß die Nationalversammlung im Artikel 4 der "Deutschen Grundrechte" die Pressefreiheit proklamierte. Bis zum Erlass eines Reichspressegesetzes im Jahre 1874¹ wurde diese Pressefreiheit in den 27 Landespressesetzen sehr unterschiedlich behandelt und insbesondere in Preußen stark eingeengt. Doch auch in der Folgezeit unterlag die Pressefreiheit in Deutschland ständig Beschränkungen.

Da die Freiheit der Meinungsäußerung nicht verfassungsrechtlich geschützt war, konnte sie jederzeit eingeschränkt oder völlig aufgehoben werden; ein Mittel, dessen sich Reichskanzler v. Bismarck bei der Verfolgung seiner politischen Ziele bediente.

Während der Zeit der Weimarer Republik kam es zwar zu einem verfassungsrechtlichen Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit und damit zur endgültigen Aufhebung der Zensur, dennoch blieb die formelle Pressefreiheit ohne verfassungsrechtliche Absicherung.²

Erst das Bonner Grundgesetz vom 23. Mai 1949 hat sowohl die formelle als auch die materielle Presse-

¹-----
¹In Kraft bis zum 1.7.1966

²vgl. Löffler, Presserecht I, 2. Aufl. (1969), S. 50

freiheit unter den Schutz der Verfassung gestellt und damit endlich der Presse die jahrhundertlang versagte Freiheit gewährt.

Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die Presse trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen, die nach Perioden der Pressefreiheit immer wieder ergriffen wurden, nicht nur eine geistige sondern auch eine wirtschaftliche Großmachtstellung errungen, dies insbesondere durch die außerordentliche Weiterentwicklung von Drucktechniken, die Massenauflagen bei täglichem Erscheinen und eine Bildberichterstattung erlaubten.

Das Aufkommen von Rundfunk und Fernsehen (1923 bzw. 1935) läßt die Flut von Informationen aller Art aus aller Welt weiterhin anwachsen. Der Rundfunk war einer der ersten Informationsträger für die breite Öffentlichkeit. Bereits 1927 und 1930 befaßte sich daher der Völkerbund mit der Frage der Garantie der Informationsfreiheit, aber erst 1936 kommt es in Genf zum Abschluß einer "Internationalen Übereinkunft über den Gebrauch des Rundfunks im Interesse des Friedens" (Genf, 23.9.1936).¹

¹ vgl. hierzu ausführlicher Teil B II, Abschnitt "Einschränkung der Informationsfreiheit"

Die Übereinkunft sieht ein Verbot hochverräterischer Propaganda und Kriegshetze (Art. I und II), das Verbot bzw. die Berichtigung unwahrer Behauptungen (Art. III) vor. Sie verpflichtet die vertragsschließenden Staaten zum Austausch von Informationen (Art.V) und zur innerstaatlichen Durchsetzung vertragsgemäßen Verhaltens (Art.VI). Wesentliches Ziel dieser Konvention war es, einerseits die Ausstrahlung friedensgefährdender Sendungen zu verhindern und andererseits dazu aufzurufen, den Rundfunk nicht für "Warmongering" sondern als ein

"medium of intercommunication for promoting better mutual understanding between peoples" (Art.V)

zu gebrauchen. Diese Übereinkunft, deren Definitionen durchaus auch heute noch Gültigkeit haben könnten, zeitigte damals keinerlei Erfolg.¹

¹ Dies ist im Bezug auf das Deutsche Reich dadurch erklärbar, daß bereits 1933 der Austritt aus dem Völkerbund erfolgte, somit also keinerlei internationale rechtliche bzw. moralische Bindungen an den Text der Übereinkunft bestanden. Im Gegenteil, die deutsche Aufrüstung, die einen Bruch der Versailler Verträge darstellte und die kriegshetzerische NS-Massenpropaganda, die gezielt im Volke ein "Feindbild" heraufbeschwor, verdeutlichen, weshalb die damalige deutsche Regierung völlig desinteressiert an einem derart pazifistischen Inhalt dieser Übereinkunft sein mußte, in der den NS-Überzeugungen diametral entgegengesetzte Ideen vertreten wurden. Es ist kaum verwunderlich, daß diese dem damaligen Zeitgeist nicht entsprechende Übereinkunft bald zu den "vergessenen" Konventionen gehörte. vgl. Schmeer, S.83; Wulf, S.123

Das 20. Jahrhundert besann sich nach den Wirren des zweiten Weltkrieges erneut auf die allen Menschen zustehenden Grundrechte, die während der vergangenen Kriegszeit von allen Nationen mehr oder weniger mißachtet worden waren. Diese Forderung nach der Freiheit des Menschen fand ihren Niederschlag in der ersten¹ internationalen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen². (Charter of the U.N. vom 26.

6. 1945). Art. 55 Ziff. c legte hierin die "Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion"

fest.

Nachdem am 10.1.1946 die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen stattgefunden hatte, auf der u.a. die Informationsfreiheit als "Fundamentalstes Menschenrecht" bezeichnet wurde,³ verabschiedete man ein Jahr später erneut eine Resolution zum Thema "Freier Informationsfluß" und "Kriegspropaganda"⁴:

"The General Assembly 1. Condemns all forms of propaganda, in whatsoever country conducted, which is either designed or likely to provoke or encourage any threat to the peace, breach of the peace, or act of aggression.

2. Requests the Government of each Member to take appropriate steps within its constitutional limits:

(a) To promote, by all means of publicity and propaganda available to them, friendly relations among nations based upon the purposes and principles of the Charter;

(b) To encourage the dissemination of all information designed to give expression to the undoubted desire of all peoples for peace.

3. Directs that this resolution be communicated to the forthcoming Conference on Freedom of Information."

~~15.9.1945~~ 17.5.1941 hatten die USA und England im Abschnitt 6 der bilateralen Atlantic-Charter die Hoffnung ausgesprochen, "that all the men in the world may live out their lives in freedom for fear and want". Zitiert nach: Hartung, S. 124

² Art. 1. UN-Ver., S. 35 ff; S. 178 ff; UN-Charta, BGBl 1945 II 430 in Kraft für die Bundesrepublik Deutschland seit 18.9.1973

³ UN GAOR 1 st sess. Suppl. A-64 Add. 1, S. 856

4. Measures to be taken against propaganda and the incitement of a new war: Report of the First Committee (1945) Nr. 62. UN GAOR Sess. 2/Vol. I (3.11.1947) S. 100 ff

1948 schließlich wurde von den Vereinten Nationen in Genf eine Konferenz für Informationsfreiheit einberufen, die drei Konventionsvorschläge und 43 Resolutionen erarbeitete.¹

Insbesondere auch die Satzung der Unesco, der Unterorganisation der Vereinten Nationen, nimmt in ihrer Präambel die Forderung nach Informationsaustausch auf: die Satzung vom 16. November 1945 sei "im Glauben an das Recht aller auf ungeschmälerte und gleiche Bildungsmöglichkeiten sowie auf das uneingeschränkte Suchen nach objektiver Wahrheit und den freien Austausch von Gedanken und Erkenntnissen" geschlossen². Präzisierend heißt es in Art. I 2 c, es sollten "durch geeignete Methoden internationaler Zusammenarbeit allen Völkern die Veröffentlichungen jedes einzelnen zugänglich gemacht werden."

Die Konkretisierung der in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochenen Hoffnungen erfolgte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte³ vom 10.12.1948. Die Art. 18 und 19 geben hierin jedem Menschen das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Meinungsfreiheit.

Für den europäischen Bereich wurde am 4.11.1950 die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet, in deren Art. 9 und 10 ebenfalls das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Meinungsfreiheit bekräftigt wurden⁴.

¹vgl. Handbuch für Rundfunk und Fernsehen, 1973/75, E 22 a

²vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe, Bd. III, A 53 1

³vgl. UN GAOR 3 rd Sess. (10.12.1948)

⁴vgl. BGBl 1952 II, 686 in Kraft für die Bundesrepublik Deutschland seit 3.9.1953

Der "International Co-venant on Civil and Political Rights" vom 16.12.1966 (Art.18,19,20)¹ und der fast gleichlautende Art. 13 der "Interamerikanischen Menschenrechts-Konvention" vom 7.1.1970² garantieren jedermann das Recht, Informationen ungeachtet aller Staatsgrenzen in jeder Form zu erhalten. Allerdings wird diese absolute Freiheits-Garantie sofort wieder eingeschränkt:

"a) For respect of the rights or reputations of others;
b) For the protection of national security or of public order (ordre public), or of public health or morals."

Gleichfalls werden Kriegspropaganda und friedensgefährdende Angriffe aller Art gegen andere gesetzlich verboten.

1972 wird von der Unesco eine Grundsatzerklärung über den freien Informationsfluß bei Satelliten abgegeben und der freie Informationsaustausch zwischen allen Ländern propagiert³. Diese Deklaration, der keine rechtliche, sondern eine ausschließlich moralische Bedeutung zukommt, bemüht sich um einen Kompromiß zwischen dem völkerrechtlich anerkannten Prinzip der Staatssouveränität und dem keineswegs allseits akzeptierten Prinzip der Informationsfreiheit⁴. 55 Nationen stimmten für die Annahme der Erklärung, 7 dagegen (USA, Großbritannien, Kanada, Australien, Dänemark, Neuseeland, Costa Rica), 22 enthielten sich der Stimme (u.a. die Bundesrepublik Deutschland).

¹ vgl. UN GAOR 21 st Sess. Suppl. No. 16 (A/6316), S. 42;
• IJR 15 (1971), S. 789; BGBl 1973 II, 1534 in Kraft
drei Monate nach Hinterlegung der 35. Ratifikations-
urkunde.

² vgl. American Convention on Human Rights, 7.1.1970,
• IJR 15 (1971), S. 822, Art. 13 (12 Unterzeichnerstaaten)

³ vgl. Draft Declaration of Guiding Principles on the
Use of Satellite Broadcasting for the Free Flow
of Information, the Spread of Education and Greater
Cultural Exchange. Unesco General Conference
27 C/16 (21.7.1972)

⁴ vgl. hierzu eingehender: Teil B 3 der vorliegenden

2) Die rechtliche Relevanz völkerrechtlicher Vereinbarungen zu Fragen des freien Informationsflusses.

EntschlieBungen, Verträge, Deklarationen, die sich inhaltlich mit Fragen der Meinungs- und Informationsfreiheit befassen, also mit Problemen, die den Begriff des "Free Flow of Information" tangieren, werden in einer immer wachsenden Anzahl zwischen einzelnen Staaten und Staatenverbänden ausgearbeitet.

Fraglich bleibt nur:

- 1) Sind die Staaten bereit, rechtsverbindliche Abkommen zu schließen, und
- 2) Halten sich die Staaten an derartige Abkommen?

Hierin liegt eines der schwierigsten juristischen Probleme des internationalen Rechts - im Grunde wohl ein unlösbares Problem, solange es mehrere Staaten mit verschiedenen politischen Auffassungen und unterschiedlicher wirtschaftlicher, kultureller und soziologischer Struktur gibt.

Geltungsgrundlagen des Völkerrechts sind - ungeachtet aller noch so unterschiedlicher Theorien - überrechtliche Wertmaßstäbe ethischer Natur wie Gerechtigkeit, Ordnung, Moral, Sittengesetz.

a) Völkerrechtsquellen
aa nach Brunner

Brunner betrachtet in seinem Aufsatz "Die Quellen des Völkerrechts"¹ vier rechtliche Strömungen, mit denen die Völkerrechtslehre die Grundnormen, die sogen. "Völkerrechtsquellen", des Zusammenlebens verschiedenster souveräner Staaten zu erklären versucht.

- 1) Voluntaristische Idee: Sie geht auf Grundsätze der Hegelschen Rechtsphilosophie zurück. Hiernach beruht das Völkerrecht auf einem "freiwilligen Akt der Selbstverpflichtung der Staaten".² Daran anschließende moderne Lehren gehen von einer stillschweigenden Willensübereinstimmung, einer gemeinsamen Rechtsüberzeugung der Staaten aus. Alle diese Ideen, die auf den Willen der Staaten abzielen, lassen lediglich die Schlußfolgerung zu, daß auf einem derartigen jederzeit wider-rufbaren Willen nur völlig unverbindliche Normen basieren können.

¹ vgl. Brunner, Georg, Die Quellen des Völkerrechts. In: Maurach/Meissner, Völkerrecht in Ost und West, Stuttgart 1967, S. 39-70

² vgl. Brunner a.a.O. S. 40

2) Die normativistische Lehre geht davon aus, daß das gesamte Recht auf einer Grundnorm beruhe, "die deshalb als eine Hypothese oder ein Axiom akzeptiert werden müsse".¹ Auch diese Lehre gibt keinen Aufschluß über die Verbindlichkeit völkerrechtlicher Normen.

3) Die objektivistisch-soziologische Idee sieht im Menschen ein soziales Wesen, dem das Bedürfnis nach Kommunikation mit anderen sozialen Wesen eingeboren sei. "Dieses Bedürfnis, das Bewußtsein der Solidarität oder das Rechtsbewußtsein überhaupt soll..... die Geltungsgrundlage des Völkerrechts sein".²

Die neuere Lehre sieht die Existenz einer Staatengemeinschaft als "empirische Tatsache, die nur bestehen könne, wenn sich ihre Glieder an das Völkerrecht hielten. Die Staaten hätten das Völkerrecht zu befolgen, weil sie Staaten seien."³

Die naturrechtliche Lehre des 20. Jahrhunderts geht auf oben erläuterte vor- bzw. überrechtliche Wertmaßstäbe wie Moral oder Gerechtigkeit zurück.

Brunner weist nach, daß die Völkerechtslehre der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten im voluntaristischen Ideengut des 19. Jahrhunderts befangen ist. Hiernach beruht die sowjetische Selbstverpflichtungslehre auf "normativistischem Denken und dem Souveränitätsdogma".⁴ Im Hinblick auf den Normativismus ist jedoch einschränkend hinzuzufügen, daß als Urnorm des Rechts der staatliche Wille steht, der gleichzusetzen ist mit dem Willen der sozialistischen Gesellschaft. Im Grunde ist hier eine sich rechtlichen Kriterien entziehende Urnorm in die sowjetische Völkerrechtslehre eingegangen.

Der Hauptmangel der sowjetischen Lehre besteht nach Meinung Brunners darin, "daß sie zur praktischen Unverbindlichkeit aller Völkerrechtsnormen führen muß,

1 Brunner a.a.O. S.41

2 Brunner a.a.O. S.41

3 Brunner a.a.O. S.41

4 Brunner a.a.O. S.42 ff

da eine einseitige Aufhebung der Willensübereinstimmung mangels einer Verpflichtungskraft höherer Ordnung jederzeit möglich ist In Anbetracht der praktischen Unverbindlichkeit völkerrechtlicher Normen vermag sich die Sowjetunion ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entziehen, ohne dabei zwangsläufig mit ihrer eigenen Völkerrechtsauffassung in Konflikt zu kommen."¹

- a) Völkerrechtsquellen
bb gemäß Art. 38 I IGH-Statut

Bei der rein tatsächlichen Regelung des Rechtsverkehrs zwischen verschiedenen Staaten werden gemäß Art. 38 Absatz I des Statuts des Internationalen Gerichtshofes drei Völkerrechtsquellen als "primäre" anerkannt:

Völkerrechtsquellen sind hiernach ²1) völkerrechtliche Verträge unter Wahrung des Grundsatzes "pacta sunt servanda",

2) Völkergewohnheitsrecht

3) allgemein anerkannte Rechtsgrundsätze wie z.B. Treu und Glaube, res iudicata, Verjährung etc..

Als sekundäre Völkerrechtsquellen werden außerdem Beschlüsse internationaler Organisationen, die Entscheidungen nationaler und internationaler Gerichte und die Völkerrechtslehre anerkannt.³

- b) Fragen der rechtlichen Verbindlichkeit bestimmter Formen
völkerrechtlicher Vereinbarungen

Fraglich ist, ob die oben erwähnten Quellen, die als Basis eines freien Informationsflusses gelten, auch als völkerrechtlich verbindliche Normen anzusehen sind.

Zwar ist die Menschenrechtsdeklaration von 1948 von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit angenommen worden, sie hat aber bis heute nicht die allseits rechtsverbindliche Form einer Konvention erhalten, d.h. eines Vertrages, der von allen Staaten zu unterzeichnen und zu ratifizieren ist. Dies bedeutet, auch eine "Deklaration" als besonders feierliche Erklärung, die ausschließlich auf internationalrechtliche außerordentlich bedeutsame

¹Brunner a.a.O. S. 47

²Brunner a.a.O. S. 47 mit zahlreichen Nachweisen

³Brunner a.a.O. S. 50

Tatbestände angewandt wird, gibt nur Grundsätze des bestehenden Völkerrechts wieder, ist aber selbst nicht unmittelbar verpflichtend. Man könnte sie als quasi "Vor-Form" einer Konvention bezeichnen, da die Bedeutung ihres Inhalts auch m.E. eine größere moralische Bindung der Staaten erzeugt.

Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist daher auch nicht als geltendes allgemeines Völkerrecht anzusehen, sie gehört nicht in den Kodex von völkerrechtlich verbindlichen "Grundrechten"¹. Bei Art. 19, der wie oben gesagt wurde eine Konkretisierung von Art. 55 der Charta der Vereinten Nationen darstellt, besteht also auch nur die moralische Aufforderung zum Schutze einer von vielen Staaten anerkannten Freiheitsidee.

Gleichermaßen unbefriedigend stellt sich die Durchsetzung der Ziele der Charta der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen dar, die als Basis der Menschenrechtsdeklaration gelten darf.

Pakte, Grundsatzserklärungen, Entschlüsse und ähnliche juristische Termini haben also insoweit nur internationalrechtliche Bedeutung als sie angeben, daß eine bestimmte Anzahl von Regierungen über ein bestimmtes völkerrechtlich relevantes Problem gleicher Ansicht ist und beabsichtigt, gemeinsame Ziele in einer bestimmten Frage zu verfolgen. Juristisch tatsächlich durchsetzbare Rechte und Verpflichtungen lassen sich hieraus nicht ableiten.²

Kennzeichnend für die Einhaltung derartiger Vertragsformen ist die politisch-moralische Verpflichtung eines Staates, die mit dem Akzept der bindenden Formulierung eines Schlußprotokolls entsteht.³

¹a.A. Thieme, S. 103 der meint, daß das völkerrechtliche Prinzip der Informationsfreiheit zunehmend im Begriff sei, sich durchzusetzen.

²vgl. auch v. Braun, S. 13/14. Während die genannten Vereinbarungen keine verbindliche internationalrechtliche Garantie der Meinungs- u. Informationsfreiheit zum Inhalt haben, enthält der Pakt "über bürgerliche und politische Rechte" von 1966 zwar eine derartige - wenn auch (vgl. S. 94) eingeschränkte - Garantie. Dieser Pakt ist aber bislang (März 1976) nicht in Kraft getreten. Auch die Interamerikanische Menschenrechts-Konvention von 1970, die in der völkerrechtlich verbindlichen Form einer Konvention vorliegt, schränkt die Freiheitsgarantien erheblich ein und ist zudem bisher kaum als global wirksame Völkerrechtsvereinbarung anzusehen, da nur 12 Staaten ihren Beitritt erklärt haben. (vgl. S. 58)

³so auch Strupp/Schlochauer, Handbuch des Völkerrechts, Bd. II, Stichwort "Menschenrechtsdeklaration der VN"

Anders dagegen bei der Europäischen Menschenrechts-Konvention. Wie aus dem Titel schon hervorgeht, hat dieser völkerrechtliche Vertrag die rechtsverbindliche Form einer Konvention. Der Inhalt dieses Vertrages, also insbesondere auch die Art. 9 und 10 über die Gedanken-, Gewissens-, Religions-, Meinungs- und Informationsfreiheit sind für die Mitgliedsstaaten des Europarates, soweit sie unterzeichnet und ratifiziert haben, rechtsverbindlich.¹ Auf Grund der Tatsache, daß internationale Verträge zwar völkerrechtlich bindende Kraft besitzen können, nicht aber tatsächlich durchsetzbar sind, sehen manche internationalen Vereinbarungen (so auch z.B. der Internationale Fernmeldevertrag) vor, daß in Streitfällen ein bestimmtes Schlichtungsverfahren durchzuführen ist. Zumeist sind dies Schiedsgerichtsverfahren oder aber die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs. Auch wenn Verträge diese Art der Streitschlichtung vorsehen, stellt sich ebenfalls wieder die Frage der Effizienz derartiger "Prozesse".

¹ Mit Verletzungen der Bestimmungen der Konvention kann die Europäische Kommission für Menschenrechte durch Vermittlung des Generalsekretärs des Europarates von jedem Vertragsstaat befaßt werden, bzw. jede natürliche Person, nicht-staatliche Organisation oder Personenvereinigung kann durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Beschwerde das Tätigwerden der Kommission erreichen unter der Voraussetzung, daß der innerstaatliche Rechtsweg bei Wahrung der Fristen erschöpft ist. Auf Grund der Tätigkeit der Kommission entscheidet dann das Ministerkomitee darüber, ob eine Verletzung der Konvention vorliegt. Eine Beschwerde wegen Verletzung der Konvention kann auch gegenüber dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erfolgen. Er wird nur tätig bei Anruf durch die Vertragsstaaten oder die Kommission. Natürlichen Personen usw. bleibt nur der Weg über das Kommissionsverfahren. vgl. Verdross, Völkerrecht, 5. Auflage (1964), S. 567 ff; Strupp/Schlochauer, Handbuch des Völkerrechts, Bd. II, Stichwort "Menschenrechtskonvention der Europarat-Staaten"; Guradze, Heinz, Der Stand der Menschenrechte im Völkerrecht, S. 164/165

zumeist paritätisch besetzten Fachkommissionen, hängt die Entscheidung eines Falles davon ab, ob beide Streit-Parteien mit der Anrufung des Schiedsgerichts und mit der personellen Besetzung der Kommission einverstanden sind, sich damit also auch dem Urteil dieses Gremiums unterwerfen wollen. Ist dies nicht der Fall, so kann die sich widersetzende Partei nicht gezwungen werden, ein Schiedsgerichtsverfahren zu akzeptieren.

Im Falle der Anrufung des Internationalen Gerichtshofs, die nur unter sehr engen Voraussetzungen¹ überhaupt möglich ist, kann zunächst ein Gutachten oder eine Empfehlung für den betreffenden Streitfall erbeten werden².

Hat der IGH schließlich ein Urteil erlassen, so ist der unterlegene Staat - soweit er UN-Mitglied ist - nach der Charta verpflichtet, sich entsprechend dem Urteilsspruch zu verhalten. Tut der betreffende Staat dies nicht, so hat der obsiegende Staat keine Möglichkeit, etwa mittels eines Zwangsvollstreckungsverfahrens ein Urteil durchzusetzen. Einen internationalen "Gerichtsvollzieher" gibt es im Völkerrecht nicht. Zwar kann der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen werden, legt aber eines der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ein Veto ein gegen ein Tätigwerden des Rates, so darf der Sicherheitsrat keine Maßnahmen ergreifen, er kann bestenfalls Empfehlungen aussprechen (die ebenfalls realiter nicht durchsetzbar sind). Wird der Rat tätig, so kann er Maßnahmen wie etwa einen Wirtschaftsboykott beschließen.³ Die UN-Mitglieder sind jedoch nicht verpflichtet, diese Maß-

Entweder haben sich zwei streitende Staaten in einer allgemeinen Schiedsvertrag oder einer bestimmten Schiedsabrede geeinigt, völkerrechtliche Streitigkeiten vom IGH entscheiden zu lassen oder beide Staaten haben unabhängig voneinander die allgemeine Erklärung abgegeben, sich der Entscheidung des IGH in allen völkerrechtlichen Fragen zu unter-

artige Stellungnahmen des IGH, der mit 15 der an-

nahmen zu unterstützen. Also auch hier hängt die Wirksamkeit der Tätigkeit des Sicherheitsrats letztlich von unwägsamen, zumeist politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen unbeteiligter dritter Staaten ab.

Dem vor dem IGH obsiegenden Staat bleibt dann noch zur Durchsetzung seines Rechtes das völkerrechtlich anerkannte Mittel der Selbsthilfe. Er kann 1) im Wege der Retorsion unfreundliche Akte gegenüber dem anderen Staat vornehmen, etwa Konsulate schließen, diplomatische Beziehungen abbrechen, Visumzwang einführen oder aber 2) völkerrechtliche Pflichten gegenüber dem anderen Staat mißachten, z.B. verbindlich zugesagte Darlehen nicht geben, Warenlieferungen sperren etc. Völkerrechtlich verboten sind auch bei der Selbsthilfe die Anwendung militärischer Gewalt (außer im Falle der Selbstverteidigung) und Maßnahmen gegen die Menschlichkeit, wie z.B. die Internierung der Angehörigen des gegnerischen Staates.

Letztlich ist also ein Urteil des IGH nicht durchsetzbar, da die Wirksamkeit des Urteilsspruches an der Grenze des unterlegenen Staates endet. In die Souveränität des autonomen Staates einzugreifen, ist mittels IGH-Urteil nicht möglich.

c) KSZE

Bezeichnend für das Ausmaß der Schwierigkeiten bei internationalen Verhandlungen über Fragen der Presse- und Informationsfreiheit und über die damit zusammenhängenden Probleme des freien Informationsflusses ist die sich über einen allseits unvermutet langen Zeitraum hinziehende "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE), an der 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada teilnahmen. Drei Hauptthemen waren Kern-Gesprächspunkte dieser Konferenz:

- I Fragen der Sicherheit in Europa
- II Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Umwelt
- III Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen (1)

gesehndsten Völkerrechtler aller Nationen besetzt ist, genießen hohen internationalen Ruf und gelten gemeinhin als autoritative Auslegung des Völkerrechts

Konsultationen zur Vorbereitung der KSZE begannen am 22. November 1972 in Helsinki. Im Juli 1973 lagen schließlich die Schlußempfehlungen dieser Beratungen den Außenministern der konferierenden Staaten vor. Ausgearbeitet wurden die Tagesordnungspunkte sowie Richtlinien für die 16 Kommissionen der Europäischen Sicherheitskonferenz.

Die Art. 19 und 20 der Schlußempfehlungen¹ geben zusammenfassend die Konferenzprinzipien wieder:

"9) Die Bekräftigung der nachfolgenden Prinzipien von grundlegender Bedeutung, die die gegenseitigen Fortschritte der Teilnehmerstaaten leiten, mit den für wünschenswert erachteten Klarstellungen und Zusätzen, sowie deren präzise Formulierung in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen werden für besonders wichtig erachtet:

- Souveräne Gleichheit, Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte;
- Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt;
- Unverletzlichkeit der Grenzen;
- Territoriale Integrität der Staaten;
- Friedliche Regelung von Streitfällen;
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten;
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit;
- Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker;
- Zusammenarbeit zwischen den Staaten;
- Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

20) Bei der Erfüllung dieser Aufgaben berücksichtigt die Kommission/Unterkommission insbesondere die Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen."

Interessant an diesen Vor-Formulierungen von Tagesordnungspunkten ist der besondere Hinweis auf die Souveränitätsrechte jeden Landes, ferner die Nicht-

¹ (Fortsetzung von S. 61) Strupp/Schlochauer, Handbuch des Völkerrechts, Bd. II, Stichwort "Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen"
(vorige Seite) Marx, Kr. Die KSZE, S. 22

¹ vgl. Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen, Helsinki 1973, Sonderdruck, o. Angaben, S. 8

Einbeziehung der Gedankens-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit in die Menschen- und Grundrechte, was durch das Wort "einschließlich" verdeutlicht wird. Auffallend ist außerdem der Bezug auf die von vielen Staaten zwar als selbstverständlich akzeptierten, aber wie oben ausgeführt wurde nicht realiter bei Verletzungshandlungen durchsetzbaren Deklarationen bzw. auf die Charta der Vereinten Nationen.

Der Themenbereich III, auch "Korb III" genannt, befaßt sich neben Fragen der Verbesserung menschlicher Kontakte sowie der Zusammenarbeit und dem Austausch im Bereich der Kultur und Bildung mit denen des Informationsaustausches. Die Art. 42/44/47 lauten:¹

"Mit dem Ziel, zur Stärkung des Friedens und zur Verständigung zwischen den Völkern der Teilnehmerstaaten und zur geistigen Bereicherung der menschlichen Persönlichkeit ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion und unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen beizutragen, erhält die Kommission, unterstützt von den entsprechenden Unterkommissionen, den Auftrag, alle Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu prüfen, die zur Schaffung besserer Bedingungen für eine Steigerung des Austausches auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, für eine größere Verbreitung von Information, für Kontakte zwischen den Menschen und für die Lösung humanitärer Probleme führen kann. In diesem Zusammenhang soll sie sich nicht nur bestehender Formen der Zusammenarbeit bedienen, sondern auch neue, diesen Zielen gemäße Mittel und Wege ausarbeiten.

44) Die Kommission soll ferner erwägen, inwieweit bestehende Institutionen zur Erreichung dieser Ziele herangezogen werden könnten.

47) Die Kommission/Unterkommission soll Vorschläge erarbeiten, um die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern. Besondere Aufmerk-

¹vgl. Schlußempfehlungen, a.a.O., S. 14/15

samkeit richtet sie dabei auf:

- a) die Verbesserung der Verbreitung und des Zugesanges zu mündlicher, gedruckter, gefilmter, gesendeter Information sowie die Erweiterung des Informationsaustausches;
- b) die Förderung der Zusammenarbeit in diesen Informationsbereichen auf der Grundlage kurz- und langfristiger Vereinbarungen;
- c) die Verbesserung der Bedingungen, unter denen Journalisten aus einem Teilnehmerstaat ihren Beruf in einem anderen Teilnehmerstaat ausüben."

Nur Utopisten können bei derartig undetailliert formulierten Richtlinien an einen "greifbaren" Erfolg dieser Konferenz geglaubt haben. Die ursprüngliche Forderung der westlichen Regierungen nach einem unbegrenzten Informationsaustausch wurde schon längst zugunsten der vagen Hoffnung aufgegeben, daß die KSZE wenigstens die ideologische Grenze zwischen Ost- und West etwas durchsichtiger gestalten könnte und ein Prozess des besseren gegenseitigen Verstehens eingeleitet würde. Mehr als unverbindliche Willensbekundungen sind von einer derartigen Konferenz nicht zu erwarten, schon gar nicht aber die Formulierung eines europäischen Völkerrechts. Botschafter Brunner als Leiter der deutschen Delegation für die KSZE erklärte daher auch vor Pressevertretern, die KSZE formuliere nur Willenserklärungen aber keine Verträge, dennoch seien derartige Erklärungen von hohem Rang und einer starken moralischen Kraft. Es gehe darum, so erklärte Brunner weiter, eine "neue Komponente der Zusammenarbeit" zu entwickeln, aus der im Laufe der Zeit "neue Verhaltensweisen" entstehen könnten¹. Gleichermäßen betonte Aussenminister Genscher vor dem Bundestag, die Konferenz solle weder neues Völkerrecht noch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem bringen, sondern politische Absichtserklärungen von moralischer Ver-

¹ Tagesspiegel/AP 11.7.1974, S.1 "Sicherheitskonferenz nach Bonner Ansicht vor "intensiver Phase".

bindlichkeit."¹

Gewisse Teilerfolge wie etwa das Bemühen um einen verstärkten Austausch von Rundfunk- und Fernsehprogrammen² sowie von Zeitungen und Zeitschriften, außerdem gewisse Arbeitserleichterungen und Vereinfachungen bei der Abwicklung von Reiseformalitäten für Journalisten in östlichen Ländern sind seit der KSZE zu verzeichnen. Ähnliche Forderungen hat man sich auch bemüht, im deutsch-sowjetischen Kulturabkommen zu formulieren.³

Doch auch der oben genannte Begriff des "Teil-Erfolgs" ist nur mit Einschränkungen zu interpretieren. Der Wortlaut der am 6.7.1975 veröffentlichten Genfer Erklärung der KSZE über Richtlinien, die den Korb III betreffen, führte zu einem Kommentar in der Zeitung "Die Welt", dem in seiner Schärfe und Resignation kaum noch etwas hinzuzufügen ist. Auszugsweise heißt es hier:

"..... Der Text besteht aus einer einzigen großen Absichtserklärung, die in allen Teilen sorgsam an Bedingungen gebunden ist. Was also macht den Fortschritt aus, den Korb III darstellen soll? Um die unangenehmen Inhalte des Korb III niedriger hängen zu können, setzte Moskau eine Präambel durch, die den Primat der staatlichen Souveränität und der inneren Gesetzgebung garantiert. Damit stehen alle Erleichterungen, die gewährt werden können, unter Souveränitätsvorbehalt.... Die diplomatische Meisterleistung von Korb III ist zu schauerlichem Vorbehalt-Deutsch geronnen Besonders umständlich und serenissimushaft wird die Textsprache beim allernähesten Kapitel, der Information. Journalistenreisen, Informationsaustausch, Verbreitung von Zeitungen und gesendeter Information werden "beabsichtigt", "erleichtert", "gefördert", "verbessert" - wobei man sich diese "beabsichtigt" aber stets nur "zum Ziel setzt", "in wohlwollendem

¹ Tagesspiegel (Kl) 18.10.1974, S. 1 "Sicherheitsdebatte endete mit harter Kontroverse"

² Im Gegensatz dazu konnte jedoch bei der Frage der Störsendertätigkeit nach wie vor keine Einigung erzielt werden.

³ vgl. TV-Courier, Dokumentation, Nr. 23 (4.6.1973), S. 1

⁴ Voller Wortlaut der Erklärung, Der Tagesspiegel, 8.7.1975, S. 9

Geiste" prüfen will und ihre Realisierung "beabsichtigt". Das klingt wie Wiener Kongress plus Karlsbader Beschlüsse. Die Verfügungen von Korb III entsprechen dem Stil obrigkeitlicher Verheißungen. Sie erinnern an Verfassungs-Entwürfe im vorrevolutionären Europa des 18. und 19. Jahrhunderts. Der Absolutismus, der dargeboten wird, ist nicht einmal aufgeklärt. Er trägt Züge zaristischer Russenwirtschaft." (1)

Eine allseitige Entspannungspolitik wie sie ja durch die KSZE verdeutlicht werden sollte, verträgt keine abstrakten Absichtserklärungen sondern nur konkrete Verbesserungsvorschläge. Die Idee des Free Flow of Information der Vereinten Nationen erstarrte bisher in blutleeren und abstrakten Formulierungen, insoweit sind die Vorschläge der KSZE als eine erste Konkretisierung der Definitionen der Menschenrechtserklärung anzusehen. Wie schwierig sich derartige Konkretisierungen fixieren lassen, verdeutlicht eine Formulierung in der KSZE-Schlussakte zum Korb III, Teil II "Information" : "... Setzen sich zum Ziel die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern."² Ursprünglich war an dieser Stelle nicht eine "frei~~ere~~" sondern eine "freie" Information gefordert, aber nur mit dieser nicht unerheblichen Einschränkung konnte allseits eine Übereinstimmung erzielt werden.

Die Geschichte wird zeigen, ob die "politischen Absichtserklärungen", die auf der Gipfelkonferenz in Helsinki verabschiedet wurden, wirklich eine dauerhafte "moralische Verbindlichkeit" zu erzeugen vermögen, oder ob diese je nach politischen Klima weiterhin als Druckmittel eingesetzt werden³.

Doch nicht nur im Hinblick auf das vorliegende Thema besonders interessierende Korb III, sondern auch Korb I, in dem die zehn Prinzipien der KSZE enthalten sind, die die Beziehungen der Staaten in Europa untereinander

¹ Kropf, Herbert, Die Windeier in Korb drei, In: Die Welt 2.7.1975, S. 6

² Schlussakte der KSZE und Erklärung des Europäischen Rates über die KSZE, Bonn 1975, BT-Drucksache 7/3867 (22.7.1975), S. 27

³ Nach der die zweite Phase der KSZE am 21.7.1975 in Genf beendet worden war, einigte man sich darauf, eine Folge-

regeln sollen, enthält Zusagen, die sofort wieder eingeschränkt werden. In Prinzip VII "Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit" heißt es:

"Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedankens-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten... Auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten werden die Teilnehmerstaaten in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handeln. Sie werden ferner ihre Verpflichtungen erfüllen, wie diese festgelegt sind in den internationalen Erklärungen und Abkommen auf diesem Gebiet, sofern sie an sie gebunden sind, darunter auch in den internationalen Konventionen über die Menschenrechte" (2)

Auch dieser gesamte Passus bezieht sich also auf völkerrechtlich nicht unbedingt verbindliche Abmachungen (vgl. oben) und schränkt diese vagen Feststellungen dann auch noch ein mit dem Hinweis, daß nur in dem Fall eine Gültigkeit vorliege, sofern die Regierungen an diese Erklärungen gebunden seien. Im Grunde ergibt also dieser Absatz aus den KSZE-Prinzipien keine Neuerung zu den bisherigen völkerrechtlichen Praktiken, und somit besteht keinerlei Hoffnung darauf, daß die Menschenrechte und insbesondere die Gedanken-, Gewissens- und Überzeugungsfreiheit in Zukunft mehr geachtet würden als bisher.

- 3) Garantie und tatsächlicher Umfang der Pressefreiheit
a Pica-Studie/Tampere-Studie

Nirgends wird der Ost/West-Konflikt deutlicher als beim Vergleich der Freiheitsrechte in sozialistischen und "kapitalistischen" Verfassungen.

In diesem Zusammenhang ist die sogenannte PICA-Studie

1 Unterstreichung durch die Verfasserin

2 Textfassung Tagesspiegel/dpa, 22.7.1975, S.5; Schlußakte der KSZE und Erklärung des Europäischen Rates über die KSZE, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Bundestages-Drucksache 7/3867 vom 23.7.1975, S.5

the "Director of Information Center" der School of Journalism, Columbia-University, Columbia/USA¹ von Interesse².
Die amerikanische IIA-Studie gibt folgende
Angaben:

"Weltweit herrscht dort, wo Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, Buchverlage, Bücher, Hörfunk, Fernsehen, Radio, Pressefreiheit und Kritikfähigkeit herrschen, eine strafrechtliche Einwirkung auf die Pressefreiheit. Es ist keine organisierte
Pressezensur."

Es folgt eine Berechnung, auf der 23 Bewertungsfaktoren
beruhen. Danach, daß von den 115 betrachteten
Ländern 50 in der Pressefreiheit, in dem Pressefrei-
heit herrscht. 1,5 Milliarden Menschen können sich also
mehr oder weniger eingeschränkt mittels aller zur Verfü-
gung stehenden Medien informieren.

In Europa gehören zu den höchst eingestuft "freien
Ländern" Belgien, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden,
Australien, etc. Als am wenigsten befürdelt als außer-
gewöhnlich frei sind: Japan, Iran, Kanada und die USA in
der Pressefreiheit. Unter den diesen Ländern wäre
es nicht möglich ein freies Pressezentrum "Free Flow of Infor-
mation" denkbar.

Diese These wird durch die sogenannte Tannere-Studie⁵
von 1971 insoweit relativiert, als gerade der Informations-
fluß zwischen Kanada und den USA sowie Europa und den USA
eingehend dargestellt wird und
folgendes Ergebnis ergibt: "the main countries of
origin for television programmes imported into Canada are
the United States and France. More than 83 per cent of
the programmes imported by the ITC are of US-origin ;
and of these 83 per cent one half come from the United
States and one half from France. "⁶

Die Studie, die die Pressefreiheit und Critical Ability,
die Pressefreiheit, Handbuch der Weltpresse, Bd.1

Die Studie, die den Blick auf den Zweck der vorliegen-
den Studie, die Konstatieren von Aspekten des Free Flow
der Pressefreiheit ist, wird es sinnvoll, auf die
Angaben der Studie, die die Pressefreiheit in ihrer Form ein-
geordnet ist, die die Studie zugrundege-
legt ist, die die Pressefreiheit und die Pressefreiheit
insoweit

d.h.zwei Drittel des importierten Materials (34 % des Gesamtprogramms werden von CBS importiert, 46 % von RC) stammen also aus den USA, ein Fünftel aus Frankreich.

Im Gegensatz dazu werden die USA als ein "self-supporting-country in television production" ¹ bezeichnet. 0,5 % beim kommerziellen Fernsehen und 1,5 % beim Erziehungsfernsehen beträgt der Anteil importierter Programme am Gesamtprogramm der USA. Bemerkenswert ist zudem, daß die Hälfte aller von den USA importierten Filme solche sind, die über das Erziehungsfernsehen NET gleich PBS ausgestrahlt werden. NET bezieht 80 % seiner importierten Filme aus Großbritannien, 10-20 % aus Kanada und einige Programme aus Australien und Europa.²

Im Hinblick auf die europäischen Länder gelangt die PICA-Studie zu folgendem Ergebnis: Westeuropa importiert ca. 30-40 % des Gesamtprogramms, wobei jedes Land sehr unterschiedliche Importziffern aufweist. "Approximately half of the TV-News material coming from London to the USA TV-Market is of American origin... The West European countries purchase on the average 40-60 per cent of all their imported TV-programmes from the United States ... of the total time of transmission. American productions account on the average for 15-20 per cent in Western Europe."³ Aus dieser Zusammenfassung geht hervor, daß die USA als nach wie vor stärkstes Exportland auf dem Weltmarkt dominieren, während umgekehrt nur ein kaum ins Gewicht fallender prozentualer Anteil an Programmen importiert wird. Somit besteht also kein echter Informationsfluß zwischen den USA, Kanada und Westeuropa, sondern lediglich ein sogenannter "one-way-traffic" ⁴.

(Fußnoten vorige Seite):

⁴PICA-Studie a.a.O., S.XVII

⁵vgl.Nordenstreng/Varis,Unesco-Reports Nr.70,Paris 1974

⁶so auch in: Gerbner,Gross,Melody, S.393 ff.

⁷vgl. Nordenstreng/Varis a.a.O. S.18.

¹vgl.Nordenstreng/Varis, S.19.

²vgl.Nordenstreng/Varis,a.a.O.

³vgl.Nordenstreng/Varis,S.23.

⁴vgl.Nordenstreng/Varis,S.40.

Nach den Maßstäben der FICA-Studie gehören die Bundesrepublik Deutschland, sowie Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Österreich, Türkei und Zypern der Stufe 2 an, die als "frei mit geringen Kontrollen" bezeichnet wird. 29 Länder dagegen besitzen für 1,3 Mill. Menschen ein kontrolliertes Pressesystem, wobei die DDR und die UDSSR u.a. zu den Ländern mit der "kontrolliertesten Presse" zu zählen sind.¹ Nach der der FICA-Studie zugrundegelegten Definition herrscht vollständige Pressekontrolle dort "wo die Presse keinerlei Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit besitzt. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Nachrichtenagenturen, Hörfunk und Fernsehen werden unmittelbar vollständig von der Regierung, von Selbstkontrollkörperschaften oder durch Besitzkonzentration kontrolliert."

b Die sozialistische Interpretation
verfassungsrechtlich garantierter
Freiheitsrechte

Gerade im Hinblick auf den freien Austausch von Informationen ist es unumgänglich, den Wortlaut sozialistischer Verfassungen (hier der UDSSR und der DDR als Beispiel für viele) auf deren tatsächlichen Bedeutungsgehalt zu betrachten.

¹ vgl. FICA-Studie a.a.O., S. XVII

Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik vom 10. Juli 1918 erkennt im Gegensatz zu allen genannten westlichen Verfassungen keine individuellen Freiheitsrechte mehr an, sondern nur noch Rechte einer sozialistischen Gemeinschaft. Ziel der Verfassung ist es, eine rechtliche Basis für den "Kampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter" zu schaffen.¹

Art. 14 der RSFSR lautet:

"Um den Werktätigen wirkliche Freiheit ihrer Meinungsäußerung zu sichern, beseitigt die RSFSR die Abhängigkeit der Presse vom Kapital und übergibt der Arbeiterklasse und der besitzlosen Bauernschaft alle technischen und materiellen Mittel zur Herausgabe von Zeitungen, Broschüren und Büchern sowie aller anderen Druckerzeugnisse und gewährleistet deren freie Verbreitung im ganzen Lande."²

Nachdem sich die sozialistische Staatsordnung in der UdSSR etabliert hatte, erfolgte eine dem Sinn dieser Gesellschaftsordnung entsprechende Neuschöpfung einer Verfassung.³ Im Gegensatz zu den erwähnten bürgerlichen Verfassungen, die dem Individuum ein Abwehrrecht gegenüber staatlichen Eingriffen in seine Freiheits-sphäre verbriefen (Negativ-Rechte), gewährt der sozialistische Staat seinen Staatsbürgern gewisse Rechte quasi als Vorteil und Belohnung für gutes sozialistisches Verhalten. Wie

¹ vgl. Hartung, S. 97

² Text zitiert nach Maurach, Hdb. der Sowjetverfassung, zu Art. 125, S. 359

³ Verfassung 5. Dez. 1936 in Ergänzung vom 25. 2. 1947

dieses Verhalten zu interpretieren ist, ergibt sich aus den von der KP jeweils festgelegten Handlungsprinzipien (Positiv-Rechte). Insoweit wird auch das Recht auf Glaubens-, Rede- und Pressefreiheit anerkannt und alle hierfür nötigen materiellen Grundlagen gewährleistet (Art. 125). Ein Recht gegen den Staat zur Durchsetzung dieser Freiheiten wie in den bürgerlichen Verfassungen besteht dagegen nicht.

Art. 125 "In Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems werden den Bürgern der UdSSR durch Gesetz garantiert:

- a) die Redefreiheit
- b) die Pressefreiheit
- c) die Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit
- d) die Freiheit von Straßenumzügen und Demonstrationen.

Diese Rechte der Bürger werden dadurch gewährleistet, daß den Werktätigen und ihren Organisationen die Druckereien, Papier-vorräte, öffentlichen Gebäude, Straßen, das Post- und Fernmeldewesen und andere materielle Bedingungen, die zu ihrer Ausübung notwendig sind, zur Verfügung gestellt werden." (1)

Bemerkenswert ist bei der Formulierung des Art. 125 ebenso wie bei der des Art. 14, daß die sogenannten Freiheitsrechte nicht allen Bürgern sondern allein den "Werktätigen" zugebilligt werden. Da der sozialistische Staat

¹ zitiert nach Franz, Günther (Hrsg.), Staatsverfassungen, 2. Aufl. 1964, S. 579

unterstellt, daß das Verhalten des Werktätigen grundsätzlich mit dem Programm der KP übereinstimmt, so dienen die "Interessen der Werktätigen" gleichzeitig immer der "Festigung des sozialistischen Systems". Geht man davon aus, daß das Programm der KP quasi Verfassungsrecht setzt, so begegnet jede von diesem Interesse abweichende Handlung schweren Strafdrohungen, da sie als "systemverändernde Agitation" gegen die Partei und damit gegen die Werktätigen anzusehen ist. Kritische Meinungsäußerung ist daher auch nur in den von der KP abgesteckten Grenzen erwünscht. So darf z.B. durchaus die Durchführung eines Programmes kritisiert werden, nie aber das Programm selbst¹.

In der Natur einer unter den genannten Voraussetzungen bestehenden Staatsverfassung liegt es, daß eine Zensur ausgeübt wird, also nur ein "relatives" Freiheitsrecht gewährt wird. Révész faßt diesen Zensurmechanismus wie folgt zusammen:

"Die Zensur dient sowohl der äußeren als auch der inneren Sicherheit der UD²SR bzw. der KP dSU. Auf der einen Seite soll die Zensur verhindern, daß in öffentlichen Medien Geheimnisse aller Art ausgeplaudert werden, also etwa militärische, politische, wirtschaftliche oder auch naturwissenschaftliche oder technische. Diese Zensur dient in erster Linie einem äußeren Sicherheitsbedürfnis der UDSSR. Außenpolitischen Gegnern der UDSSR soll die Möglichkeit genommen werden, aus den öffentlichen Publikationsmitteln der Sowjetunion irgendwelche militärischen oder sonstige politisch relevanten Informationen zu gewinnen. Andererseits soll die Zensur verhindern, daß in den legalen Publikationen - Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Filmen oder Theaterstücken - Ideen und Informationen in die sowjetische Öffentlichkeit getragen werden, die in irgendeiner Weise die Autorität des Staates und der Partei beeinträchtigen könnten. Diese Zensur kann man als ideologisch-politische Zensur bezeichnen, und sie dient vorwiegend dem inneren Sicherheits-

¹Maurach, Hdbuch, a.a.O., S.360/61 zu Art.125

bedürfnis der Sowjetunion, das hier im wesentlichen mit dem Sicherheitsbedürfnis des sowjetischen Machtapparats gleichzusetzen ist. Die Geheimhaltung der Zensur in der sowjetischen und osteuropäischen Fachliteratur macht es schwer, von dem Zensurmechanismus und dessen Tätigkeiten ein auch nur annähernd ausführliches Bild wiederzugeben." (1)

Maurach ergänzt dieses Bild:

"Nach außen tritt freilich die Zensurgewalt des Staates hier nicht so in Erscheinung wie in Ländern, in denen Druck und Vertrieb in privater Hand liegen und der Staat lediglich die öffentlich-rechtlich Kontrolle des erscheinenden Schrifttums für sich in Anspruch nimmt. In der UDSSR ist der Staat der einzige Buch- und Zeitschriftenverleger, der einzige Inhaber des Senderechts, der alleinige Herr des Theaterwesens. (2) Daher setzt schon die Publikation eines Werkes das vorherige staatliche Plazet voraus. Dieses tritt aber, da Produktion und Zensur in der gleichen Hand vereinigt sind, nach außen hin nicht in Erscheinung. Im Innenverhältnis besteht aber auch in der Sowjetunion eine solche Trennung" (3)

Was hier für die Sowjetunion im Hinblick auf die Freiheitsrechte und ihre Interpretation untersucht wurde, gilt gleichermaßen für die Verfassung der DDR oder anderer Verfassungen sozialistischer Staaten.

Auch die Verfassung der DDR von 1968 gewährt ihren Bürgern das Recht auf Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit⁴.

Art. 27 "Jeder Bürger der DDR hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis eingeschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

II Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet." (5)

¹ vgl. Révész, S. 222

² Mit Recht weist Maurach auf die irreführende Bezeichnung "Bürger" hin, dem ein Freiheitsrecht eingeräumt wird. Keine Privatperson hat die Erlaubnis, beliebige Schriften zu drucken und zu verbreiten. Maurach, S. 365

³ Maurach a.a.O., S. 364 zu Art. 125

B II 3) Fragen des internationalen Kommunikationsrechts

a Balance zwischen nationaler Souveränität und internationalem freien Informationsfluß

Wenn bislang vom Presserecht gesprochen wurde, so bezogen sich diese Erläuterungen entsprechend dem üblichen juristischen Terminus auch auf Rundfunk- und Fernsehsendungen. Gerade aber der Einsatz neuer Technologien - hier von Satelliten - für die Übertragung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen hat eine Vielzahl von juristischen Problemen des internationalen wie des nationalen öffentlichen und privaten Rechts aufgeworfen. Auch hier verhindert, oder zumindest verzögert das Ringen um nationale Prestigefragen die Lösung der juristischen Schwierigkeiten. Bei der politischen Zerspaltenheit der einzelnen Nationen, die ja schon eine effektive Arbeit der UN unmöglich machte, ist auch in den kommenden Jahren nicht damit zu rechnen, daß eine zufriedenstellende Regelung der Fragen des Nachrichten-satellitenwesens erreicht werden kann.

McWhinney gibt in seinem Aufsatz "The Development of an International Law of Communications" einen kurzen allgemeinen Überblick über Entwicklungen des internationalen Kommunikationsrechts, wobei er sich hauptsächlich der Frage zuwendet:

"Should such questions as registration and coordination of orbital patterns of telecommunication satellites, as well as control of program content and quality, also be left to

(Fortsetzung vorige Seite) (4) Auch hier erfolgt also die gleiche Einschränkung wie bei der Verfassung der UDSSR und den Verfassungen der übrigen sozialistischen Länder, d.h. der Bürger der DDR genießt das Positiv-Recht bestimmter Freiheiten nur, bei gutem sozialistischem Verhalten. Eine Meinungsäußerung gegen das System wäre insoweit undenkbar, da dies ein unsozialistisches Verhalten darstellen würde und Freiheitsrechte somit keine Anwendung fänden.

(5) Verfassung der DDR vom 6.4.1968, Art. 27 (DDR-GBI S. 199

Intelsat and complementary "regional" organization like Intersputnik? Or should they be entrusted to some entirely separate and autonomous organization with more specialized responsibilities and expertise in regulatory activities involving communications?"(1)

McWhinney begrüßt es, daß das internationale Kommunikationsrecht bisher frei blieb von einer jede effektive Arbeit hemmenden "Institutionitis", dies hat jedoch zur Folge, daß es bis heute "no single, overarching body of law, no one legally paramount international organization having jurisdiction over communications, no single code of principles or similar comprehensive enactment of positive law rules" gibt.² Für ihn ist das derzeitige internationale Kommunikationsrecht hauptsächlich "the product of pragmatic initiative empirically applied in case-by-case development of principle".³ Die fruchtbarste Entwicklung des internationalen Kommunikationsrechts sieht er in dem bi- und begrenzt multilateralen Abkommen wie z.B. dem Intelsat-Abkommen, da hier bisher politische Konflikte im Kommunikations- und Satellitenwesen auf ein Minimum beschränkt wurden. Diese ersten Versuche könnten rechtsbildend auf das gesamte internationale Kommunikationsrecht einwirken.

McWhinney ist der Überzeugung, daß die völkerrechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und strukturellen Probleme des Satellitenwesens sich nicht durch die Errichtung einer Weltorganisation, die die alleinige Entscheidungsbefugnis und Kontrollfunktion innehat, lösen lassen, sondern daß eine ähnliche Entwicklung wie bei der zivilen Luftfahrt eintreten wird, deren internationalrechtliche Grundlage die Chicago-Convention von 1944

¹ McWhinney, The development of an International Law of Communications. - In: McWhinney, The International Law, Leyden 1971. S. 17

² McWhinney a.a.O., S. 11

³ McWhinney a.a.O., S. 11

bildet.¹ Aus dieser heraus hat sich einerseits die ICAO als Vertretung der meisten an ziviler Luftfahrt interessierten Regierungen und andererseits die IATA als Vertretung der staatlichen oder privaten Luftfahrtgesellschaften entwickelt. Diese Struktur hat sich bisher bei allen zwischenstaatlichen Schwierigkeiten als erfolgreich erwiesen.

Während McWhinneys Ausführungen zu internationalrechtlichen Aspekten des Kommunikationswesens allgemeinerer Natur sind, gehen die Überlegungen von Smith detaillierter auf diese Probleme ein.

Smith sieht als "Basis-Conflict" die Schwierigkeit bei der Einhaltung der Balance zwischen der "nationalen Souveränität" und dem "Free Flow of Information", ein Problem, das schon bei den herkömmlichen Telekommunikationsarten wie Telegraphie, Radio oder Fernsehen und nun in noch stärkerem Maße bei Satelliten insbesondere jedoch Nachrichtensatelliten auftritt.²

Der Begriff der Staatssouveränität im heutigen Sinne bildete sich während der Zeit des Auflebens und Erstarkens einzelner Nationalstaaten.³ Im 19./20. Jahrhundert wird das Abstraktum "Staat" schließlich soweit verabsolutiert, daß es als einziges Subjekt des Völkerrechts gilt, dem allein Rechte und Pflichten innerhalb zwischenstaatlicher und internationaler Beziehungen zugeordnet sind. Souveränität bedeutet hiernach: Wahrnehmung des allein dem Staat gehörigen Vorrechts der absoluten Unabhängigkeit seiner Existenz von Ausseneinflüssen (Staatsautonomie) und der Durchsetzung

¹ McWhinney a.a.O., S. 20

² Smith, International Telecommunication Control, S. 17

³ vgl. auch S. 60

seines Willens nach innen (nationale Autonomie). Die Staatsautonomie umfaßt jedoch die Achtung völkerrechtlicher Regelungen im oben erläuterten Umfange.

Im Zuge der Entwicklung von Technologien, die Rechtsregeln über die Grenzen eines Einzelstaates hinaus erforderten (Flußrecht, Meeresrecht, Postrecht, Eisenbahnrecht, Weltraumrecht usw.), unterliegt die Staatssouveränität in immer wachsenderem Maße erheblichen Einschränkungen. Internationale Organisationen werden heute bereits ebenfalls, wenn auch subsidiär, als Völkerrechtssubjekt anerkannt, da sie völkerrechtlich anerkannte Rechte und Pflichten wahrnehmen.¹

Gerade auf dem Gebiet des Funkrechts begegnen wir dem Souveränitätsproblem schon in relativ frühen Jahren².

b Souveränitätsfragen im
Funkrecht (Aufsatz Joedens)

Insbesondere Joeden³ hat sich 1954 in einem grundlegenden Aufsatz um die Klärung dieser Fragen bemüht. Zwei Haupttheorien bilden den Ausgangspunkt für die Beurteilung der Problematik des Wellendurchgangs durch fremdes Staatsgebiet. Auf Grund der physikalischen Tatsache, daß sich einmal erzeugte Funkwellen in bestimmter Form ausbreiten und dementsprechend Staatsgrenzen überschreiten, also Souveränitätsrechte des betreffenden Herrschaftsbereich verletzen, hatten sich die Völkerrechtler mit dem Problem zu befassen, ob ein souveräner Staat den Transit von Funkwellen zu dulden hat oder nicht.

Nach der älteren Äthersouveränitätstheorie³ stellt ein Transit von Funkwellen durch fremde Staaten eine Benutzung des Luftraumes dar. Da jeder Staat sein völkerrechtlich unbestrittenes Souveränitätsrecht auch im Luftraum oberhalb seines Herrschaftsgebietes geltend machen kann, so ergibt sich eine

¹ Strupp/Schlochauer (Bindschedler), Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. II, S. 70; desgl. Dutoit, In: Maurach, Völkerrecht in Ost u. West, S. 71 ff., der auch dem Individuum m.E. völkerrechtlichen Subjektcharakter zubilligt (vgl. S. 84)

Souveränitätsverletzung beim Transit von Funkwellen. Die strikte Anwendung dieser Theorie würde zu einem totalen Sende- und Empfangsverbot führen, da die Ausbreitung von Funkwellen sich in vielen Fällen nicht auf ein bestimmtes Herrschaftsgebiet beschränken läßt.

Die jüngere Ätherfreiheitstheorie¹ geht davon aus, daß Luftrecht und Funkrecht von einander zu trennen seien². Der Luftraum, in dem Gesetze der Mechanik Gültigkeit haben und der über ihm liegende unbegrenzte materielle Ätherraum, in dem für das Funkrecht allein bedeutsame elektromagnetische Prozesse vorsichgehen, stellen etwas qualitativ Verschiedenes dar. Geht man davon aus, daß jeder Staat aus einem berechtigten Sicherheitsbedürfnis heraus die Kontrolle der Luftsäule über seinem Hoheitsgebiet innehaben will, so besteht beim Durchgang von Funkwellen durch den Ätherraum keine aus Sicherheitsgründen gerechtfertigte Notwendigkeit, das Prinzip der Gebietshoheit auch auf diesen materielosen Raum auszudehnen. Da der Ätherraum also keiner Gebietshoheit unterliegt, dürfen alle Staaten grundsätzlich Funkwellen ausstrahlen. Dieses Freiheitsrecht ist "ein ursprüngliches und nicht erst auf Grund der Funkverträge entstandenes"³. Umgekehrt müssen alle Staaten aber auch den Durchgang fremder Funkwellen durch ihr Gebiet gestatten. Diese Rechte und Pflichten unterliegen völkerrechtlichen Grundsätzen, insbesondere

(Fortsetzung vorige Seite) [2] Seit dem Aufkommen und der stetig wachsenden Bedeutung des Seefunks und später des Flugfunks zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

(3) Joeden, Johann, Die Funksendefreiheit der Staaten, JIR 3(1954), S. 85 ff

¹ Vertreter dieser Theorie sind u. a. Sténuit, Raestad, Joeden, vgl. eingehende Erläuterungen hierzu bei Joeden I. a. a. O., S. 106

² so auch v. Braun, S. 20/21

³ Joeden a. a. O., S. 105, der hierbei an den völkerrechtlichen Grundsatz von der Freiheit der Meere anknüpft

dem Gebot des "bon voisinage" und der "Nichteinmischung in fremde interne Staatsangelegenheiten", wobei der Staatengemeinschaft insgesamt die Überwachung der Einhaltung dieser Regeln obliegt. Hieraus leitet sich auch die grundlegende Bedeutung des Internationalen Fernmeldevertrages und seiner Zusatzverordnungen (vgl. Teil I) ab, die technisch notwendige Einschränkungen des Freiheitsrechts zum Wohle aller enthalten.

Joeden¹ weist zudem nach, daß die Weltnachrichtenverträge zwar die Fernmeldehoheit und mit ihr die Funkhoheit als Ausfluß des staatlichen Souveränitätsrechts anerkennen, daß damit aber noch nichts über die Souveränität im Äther gesagt ist. Im Gegenteil, allein durch die Anerkennung der Funkhoheit ergibt sich eine Funksendefreiheit aller Staaten; denn ohne die Zuteilung und Nutzung der Frequenzen wäre die Ausübung eines Freiheitsrechts im Äther nicht möglich. Joeden erklärt im folgenden:

"Der Gedanke einer Ätherraumhoheit ist von jenen anfänglichen Protesten abgesehen später in der Praxis nie mehr in Erscheinung getreten. Zwar hat es noch Proteste aus Anlaß von Radiokriegen gegeben, dann aber entweder mit der Begründung, daß eine in einem Vertrag nicht zugeteilte Frequenz benutzt wurde, was eine Vertragsverletzung sei, oder, daß der Inhalt der Sendungen gegen das Völkerrecht verstoße." (2)

Bei dieser Feststellung Joedens aus dem Jahre 1954 erhebt sich die Frage, ob diese Worte auch noch in der heutigen internationalen Funkrechtspraxis Gültigkeit haben.

c Theorie Joedens bezogen auf heutige funkrechtliche Gegebenheiten

Die Prämisse des derzeit gültigen Internationalen Funkvertrages in der Fassung von Malaga-Torremolinos (1973) lautet:

¹ vgl. Joeden I, a.a.O., S. 123 im Gegensatz zu Oppenheim-Lauterpacht, Intern. Law I, 7. Aufl. (1948), S. 418

² vgl. Joeden I, a.a.O., S. 125

"While fully recognizing the sovereign rights of each country to regulate its telecommunication, the plenipotentiaries of the Contracting Governments, with the object of facilitating relations and co-operation between the peoples by means of efficient telecommunication services, have agreed to establish this Convention which is the basic instrument of the International Telecommunication Union." (1)

Auch hier wird also auf das souveräne Recht jedes Staates verwiesen, seine Fernmeldehoheit wahrzunehmen, indem durch innerstaatliches Recht die Voraussetzung zur Errichtung und zum Betrieb einer geeigneten störungsfrei arbeitenden Sendeanstalt geschaffen wird. Es wird also ausdrücklich kein Souveränitätsrecht am Ätherraum schriftlich fixiert. Auch die in der VO Funk niedergelegte Fassung der EntschlieÙung Spa 2 - 1 von 1971 legt ausdrücklich die "Gleichberechtigung aller Länder bei der Benutzung der den Funkdiensten für Weltraumfunkverkehr zugewiesenen Frequenzbereiche" fest. Eine derartige Gleichberechtigung ist zwangsläufig aber nur denkbar, wenn die vertragsschließenden Staaten von der (technisch zum Wohle aller beschränkten) Freiheit im Äther ausgehen. Wörtlich heiÙt es hierzu in der VO-Funk:

"Die weltweite Verwaltungskonferenz für den Weltraumfunkverkehr (Genf 1971), in Anbetracht dessen, daß alle Länder das gleiche Recht darauf haben, sowohl die den verschiedenen Funkdiensten für Weltraumfunkverkehr zugewiesenen Funkfrequenzen als auch die Umlaufbahn der geostationären Satelliten für diese Funkdienste zu benutzen; unter Berücksichtigung dessen, daß das Funkfrequenzspektrum und die

¹ zitiert nach: F. Fernandez-Shaw, The new ITC of Malaga-Torremolinos (1973), EBU 2 (März 1974), S. 24

Umlaufbahn der geostationären Satelliten natürliche Hilfsquellen sind, deren Ergiebigkeit begrenzt ist und die auf möglichst wirksame und wirtschaftliche Weise genutzt werden sollten;... beschließt 1. daß durch die Registrierung der Frequenzzuteilungen an Funkstellen für Weltraumfunkverkehr ... und durch die Benutzung der betreffenden zugeordneten Frequenzen einem bestimmten Land oder einer bestimmten Ländergruppe kein ständiges Vorrecht entstehen darf und daß die Einrichtung von Weltraumfunksystemen anderer Länder nicht behindert werden darf..." (1)

Hiernach wäre also ein Satelliten-Funkverkehr kein Eingriff in staatliche Souveränitätsrechte.² Andererseits fragt es sich, ob diese Feststellung in tatsächlicher Hinsicht für die Sowjetunion und die übrigen sozialistischen Staaten rechtlich Gültigkeit besitzt; denn die UDSSR gehört zu den stärksten Verfechtern eines umfassenden Souveränitätsprinzips, um sich gegen die Infiltration von kapitalistischen Gedankengut zu schützen. Dutoit weist in seinem Aufsatz "Die Souveränitätsbeschränkungen im Lichte der westlichen und sowjetischen Theorie der Subjekte des Völkerrechts"

¹VG-Funk, Entschl. Spa 2 - 1 (1971); Deutsche Bundespost: 1.73-Ber. 2

²Auch Art. 1 des sogen. "Weltraumvertrages" in dem erstmals die USA und die UDSSR gemeinsam Prinzipien bei der Nutzung des Weltraumes festlegten, stellt ausdrücklich die Freiheit des Weltraumes von jeder Gebietshoheit fest. In Art. 1 heißt es:

"(2) Allen Staaten steht es frei, den Weltraum einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper ohne jegliche Diskriminierung, gleichberechtigt und in Einklang mit dem Völkerrecht zu erforschen und zu nutzen, es besteht uneingeschränkter Zugang zu allen Gebieten auf Himmelskörpern."

Weltraumvertrag: "Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper" BGBl II (S.10.1969), 1967, in Kraft seit 10.10.1971

³Dutoit, In Maurach, Völkerrecht a.a.O. S. 85, so auch Bill, In:FB u B 3/4 VI (1972), S. I ff

⁴Dutoit a.a.O., S. 89 und 99

nach, daß die UDSSR bemüht ist, den absoluten Souveränitätsbegriff wie er im 19. Jahrhundert geprägt wurde, nach wie vor unangetastet zu lassen und dies auch noch in der Zeit, in der der steigende Internationalismus auf allen Gebieten zwangsläufig eine wachsende Einengung der Souveränitätsrechte eines jeden Staates mitsichbringt. Seit der Anerkennung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen wird von Seiten der UDSSR eine Internationalisierung der Beziehungen aller Staaten untereinander zwar akzeptiert aber meist mit der Einschränkung, daß Ausführungsvorschriften zur Regelung dieser Beziehungen mit innerstaatlichem Recht vereinbar sein müssen oder bestimmten übergeordneten Rechtsbegriffen wie "Frieden" oder "Freiheit" dienen sollten. Bei der Definition dieser höchst subjektiv auslegbaren Begriffe herrschen bei den Vertretern beider Gesellschaftssysteme verständlicherweise erhebliche Differenzen.

Hiernach ist davon auszugehen, daß die UDSSR zwar den Durchgang von Funkwellen durch ihr Staatsgebiet als eine Beeinträchtigung ihrer Souveränität ansehen, der sie aber bisher zustimmten¹, da auch sie die physikalischen Gegebenheiten des Funkverkehrs akzeptierten und sich daher schon im eigenen Interesse den Regelungen der ITU unterwerfen.

Das Transitrecht kollidiert jedoch mit dem Prinzip staatlicher sowjetischer Souveränität im Hinblick auf den INHALT der durch die UDSSR durchgehenden mittels Funkwellen transportierten Sendungen, sobald diese nicht innerstaatlichen Rechtsnormen inhaltlich entsprechen und nicht den sozialistischen Definition entsprechenden allgemeinen Grundsätzen dienen. Sendungen dieser Art stellen nach sowjetischer Auffassung eine Völkerrechtsverletzung dar, da gegen das Prinzip:

¹ Eine Zustimmung, die jederzeit wieder versagt werden kann (vgl. S. 82 ff, 85)

- 1) des bon voisinage (als Ausfluß des völkerrechtlich anerkannten Grundsatzes der bonafides) (0)
- 2) der Nichteinmischung in fremde interne Staatsangelegenheiten und
- 3) gegen das innerstaatliche Recht (Souveränitätsrecht) auf Beschränkung der Informationsfreiheit des Bürgers entsprechend der jeweils geltenden politischen Generallinie

verstoßen wird.¹

Veranschaulicht wird diese Tatsache durch ein Schreiben des sowjetischen Außenministers Gromyko an UN-Generalsekretär Waldheim im Jahre 1972² aus Anlaß der Übersendung eines Konventions-Entwurfs über Prinzipien der Nutzung künstlicher Erdsatelliten für Fernseh-Direktsendungen³. Direkte Fernsehübertragungen via Satellit sollen hiernach nur dann erlaubt sein, wenn sie den Interessen des Friedens, Fortschritts, der gegenseitigen Verständigung und der Völkerfreundschaft dienen.

Ohne ausdrückliches Einverständnis der durch die Direktübertragung betroffenen Länder dürfen keine derartigen Sendungen erfolgen. Sollten dennoch widerrechtlich solche Übertragungen vorgenommen werden, so wären diese Länder berechtigt, hiergegen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, und zwar nicht nur auf eigenem Territorium sondern auch auf fremdem Land und im Weltraum. Derjenige Staat trägt die Verantwortung für die Direktübertragung, von dem sie ausgeht, ungeachtet der Tatsache, wer die Übertragung durchführt. (Private Sendeanstalt, halbstaatliche oder staatliche). Sinn dieser Forderung sei es -so heißt es in dem Schreiben wörtlich -die "Souveränität der Staaten

¹ Joedens Feststellung (vgl. oben) hat somit also auch heute noch Gültigkeit

² UN-Doc 27 th sess (A8771), 1972; vgl. auch Berliner Zeitung, 11.8.1972, S.1

³ Text abgedruckt in: FS u B 3/4 (1972), S. XXVII Dok. 4
⁴ Verdross, V. Die bona fides als Grundlage des Völkerrechts. In: Festschrift für Laun, Hamburg 1953, S.29

vor Einmischung von außen zu schützen und zu verhindern, daß direkte Fernsehübertragungen zu einer Quelle internationaler Konflikte und einer Verschlechterung zwischenstaatlicher Beziehungen würden"¹.

Art.4 und Art.6 II des Konventions-Entwurfs geben zudem eine Übersicht über Programminhalte, die in jedem Fall als rechtswidrig anzusehen sind und die oben angegebenen Sanktionen nachsichziehen würden.

"Art.4 Die Teilnehmerstaaten...verpflichten sich...Beiträge auszuschließen, die die Ideen des Krieges, des Militarismus, des Nationalismus, des nationalen und Rassenhasses und der Feindschaft zwischen den Völkern propagieren... Beiträgen, die amoralischen oder umstürzlerischen Charakter haben oder in anderer Weise auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten oder in deren Außenpolitik abzielen." (2)

Art.6 II Übertragungen...sind...als rechtswidrig anzusehen...a) die der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit schaden; b) die eine Einmischung in innerstaatliche Konflikte jeder Art darstellen; c) die die Grundrechte des Menschen, die Würde und den Wert der menschlichen Persönlichkeit sowie die Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion antasten; d) die Gewalt, Schrecken, Pornographie und Gebrauch von Drogen propagieren; e) die die Grundpfeiler der jeweiligen Zivilisation, der Kultur, des täglichen Lebens, der Traditionen und der Sprache untergraben; f) die eine Falschinformation der Bevölkerung zu den einen oder anderen Fragen darstellen."

Es ist nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit zu beweisen, welche Schwierigkeiten in jeder Hinsicht bei der Definition der Begriffe "Einmischung in innere Angelegenheiten" oder des noch viel gegensätzlicher auslegbaren Wortes "Falschinformation" auftreten würden. Es dürfte klar sein, daß mit Hilfe einer

¹-----
zitiert nach rb(ifi) FuR 9(1972), S.298

²Unterstreichungen durch die Verfasserin

restriktiven Auslegung dieser Begriffe, jede Funk-
sendefreiheit unterbunden werden könnte. Würde
eine derartige Konvention je geschlossen, so wäre
der internationalen Inhaltszensur von Fernseh-
sendungen voa Satellit und der politischen Willkür
Tür und Tor geöffnet.¹

Eine Tatsache wird deutlich aus diesem Schreiben
und dem beigegeführten Kon-
ventions-Entwurfs Außenminister Gromykos: Die UDSSR
und damit alle sozialistischen Staaten gehen nach
wie vor im Funkrecht von der Idee der absoluten
staatlichen Souveränität aus, die einen freien
Informationsfluß in jedem Falle behindert bzw. je
nach politischer Weltlage sogar völlig unmöglich
macht.

Volle Transitfreiheit genießen nur Sendungen un-
politischen Inhalts oder prosojetischer Einstellung
In den übrigen Fällen wird je nach Auslegung der
oben angeführten Begriffe und je nach dem poli-
tischen Verhältnis zu dem ausstrahlenden Land
eine Sendung unter Hinweis auf die souveräne Ent-
scheidungsfreiheit von vornherein unterbunden oder
aber nachträglich Maßnahmen gegen weitere
Sendungen mißliebigen Inhalts ergriffen. Im Gegen-
satz zur Ätherfreiheitstheorie der meisten west-
lichen Länder vertritt die Sowjetunion im Hinblick
auf den Inhalt von Satellitensendungen also eine
modifizierte Äthersouveränitätstheorie, die je nach
politischer Lage extensiv oder restriktiv gehand-
habt wird.

Die politisch hochbrisante Frage der Tätigkeit von
sogen. "Störsendern" gehört in diesen Problemkom-
plex.

¹ Dill bemerkt zu Recht und nicht ohne Bitterkeit:
"Man muß sich fragen, warum Länder, die noch an ein
gewisses Maß an Informationsfreiheit glauben, den
sowjetischen Entwürfen keine Gegenvorschläge ent-
gegenstellen. Das liegt wohl daran, daß diese Re-
gierungen die Sicherung der Informationsfreiheit
am besten gewährleisten sehen, wenn überhaupt keine
Einschränkungen getroffen werden." Dill, FS u B 3/4 (1972),
S. 111. Vgl. auch die Besatzen vgl. EBU-Doc APJ 389,
Cm.J. 687 (1.10.1972) und Annex 1 u. 2

Geht man - wie die meisten westlichen Staaten - davon aus, daß der Transit von Funkwellen im Rahmen der Regelungen des Internationalen Funkvertrages und seiner Ausführungsvorschriften frei ist, so ist die bewußte ("untechnische") Störung¹ von Sendungen rechtswidrig².

d Einschränkungen der Informationsfreiheit

Dennoch hat es auch im Westen nicht an Versuchen gemangelt, diese Funksendefreiheit vom Sendeprogramm her inhaltlich einzuschränken. Ein Kodex des "Wohlverhaltens" gegenüber fremden Staaten ist zwar in diesem Sinne nicht aufgestellt worden, aber gewisse Grundtendenzen haben sich herausgebildet, mit denen ein absoluter Free Flow of Information freiwillig eingeschränkt wird zum Wohle des Völkerfriedens und aus Respekt vor der andersartigen Mentalität eines fremden Volkes:

"Den Staaten und staatlichen oder vom Staat beherrschten Rundfunkunternehmen sind verboten: Angriffspropaganda, Verbrechenspropaganda, Einmischungspropaganda, gegen bestimmte soziale Gruppen gerichtete Hetzpropaganda, einen fremden Staat oder Staatsrepräsentanten beleidigende Propaganda. Beleidigende Propaganda ist jedoch abweichend vom Grundsatz zulässig in Wahrnehmung berechtigter Interessen, sofern sie nicht vermeidbare Formalbeleidigungen enthält. Erlaubt sind insbesondere auch die international nicht auf Einmischung abgestellte Boykottpropaganda als Mittel internationaler Politik und die nicht der Einmischung sondern der internationalen Politik dienende Propaganda politischer, ideologischer, religiöser, wirtschaftlicher Art, auch wenn damit Verfassungsordnung, Politik, Ideologie, Religion, Wirtschaftssystem im Bereich eines fremden Staates kritisiert wird." (3)

Die hier geschilderte umfassende Verantwortlichkeit

¹ d.h. eine zwar mit technischen Mitteln betriebene, aber nicht auf Grund technischer Fehler bewußt herbeigeführte Störung

² so auch Joeden a.a.O., S. 107 ff

³ vgl. Hdb. für Rundfunk u. Fernsehen 1973/75 E 23 c; Einzelheiten: vgl. Wengler, Völkerrecht, (1964); Berber, Lehrbuch d. Völkerrechts, I/II, 2. Aufl. (1975/1969)

eines Staates für Sendungen einer staatlichen oder halbstaatlichen Rundfunkanstalt ist wesentlich herabgesetzt bei Programmen durch private Rundfunkgesellschaften. Eine Regierung ist verpflichtet, mittels innerstaatlicher Gesetze völkerrechtswidriges Verhalten seiner Bürger zu verhindern, jedoch nur in eng begrenztem Rahmen, nämlich nur Angriffspropaganda, Verbrechenspropaganda und mit Formalbeleidigungen z.B. gegen Vertreter eines anderen Staates versehene Propaganda¹ liegt im Verantwortungsbereich eines Staates. Eine weitergehende Verpflichtung zur Verhinderung etwa von hochverräterischer, religiöser oder ideologischer Propaganda ist aus dem Völkerrecht nicht herzuleiten.

Diese Verhaltensregelungen bildeten sich im Zuge des Anwachsens eines weltweiten Funkverkehrs und den damit verbundenen Möglichkeiten internationaler Kriegspropaganda heraus. Diese Propaganda war auf die Zersetzung der gegnerischen Kampfmoral gerichtet. Hierbei sollten falsche oder verfälschende Berichte über Greuelthaten den "Feind" moralisch vor beteiligten oder unbeteiligten Staaten herabsetzen und eigene Kampfeshandlungen durch Falschmeldungen verschleiert werden.

In vollem Umfang sind die Möglichkeiten der Ätherpropaganda erst im 2. Weltkrieg genutzt worden, später dann in der Zeit des sogen. "Kalten Krieges" in den fünfziger Jahren und in gleichem Maße z.B. auch während des Vietnam-Krieges.

Bereits vor dem 2. Weltkrieg wurde in Genf am 23.9. 1936 auf Empfehlung des Völkerbundes eine bis heute gültige, wenn auch kaum allgemein bekannte Konvention "über die Anwendung des Rundfunks im Interesse des Friedens" geschlossen². Die Erfolglosigkeit dieser nicht als "international" bezeichnbaren Konvention liegt zweifellos in den überaus dehnbaren Regelungen

Anmerkungen vgl. nächste Seite

der Hauptartikel begründet, in denen eine zu starke "Gängelung" der Außen- und Pressepolitik der einzelnen Regierungen vermieden werden sollte. Auch hier also bestand das bereits oben erläuterte Problem einer allseits zufriedenstellenden begrifflichen Definition von weltanschaulich und politisch belasteten Abstrakta wie "Frieden" oder "Wahrheit":

Art.1)The High Contracting Parties mutually undertake to prohibit and,if occasion arises, to stop without delay the broadcasting within their respective territories of any transmission which to the detriment of good international understanding is of such a character as to incite the population of any territory to acts incompatible with the internal order or the security of a territory of a High Contracting Party.

Art.2)The High Contracting Parties mutually undertake to ensure that transmissions within their respective territories shall not constitute an incitement either to war against another High Contracting Party or to acts likely to lead thereto.

Art.3)The High Contracting Parties mutually undertake to prohibit and ,if occasion arises,to stop without delay within their respective territories any transmission likely to harm good international understanding by statements the incorrectness of which is or ought to be known to the persons responsible for the broadcast.

They further mutually undertake to ensure that any transmission likely to harm good international understanding by incorrect statements shall be rectified at the earliest possible moment by the most effective means,even if the incorrectness has become apparent only after the broadcast has taken place.

Art.4)The High Contracting Parties mutually undertake to ensure,especially in time of crisis,that stations within their respective territories shall broadcast information concerning international relations the accuracy of which shall have been verified - and that

1 vorige Seite:vgl.Art.29 Wiener Konvention betreffend die diplomatischen Beziehungen,33BL 1964 II,S.957

2 vgl.International Convention Concerning the Use of Broadcasting in the Cause of Peace,23.9.1936, AJIL 32(1938)Suppl.,S.113.Konvention in Kraft seit 2.4.1938.Von den 37 Teilnehmerstaaten unterzeichneten 28 und ratifizierten 10.Einige wenige Staaten traten später bei.Deutschland gehört nicht zu den Unterzeichnerstaaten.

by all means within their power - by the persons responsible for broadcasting the information.

Art.5) Each of the High Contracting Parties undertake, to place at the disposal of the other High Contracting Parties, should they so request, any information that, in his opinion, is of such a character as to facilitate the broadcasting, by the various broadcasting services, of items calculated to promote a better knowledge of the civilisation and the conditions of life of his own country as well as of the essential features of the development of his relations with other peoples and of his contribution to the organisation of people.

Art.6) In order to give full effect to the obligations assumed under the preceding Articles, the High Contracting Parties mutually undertake to issue, for the guidance of governmental broadcasting services, appropriate instructions and regulations, and to secure their applications in these services.

With this end in view, the High Contracting Parties mutually undertake to include appropriate clauses for the guidance of any autonomous broadcasting organisations, either in the constitutive charter of a national institution, or in the conditions imposed upon a concessionary company, or in the rules applicable to all or private concerns, and to take the necessary measures to ensure the application of these clauses."

Auch Art. 20 des 1966 angenommenen UN-Covenant on Civil and Political Rights¹ befaßt sich mit der Einschränkung des Rechts auf freien Erwerb von Informationen und der Freiheit der Meinungsäußerung:

"1) Any propaganda for war shall be prohibited by law. 2) Any advocacy of national, social or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence shall be prohibited by law."

Während der Unesco-Generalversammlung 1972 in Paris wurde auf Anregung der indischen Delegation mit großer Mehrheit beschlossen, einen internationalen Ehrenkodex für Journalisten zu formulieren.² Zu diesem Zwecke sollte in den nächsten Jahren eine

¹ UN-Dok. E/CN.4/L.2048, Suppl. 16, S.52-58 vom 16.12.1966

² Ähnlich ähnlich auch UN-Resol.No.110 vom 3.11.1947

³ UN-Dok. E/CN.4/L.2048, Suppl. 16, S. 6

gesonderte internationale Konferenz stattfinden.

Ende 1973 verabschiedete der Deutsche Presserat einen sogen. "Pressekodex" mit Grundsätzen für die publizistische Arbeit. Dieser Kodex faßt lediglich die in der Verfassung sowie im Zivil- und Strafrecht und in den Länder-Pressegesetzen der Bundesrepublik Deutschland eingehend umrissenen Prinzipien journalistischer Arbeitsweise zusammen und bietet insoweit keine Neuerungen oder weitergehenden rechtlichen Einschränkungen freier publizistischer Tätigkeit.

Ausdrücklich heißt es in dem Kodex:

"Diese publizistischen Grundsätze dienen der Wahrung der Berufsethik; sie stellen keine rechtlichen Haftungsgründe dar."

Wahrheitsgebot, Gegendarstellungspflicht, Wahrung des Persönlichkeitsrecht, Jugendschutz sowie das Verbot der Diskriminierung eines Menschen wegen der Zugehörigkeit zu einer rassischen, religiösen oder nationalen Gruppe sind Hauptinhalt des 15 Punkte umfassenden Kodex des Deutschen Presserates.¹

Im internationalen Bereich wurden 1974 an einschränkende Regeln lediglich die vom Europarat verabschiedeten "Mindestrichtlinien für das Gegendarstellungsrecht" erlassen.²

e Problematik der Störsender

Im Zuge des Auflebens der Fragen eines freien Informationsflusses bei Satellitensendungen könnten zumindest die Forderungen der Konvention von 1936 und des Übereinkommens von 1966 als erste Anregungen zu einer umfassend definierten internationalen Vereinbarung über fundamentale inhaltliche Verpflichtungen im Rundfunk- und Satellitenfunkverkehr dienen, sofern an einer Konvention dieses problematischen Inhalts überhaupt ein internationales Interesse bestehen sollte. Dann allerdings müßten so schwerwiegende Fragen wie die Sanktionierung von Verstößen gegen die Konvention hierin ebenfalls behandelt werden, also insbesondere auch das Problem der Zulässigkeit des "Jamming"³ und das

¹ vgl. FK 3 (16.1.1974), S. 7. Selbstverständlich stellt weder der Internationale noch der Deutsche Pressekodex verbindliche allgemeine oder gar völkerrechtliche Richtlinien auf.

² Martin Löffler, Generalbericht FuR (1975), S. 640

³ Jamming-Gegenstören von Programmen der Auslandsdienste, die viele Rundfunkanstalten in Ost und West unterhalten, wie z.B. BBC, Stimme Amerikas, Deutschlandfunk, Deutsche Welle, Radio Moskau etc. vgl. auch Coddington, Jamming, AJIL (1955), S. 368

noch wesentlich modernere Problem der Zulässigkeit der partiellen oder totalen Zerstörung von Direktsatelliten, um das Eindringen von Sendungen mit mißliebigen "Negativ-Inhalten" auf eigenes Staatsgebiet zu verhindern oder nachträglich zu bestrafen. Bereits 1950, also während des Ätherkampfes im Zusammenhang mit dem sogen "Kalten Krieg" zwischen der UdSSR und den USA wurde eine UN-Resolution¹ angenommen, die feststellte:

"1) Störsendungen stellen eine Verletzung des Prinzips der Informationsfreiheit dar, 2) Maßnahmen werden verurteilt, die das Recht der Menschen auf Unterrichtung durch Nachrichten und Meinungen über alle Staatsgrenzen hinweg behindert, 3) alle Staaten werden aufgefordert, sich der Ausstrahlung von Störsendungen zu enthalten, 4) alle Staaten werden aufgefordert, Sendungen unfairen oder beleidigenden Inhalts, die gegen fremde Völker gerichtet sind, zu verurteilen und wahrheitsgemäß über Tatsachen zu berichten"²

Wie wenig diese völkerrechtlich unverbindliche Resolution Eingang in staatliche Rundfunkpraktiken fand, ist ersichtlich aus der Tatsache, daß 1962 über 2000 sozialistische Störsender existierten, und zwar auch in weitaus geringerem Maße nach, wie vor dieser Zeit. Gerade im Hinblick auf Nachrichtensatelliten ist die Frage aufgetreten, ob die Bejahung von Störsendungen gleichzeitig auch die Rechtfertigung für das wesentlich wirksamere Zerstören von Flugkörpern dieser Art insichberge.

Unüberwinnlich ist die Auffassung, Störsendungen seien rechtfertigbar im Sinne des Völkerrechts, da sie das Prinzip der Funkendefreiheit mißachten. Diese Rechts-

UN-GAOR 5 th session, 14. Dez. 1950, S. 666

² Diese Resolution entspricht inhaltlich der Res. No. 2 der UN-Conference on Freedom of Information von 1948 (UN-Publications, Sales No. 1948.IV.2, S. 22)

³ Publikations lt. Spandauer Volksblatt (AP/AD), 24. 3. 1962, S. 2, 3; auch Der Tag, 23. 6. 1962, S. 5, Frankfurter Rundschau, 1. 12. 1973, S. 6. Allein 400 Störsender wurden 1962 auf sowjetzonaler Seite gegen die von Westberliner oder westdeutschen Fernsehseendern registriert. (vgl. auch Frankfurter Rundschau, 8. 6. 1974, S. 2 und 17. 6. 1975, S. 2) Be-

widrigkeit könne in Ausnahmefällen aufgehoben sein, wenn eine völkerrechtliche Selbsthilfehandlung gegeben ist; denn völkerrechtliche Selbsthilfe mittels Störsendungen könnten einen Akt der Repressalie, der Notwehr oder des Notstandes darstellen. Abschließend meint Joeden:

"...Störsendungen in der Form der Repressalie gegen eine solche schon abgeschlossene haftungsbegründende Propagandasendung (sind) regelmäßig als - dem in Ausübung seiner Sendefreiheit gestörten dritten Staat gegenüber - rechtswidrig anzusehen, weil der die Repressalie ausübende Staat nicht sein Möglichstes getan hat, um den dritten Staat zu schützen. Denn meistens werden ihm noch andere Mittel zur Verfügung stehen, um den Verletzterstaat zu der gewünschten Genugtuung oder zur Abständnahme künftiger Verletzungen zu zwingen. Dagegen sind Störsendungen ausnahmsweise dann als rechtmäßig anzusehen... wenn sie sich als direkte Notwehr-/oder Selbstschutzhandlungen darstellen, um eine gegenwärtig andauernde Sendung, die einen völkerrechtswidrigen Inhalt hat, unschädlich zu machen. Denn für diesen Fall gibt es keine anderen Möglichkeiten für die Verhinderung der rechtswidrigen Sendung als das Gegenstören. Dieses Ergebnis, nach dem Störsendungen nur ausnahmsweise gestattet sind, wird m.E. auch den Erfordernissen der Praxis voll gerecht." (1)

Würde man Joedens Meinung auf den damals für ihn unbekannten Sachverhalt bei Direktsatellitensendungen übertragen, so wäre auch die Zerstörung eines Satelliten im Falle der Selbsthilfe ausnahmsweise als nicht rechtswidrig anzusehen. Die Situation im Äther wäre nicht auszudenken, würde diese Theorie völkerrechtlich akzeptiert. Dieser Auffassung Joedens vermag daher die Verfasserin nicht beizutreten. Auch aus Artikel 51 der Satzung der

~~Fortsetzung vorige Seite:~~ anders stark wurden Programme der Stimme Amerikas, der BBC, von Radio Liberty, Radio Free Europe, Rias-Berlin und der Deutschen Welle gestört. Seit etwa 1973 - im Zuge der 2. Phase der KSZE - läßt sich aus vereinzelten Pressemeldungen erkennen, daß sich der sogen. Ätherkrieg zwischen Ost und West beruhigte. So stellte Bulgarien Störsendungen gegen die Stimme Amerikas ein, so auch die UdSSR. (vgl. Tagesspiegel/AP 14.9.1973, S. 5) Desgleichen wurde der beiderseitige Propagandakrieg entlang der Zonengrenze eingestellt. (Welt, 16.8.1972, S. 2; FK 5 (30.1.1974), S. 9, Aber Störsendungen der CSFR und Bulgariens gegen DW, FK 49 4-Joeden II, S. 111 ff (3.12.1975), S. 15

Vereinten Nationen läßt sich ein derart umfassendes Selbsthilferecht nicht herleiten, zumal ein Notwehrakt diesen Ausmaßes in keinem Verhältnis zu den Gefahren stünde, die diese Aktion für die Sicherheit von Leib, Leben und Eigentum zahlreicher dritter Personen mitsichbringen würde.

Wie oben eingehend erläutert wurde, existiert im Völkerrecht keine allseits befriedigende und bindende Definition internationalrechtlich so relevanter Begriffe wie "Propaganda", "Kriegshetze", "Sicherheit", "Fälschung", "Tatsachenverfälschung", "Einnischung in fremde Angelegenheiten" etc. Die Auslegung dieser Begriffe ist jedem Staat ausschließlich überlassen, da diese Definitionen Teil innerstaatlicher Politik darstellen.

Die oben erwähnte sogen. "harmful effect doctrine"² beschränkt sich nicht nur auf mißliebige Sendungen eines Satelliten zur Erde, sondern auch auf die Arbeit von Weltraum-Satelliten untereinander im Weltraum; denn Art. II des "Weltraum-Vertrages" von 1967³ sieht

folgendes vor: "Jeder II, S. 118/119, so auch J. H. Garret, "Propaganda towards disarmament in the space age", 1967, S. 212 ff.

Im Dezember 1975 verlautete aus Washington, daß ein Aufklärungssatellit der USA über dem Territorium der UdSSR mit einem Laserstrahl geblendet und in seiner Funktionstüchtigkeit vier Stunden eingeschränkt wurde. Es ist bekannt, daß sowohl die USA als auch die UdSSR seit etwa 1969 Systeme testen, um sogen. "Spionage-Satelliten" entweder zu zerstören oder aber ihre Tätigkeit zeitweise zu stören. Da z.B. der wichtigste Aufklärungssatellit der USA, "Key Hole" genannt, über das ganze Staatsgebiet aufgenommenen Fotos via Kommunikationssatellit nach Washington weitervermittelt, dürfte die These bald bestätigt werden, daß es in Kürze auch zur Zerstörung von Fernmelde- und Nachrichtensatelliten mit Funkwellen kommen wird, die zur Zeit gegen Aufklärungssatelliten gegen Spionage aus dem Welt- raum eingesetzt werden. (vgl. F.W. 12.1975, S. 3, so auch Tagesspiegel,

12.12.1975, Intern. Telecommunication Control, S. 185 ff

12.12.1975, Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space,

zweifellos in dem Begriff "harmful interference" nicht nur die unbeabsichtigte technische Störung, sondern auch eine politische Beeinträchtigung:

"Bei der Erforschung und Benutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, sollen sich die Vertragspartner von dem Prinzip der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung leiten lassen und ihre gesamte Tätigkeit im Weltraum, einschl...mit gebührender Rücksichtnahme auf die entsprechenden Interessen aller anderen Partnerstaaten ausüben. Die Partnerländer führen Untersuchungen im Weltraum, einschl...; sowie Forschungsprojekte in der Weise durch, daß dort jede schädliche Kontamination vermieden wird..."

Professor Dr. Klaus Wähler vom Institut für Internationales und ausländisches Recht und Rechtsvergleichung der Freien Universität Berlin äußerte sich in einem Interview mit der Verfasserin hierzu folgendermaßen:¹

"Auf der einen Seite kann natürlich jeder Staat seine politischen Meinungen auch in der Sprache von Nachbarstaaten in diese Staaten ausstrahlen und dadurch den Angehörigen dieser Staaten seinen Standpunkt klarmachen. Auf der anderen Seite ist natürlich der Staat, in den diese Sendungen ausgestrahlt werden oft interessiert daran, allzu genaue Informationen zu verhindern, oder er ist auch der Ansicht, daß es sich hier um Hetzpropaganda oder friedensgefährdende Propaganda handle, und daraus leitet er das Recht her, diese Sendungen zu stören. Auf jeden Fall ist es bisher nicht gelungen, diese Frage der Störsender durch ein Internationales Gericht entscheiden zu lassen, und es steht auch nicht zu erwarten, daß in nächster Zeit dies durch eine internationale Konvention abschließend geregelt wird. Im allgemeinen dürfte es sehr fraglich sein, ob man generell im Wege der Selbsthilfe Sendungen aus anderen Staaten unhörbar machen kann, oder ob es völkerrechtlich gerechtfertigt ist, sich so

Fortsetzung vorige Seite: Including the Moon and Other Celestial Bodies, 10.10.1967, AJIL 61(1967); 644
Dtscher Text: Amerika-Dienst, US-Information Service
XIX-46, S.5

¹RIAS-Interview vom 27.9.1973 in Sendung "Wellen-invasion-Wellenkonfusion/Das Recht im Äther"

zu verhalten; denn, wenn auch der Grundsatz der allgemeinen Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit noch nicht unbedingt als ein Satz des geltenden Völkerrechts angesehen werden kann, beginnt er sich doch in der allgemeinen Rechtsüberzeugung immer mehr durchzusetzen."

Geht man von einer allein durch technische Notwendigkeiten beschränkten Funksendefreiheit aus, so stellt sich die Frage, weshalb bestimmte Meinungsäußerungen eines Staates überhaupt als rechtswidrig anzusehen sind. Sehr vorsichtig äußert sich hierzu Smith in seinem Buch "International Telecommunication Control":

"When the future brings the development of a global telecommunication system, each country will have to decide the way in which it will function within this system, the type of external programming it will provide and the type of programming it will allow its citizens to experience. Assuming that the technical problems can be overcome, the organizational - or more specifically the political - ramifications of such an undertaking will require compromise and the resolution of sensitive issues regarding national sovereignty and administrative control." (1)

In diesem Zusammenhang geht Smith auch auf die Tätigkeit der ITU ein, der er besondere Bedeutung für das globale Satellitenfernsehen zuerkennen will, sofern ein Kernproblem gelöst werden könnte: Die ITU verfügt über ein nur mangelhaftes Durchsetzungsvermögen gegenüber ihren Mitgliedern. Sie gehört zwar zu den wenigen im echten Sinne "internationalen" Organisationen (mit ihren über 140 Mitgliedsländern), aber sie verfügt bei Nichteinhaltung ihrer Regelungen über keine durchsetzbaren Sanktionen gegenüber vertragsbrüchigen Staaten. Die Möglichkeit der Klage vor dem IGH in Genf besteht zwar für den Fall des Bruchs

internationaler Vereinbarungen, aber - wie auf S.64 eingehend erläutert - ist das dort erhaltene Urteil realiter nicht durchsetzbar, da ein Eingriff in das nationale Recht des beklagten Landes nicht zulässig ist. Nach Ansicht von Smith sollte die ITU das Satellitenwesen in noch weiterem Maße in ihre Arbeit integrieren, nicht nur durch Frequenzzuweisung für Weltraumfunkdienste oder auch durch Zuteilung von geostationären Parkplätzen, sondern vor allem durch eine Strukturänderung, die es erlaubt, den IFRB zu einem internationalen Schiedsgericht auszubauen.¹ Smith sieht die Chance der ITU, sich unter Ausnutzung der nahezu lückenlosen Mitgliedschaft fast aller Nationen der Erde von einer technisch-administrativen zu einer echten, alle Fragen des Fernmeldeverkehrs umfassenden Organisation zu wandeln. Unter Verwendung dieses Gedankens sollte man diese Idee noch dahingehend weiterentwickeln, daß vermieden werden müßte, die einzelnen Gremien der ITU mit Politikern zu besetzen, sondern man sollte allein Spezialisten des jeweils zu erörternden Fachgebiets zu Rate ziehen, um ideologisch-politische Streitfragen weitgehend auszuklammern und damit die Arbeit effektiver und schneller zu gestalten.

¹-----
Würde man dem IFRB Schiedsgerichtsfunktion zuerkennen, so müßte gleichzeitig auch eine Berufungsmöglichkeit gegen Entscheidungen des IFRB beim IGH ermöglicht werden. Ferner sollte der IFRB im Rahmen seiner Aufgaben Sanktionsgewalt erhalten, d.h. die Tätigkeit des IFRB würde im Gegensatz zu dem Verfahren nach Art.15 VO Funk wesentlich erweitert werden. Eine derart umstrukturierte Organisation wäre dann vielleicht auch in der Lage, das fast unlösbare Problem der von vielen Staaten in zunehmenden Maße geforderten Programminhaltskontrolle, insbesondere bei Nachrichtensatellitensendungen zu bewältigen. Im Gegensatz zu Smith, S.180/188 vertritt Thieme, S.32, Fußnote 30 die Ansicht, daß "die Einführung von Sanktionen möglicherweise zum geheimen Gebrauch des Frequenzspektrums führen würde."

Bei Restriktionen aller Art, die immer wieder im Hinblick auf Satelliten-Programme gefordert werden, fragt es sich dennoch, ob nicht auch das Hören bzw. Sehen von offensiven Propagandasendungen zur Informationsfreiheit des Menschen gehört, und ob der Bürger nicht auch gegenüber seinem Staat einen Anspruch darauf besitzt, derartige Sendungen ungestört zu verfolgen.

Nur derjenige, dem die Benutzung auch negativ zu bewertender Sendungen oder Schriften als Informationsmittel gestattet ist und der sich aus der Vielzahl unterschiedlichster Aussagen zu einem bestimmten Sachverhalt ein eigenes Urteil bilden kann, darf als mündiger Bürger gelten. In den Augen der Weltöffentlichkeit richtet sich eine Regierung von selbst, die Sendungen diskriminierenden Inhalts ausstrahlt. Ein Staat aber, der seinen Bürgern durch Zensurmaßnahmen mittels Gegenstöraktionen in Unmündigkeit hält, sollte sich nicht noch auf völkerrechtliche Verträge oder Entscheidungen berufen dürfen, um sein undemokratisches Verhalten zu bemänteln. Die innerstaatlichen Zivil- und Strafgesetze der Nationen reichen aus, um Auswüchse eines "Free Flow of Information" etwa in Form von Beleidigungen oder Verstößen gegen Grundrechte eines anderen zu verhindern oder zumindest ausreichend nachträglich zu sanktionieren. Jedes "Mehr" an völkerrechtlichen Schutz bildet gleichzeitig ein "Weniger" an allseitiger Information. Die Interessenabwägung zwischen zwei Rechtsgütern sollte zugunsten der informationsabhängigen Allgemeinheit und nicht einer zumeist sehr wandelbaren Staatsdoktrin ausfallen¹.

Diese hauptsächlich von den USA und den westeuropäischen Staaten vertretene Theorie von einem absoluten, aber geordneten Free Flow of Information dürfte von der Mehrheit der Regierungen in aller Welt nicht unterstützt werden. Die sozialistischen Staaten sind - wie bereits erläutert - aus politisch-ideologischen Gründen an einem freien

Konventionen - allein mit diesem rechtsverbindlichen völkerrechtlichen Institut wäre eine derart diffizile Aufgabe zu lösen - sollten daher inhaltlich nicht Beschränkungen aller Art der Informationsfreiheit festlegen, sondern vielmehr dieses Recht als ein echtes Freiheitsrecht ANERKENNEN und eindeutig als GRUNDRECHT völkerrechtlich institutionalisieren.

(Fortsetzung vorige Seite)

Informationsfluß nicht interessiert, und die meisten südamerikanischen und ein Großteil der asiatischen Länder ist aus Furcht vor Überfremdungstendenzen in ihrem Kulturbereich desgleichen gegen einen freien Informationsfluß. Aufschlußreich hierzu der stichwortartige Bericht Dills von der Debatte um den Gromyko-Entwurf zur Regelung von Fernsehübertragungen durch Satelliten, 1972. vgl. Dill, FSuB 3/4(1972), S. IX ff. Diese Zusammenfassung gibt in eindringlicher Form die Grundtendenz aller Konferenzen, Tagungen etc. wieder, die sich seit Jahren ohne nennenswerte Erfolge mit dem Thema globaler Informationsfreiheit befassen.

B II 5)

Fragen des Urheber- und Leistungsschutzrechts

a Urheberrechtliche Fragen

Probleme des Urheber- und Leistungsschutzrechts

stellen einen weiteren Fragenkreis innerhalb des internationalen Kommunikationsrechts dar. Solange ein ausreichender Schutz der Urheber- und Leistungsberechtigten bei Satellitensendungen nicht existiert, ist ein echter "Free Flow of Information" zumindest behindert, wenn nicht in Einzelfällen sogar ganz ausgeschlossen; denn Fernsehprogramme bestehen naturgemäß aus urheberrechtlich geschützten bzw. schützenswerten geistigen Produkten. Solange kein ausreichender Schutz für Werke und Leistungen garantiert wird, bzw. ein Schutz des Satellitensignals sui generis nicht vorhanden ist, könnten sich Fälle ereignen, in denen sich Schutzberechtigte gegen eine Ausstrahlung ihrer Werke und Leistungen via Satellit wehren. Viele Ideen könnten also international aus rechtlichen Gründen nicht verbreitet werden.

Zweifellos ist die Wichtigkeit dieser Fragen gerade im Hinblick auf die Entwicklung von Nachrichtensatelliten frühzeitig erkannt worden und eingehend seit Jahren in allen mit diesen Problemen betrauten Institutionen, Gremien und Fachgruppen erörtert worden. Als erster Erfolg dieser allseitigen Bemühungen dürfte die am 21. Mai 1974 in Brüssel verabschiedete Signalschutz-Konvention zu werten sein. Abgesehen von dieser Übereinkunft, die allerdings den Urhebern und Leistungsschutzberechtigten de iure conventionis keine konkreten Rechte zusichert, wurden bisher vier internationale urheber- und leistungsschutzrechtliche sowie einige regionale Abkommen zu diesem Rechtsgebiet geschlossen.

Das "Montevideo-Abkommen" einiger südamerikanischer Staaten vom 11.1.1989 bleibt hier unberücksichtigt, da hieraus für ein globales Satellitenfernsehen keine rechtlichen Erwägungen abzuleiten sind¹.

Auch das "Welturheberrechtsabkommen" (WUA)² von 1952, dem heute³ 67 Staaten angehören, bleibt im folgenden unerwähnt, da es die Verbandsländer⁴ nur verpflichtet, nationale Gesetze zu erlassen, um einen ausreichenden und wirksamen Schutz der Rechte der Urheber an Werken der Literatur, Kunst und Wissenschaft, wie Schriftwerken, musikalischen und dramatischen Werken, Filmwerken sowie Werken der Malerei, Stichen und Werken der Bildhauerei, zu gewähren.⁵ Ein urheberrechtlicher Schutz iure conventionis ist mit Ausnahme einiger weniger unmittelbar gültiger Mindestrechte nicht erhalten. Die Bedeutsamkeit des WUA lag darin, daß die USA nach dem 2. Weltkrieg auf Grund des verstärkten Austausches von Kulturgütern mit Europa interessiert waren, einem internationalen Urberschutzabkommen beizutreten, das sie nicht zwang, ihr traditionelles Copyright-Verfahren ändern zu müssen⁶.

¹ vgl. RGBI 1927 II 95; für Deutschland, das der Übereinkunft beigetreten war, gilt diese nur noch im Verhältnis zu Bolivien.

² WUA, 6.9.1952, BGBl 1955 II 103, revidiert am 24.7.1971 in Paris

³ Stand: 1.1.1975 vgl. WIPO/OMPI-Statistik. In: Le Droit d'Auteur, 1/1975

⁴ hiervon sind 44 gleichzeitig Mitgliedsstaaten der Revidierten Berner Übereinkunft. Stand: 1.1.1975, WIPO a.a.O. Fußnote 3

⁵ vgl. Art. I WUA

⁶ vgl. Art. III WUA, der anstelle des Copyright-Registrierungsverfahrens die Anbringung des Schutzzeichens (c) ausreichen läßt, sofern das Werk nicht in den USA selbst veröffentlicht werden soll.

Am 27. Mai 1973 ist die UDSSR dem WUA in der Stockholmer Fassung von 1952 beigetreten¹, die lediglich den sogen. Inländerschutz des Art. II vorsah, während die revidierte Pariser Fassung des WUA von 1971 eine Erweiterung des Katalogs von Mindestrechten z.B. auf die Senderechte² für die jeweilige urheberrechtliche nationale Gesetzgebung vorsah.

Ebenfalls vom Inländerschutz geht auch die Berner Übereinkunft "zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst" vom 9. September 1886 in der derzeit gültigen revidierten Pariser Fassung vom 24.7. 1971 (RBÜ) aus. Die Konventionsbestimmungen werden im Gegensatz zum WUA zu innerstaatlichen Recht der Verbandsländer erhoben. Für das sogen. Inländerprinzip gibt Art. 5 RBÜ folgende Legaldefinition:³

- "1. Die Urheber genießen für die Werke, für die sie durch diese Übereinkunft geschützt sind, in allen Verbandsländern mit Ausnahme des Ursprungslandes des Werkes die Rechte, die die einschlägigen Gesetze den inländischen Urhebern gegenwärtig gewähren oder in Zukunft gewähren werden, sowie die in dieser Übereinkunft besonders gewährten Rechte.
2. Der Genuß und die Ausübung dieser Rechte sind nicht an die Erfüllung irgendwelcher Förmlichkeiten gebunden; dieser Genuß und diese Ausübung sind unabhängig vom Bestehen des Schutzes im Ursprungsland des Werkes. Infolgedessen richten sich der Umfang des Schutzes sowie die dem Urheber zur Wahrung seiner Rechte zustehenden Rechtsbehelfe ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Schutz beansprucht wird, soweit diese Übereinkunft nicht anderes bestimmt.
3. Der Schutz im Ursprungsland richtet sich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Gehört der Urheber eines auf Grund dieser Übereinkunft geschützten Werkes nicht dem Ursprungsland des Werkes an, so hat er in diesem Land die gleichen Rechte wie die inländischen Urheber."

¹ Seit dem 10.10.1974 ist die Wahlmöglichkeit, welcher Fassung des WUA ein Staat beizutreten wünschte, nicht mehr gegeben.

² Ein Senderecht kennt die UDSSR nicht, hier ist die Ausstrahlung urheberrechtlich geschützter Werke gemeint.

³ 12. Text bei Fromm/Nordemann, Urheberrecht, 3. Aufl. S. 574

Der Grundsatz der Inländerbehandlung geht also davon aus, daß der Urheber aus einem Vertragsland im anderen Mitgliedsland so geschützt wird, als sei er Staatsbürger dieses fremden Landes.

Am 1.1.1975¹ gehörten der Berner Übereinkunft insgesamt 63 Staaten an, davon der Berliner Fassung von 1908 noch Thailand, der Romfassung von 1928 13 Staaten, der Brüsseler Fassung von 1948 37 Staaten und der Pariser Fassung von 1971 12 Staaten u.a. die Bundesrepublik Deutschland, Bulgarien und Ungarn.

Das sogen. "Rom-Abkommen" vom 26.10.1961² hat ausschließlich den Schutz der Leistungsberechtigten, d.h. der ausübenden Künstler, Schallplattenhersteller und der Sendeanstalten zum Inhalt. Hierbei handelt es sich um den Urheberrechten verwandte Rechte (sogen. *droits voisins*). Dem Rom-Abkommen gehören lediglich 15 Staaten an,³ und es erscheint nicht sehr wahrscheinlich, daß noch wesentlich mehr Staaten beitreten werden, da Leistungsschutzrechte noch weniger von den Nationen anerkannt werden als dies schon bei Urheberrechten der Fall ist.

Zu den genannten Staatenverträgen tritt noch das dem Rom-Abkommen ähnliche "Europäische Abkommen zum Schutz von Fernsehsendungen" vom 22. Juni 1960 mit Zusatzprotokoll vom 22. Januar 1965. Diesem Abkommen der Mitgliedsländer des Europarates gehören derzeit 9 Staaten, u.a. die Bundesrepublik Deutschland an.⁴

¹ vgl. WIPO/OMPI-Statistik a.a.O.

² "Internationale Übereinkunft über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendunternehmen. 26.10.1961, BGBl 1965 II 1244. Angehörige dürfen nur Mitgliedsstaaten der BU oder des WUA sein. Unesco, WIPO und ILO bilden das Sekretariat.

³ vgl. WIPO/OMPI-Statistik a.a.O.

⁴ vgl. WIPO/OMPI-Statistik a.a.O.; BGBl 1965 II 1235

Ferner sind in diesem Zusammenhang noch zu nennen:
1. die sogen. "Piratensender-Vereinbarung", d.h. das "Europäische Abkommen zur Verhütung von Rundfunk-sendungen, die von Sendestellen außerhalb der staatlichen Hoheitsgebiete gesendet werden" vom 22. Januar 1965. Diesem Abkommen gehören bisher 11 See-anliegerstaaten, u.a. die Bundesrepublik Deutschland an.¹; 2. das "Übereinkommen zum Schutze der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger" vom 29.10. 1971. Dieser Vereinbarung gehören 15 europäische und außereuropäische Staaten an.²; 3. das "Europäische Abkommen über den Austausch von Programmen mit Fernsehfilmen" vom 15.12.1958. Diesem Abkommen gehören 14 Staaten, jedoch nicht die Bundesrepublik Deutschland an.³

Aus dieser Zusammenstellung ist eine für die Urheber und Leistungsschutzberechtigten folgenschwere Tatsache erkennbar: von ca. 140 Nationen akzeptieren nur annähernd die Hälfte dieser Staaten einen Urheberschutz und diesen Schutz z.T. auch nur im Umfang von gewissen Mindestforderungen wie sie im WUA statuiert sind. Ein globales und umfassendes Welturheberrecht zum Schutze geistigen Eigentums ist also auch heute noch keine selbstverständliche (Rechts-)Tatsache für die meisten Staaten.

Im Zusammenhang mit dem Satellitenfernsehen in der derzeit üblichen aber auch in der für die Zukunft zu erwartenden Form bestehen zahlreiche Probleme im internationalen Urheber- und Leistungsschutzrecht, die auch weitestgehend in der umfangreichen Literatur zu diesem Thema erörtert werden.

WIPO/OMPI-Statistik a.a.O., BGBl 1965 II 1235. Da also die Konvention auf den europäischen Bereich beschränkt, fehlt ihr die für Satellitenfragen erforderliche Universalität, ferner bezieht sich ihr Anwendungsbereich auf "Piratensender", die außerhalb nationaler Hoheitsgrenzen arbeiten, während im Gegensatz dazu die Programme der derzeit tätigen Fernmeldesatelliten durch nationale Sendeanstalten verbreitet werden. Aus diesen Gründen ist die Konvention in Hinblick auf die rechtliche Problematik bei Satellitensendungen ohne Relevanz.

Die Studie von Urs Reinshagen "Satellitensendungen und Urheberrecht" befaßt sich mit der in der Literatur sehr häufig gestellten Frage, ob eine Satellitensendung überhaupt eine Rundfunk-/Fernsehsendung im Sinne der Gesetze und Konventionen darstellt. Zur Klärung dieses Problems bedarf es der Auslegung des Art. 11^{bis} der Berner Übereinkunft, für die die französische Fassung rechtsgültig ist.

Absatz 1 lautet:

"La radiodiffusion... par tout autres moyen servant à diffuser sans fil les signes, les sons ou les images..."

Dies bedeutet, ein urheberrechtlich relevantes Rundfunksenderecht liegt bei der drahtlosen Verbreitung von Werken mittels Hertz'scher Wellen an eine unbegrenzte Öffentlichkeit vor.¹ Ob die Sendung tatsächlich empfangen wird, ist unbedeutend, da es nur auf das Faktum der Ausstrahlung ankommt.

Eine Rundfunksendung ist nur dann anzunehmen, wenn diese auf einem für das Publikum empfangbaren Wellenbereich ausgestrahlt wird; eine Richtstrahlverbindung fällt also nicht unter diesen Begriff.

Gerade diese Definition ist für Satellitensendungen wesentlich, da der Satellit häufig als eine Richtfunkrelaisstation im Weltraum bezeichnet wird.

Die Streckenabschnitte, die ein Satellitensignal z.B. aus den USA bis nach Europa durchlaufen muß,

(Fortsetzung vorige Seite) Zur tatsächlichen Durchführung der Abkommens-Regelungen vgl. FK 25 (21.6.1974), S. 17

(2) vgl. WIPO/OMPI-Statistik a.a.O. Seit 1974 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied des Abkommens.

(3) vgl. Ufita, Band 27 (1959), S. 232

¹ Reinshagen, Urs, Satellitensendungen und Urheberrecht. Ein Beitrag zur rechtlichen Problematik von Weltraumübertragungen. Zürich 1971

sind:

"1.Aufführungsort,u.U. via Studio zu einem Umsetzer;2.Umsetzer zur Bodensendestation; 3.Bodensendestation zum Satelliten;4.Satellit zur Bodenempfangsstation;5.Bodenempfangsstation zu den Sendeanlagen des konventionellen Verteilernetzes der einzelnen Rundfunkgesellschaften;6.Ausstrahlen an das Publikum".(1)

Sofern es sich nicht um Live-Sendungen handelt, wird das beim Satelliten eintreffende Signal auf einem Tonträger für eine spätere Abnahme durch die Empfangsstation aufgezeichnet.Für die Tonträgerherstellung ist eine urheberrechtliche Zustimmung zu erwerben.Ansonsten ist der Weg,den das Signal nimmt weder für die Öffentlichkeit bestimmt,noch von ihr wahrzunehmen,da das Signal auf Frequenzen transportiert wird,die mit den üblichen Rundfunk- oder Fernsehgeräten nicht empfangbar sind.Ausschließlich die Tätigkeit des nationalen Sendunternehmens,das die Sendung empfängt(Punkt 6) nimmt eine urheberrechtlich relevante Tätigkeit vor.Damit ist das Problem des Gerichtsstands bei Urheberrechtsverletzungen durch interkontinentale Satellitenübertragungen gelöst.Terrestrisches Recht,nämlich das des Empfangslandes ist hier heranzuziehen.

Anders stellt sich die Situation bei Nachrichten Satellitensendungen dar.Hierbei wird das Signal von Satelliten auf einer Frequenz zur Erde zurückgesendet,die direkt mit jedem üblichen Heimgerät empfangen werden kann.Hier wäre z.B. an eine urheberrechtliche Verantwortlichkeit des Satelliteneigentümers zu denken,²da jedoch nicht immer der Produzent der Sendung die gleiche Nationalität besitzt wie der Satelliteneigentümer und mit diesem auch nicht identisch ist,so

¹ vgl.Reinshagen a.a.O.,S.67

² vgl.Lokrantz-Bernitz:Rida LXVIII(1971),S.11

erscheint diese Lösung als unpraktikabel. Bei Nachrichtensatelliten geht Reinshagen davon aus, daß

"das die Sendung ausstrahlende Sendeunternehmer allein eine urheberrechtlich relevante Tätigkeit vornimmt. Dieses Sendeunternehmen hat die erforderlichen Rechte zur Sendung von den Urhebern zu erwerben - und diese werden ein Honorar für die ganze Welt fordern... Der Satellit, so revolutionär im technischen Bereich er sein mag, stößt die traditionellen urheberrechtlichen Konzeptionen nicht um." (1)

Dennoch bestehen bislang ungelöste Probleme, wie z.B. die unterschiedlichen Schutzfristen in den verschiedenen Ländern oder Fragen der Inhalte von Werbespots, mit denen die Urheberrechtzahlungen finanziert werden.

Als eines der Hauptprobleme wurde bisher das Fehlen eines Satelliten-Signalschutzes sui generis angesehen. Je mehr Bodenstationen entstehen, umso eher vergrößert sich die Gefahr eines unkontrollierten Empfangs. Solange nationale Sendeanstalten diese Sendungen von nationalen Bodenstationen übernehmen, ist von einer echten Piraterie (Vereinzelte Fälle unautorisierter Programmübernahmen, z.B. bei Olympiade-Veranstaltungen hat es gegeben) noch nicht zu sprechen, da der Weg des Signals verfolgbar bleibt. Die Gefahr der Piraterie ist erst dann nicht mehr abgrenzbar, wenn Nachrichtensatelliten zum Einsatz gelangen: Programme über Nachrichtensatelliten können mit einfachsten technischen Mitteln von der kleinsten Empfangsstation (d.h. Antenne) aufgefangen werden und z.B. via Kabelfernsehen weiterverbreitet werden², ohne daß die autorisierten Sende- und Empfangsstationen realiter Möglichkeiten besitzen, hiervon Kenntnis zu erhalten bzw. dagegen einzuschreiten. Die bislang

¹ Reinshagen a.a.O., S. 78/80

² Einen gewissen Schutz hiergegen bietet für den europäischen Bereich das "Europäische Abkommen zum Schutz von Fernsehsendungen" von 1965

übliche Bemessung der Urheberhonorare nach dem Sendeeinzugsgebiet würde durch die Häufung von Pirateriefällen ad absurdum geführt; denn keine vertragsschließende Sendeanstalt wäre dann noch in der Lage, dem Urheber eine Garantie über den tatsächlichen Ausstrahlungsbereich seines Werkes abzugeben. Da eine Kontrollmöglichkeit kaum gegeben sein dürfte, fordern die Urheber die Zahlung eines "Welthonorars"¹.

Leistungsschutzrechtliche Belange

Als das Rom-Abkommen inhaltlich formuliert wurde, befand sich die Satellitentechnik erst im Anfangsstadium. Zweck des Abkommens sollte es sein, die Leistungsschutzberechtigten dagegen zu sichern, daß Sendungen nicht nur von vertraglich berechtigten Rundfunkanstalten, sondern auch von unberechtigten dritten Unternehmen empfangen und neu ausgestrahlt wurden.² Da die gleiche Situation auch im Hinblick auf Satellitensendungen besteht, lag es nahe, die Vorschriften des Rom-Abkommens auch auf derartige Übertragungsformen anzuwenden. Dies stößt jedoch auf erhebliche juristische Bedenken; denn auch beim Leistungsschutzrecht nach dem Rom-Abkommen geht es um die Schwierigkeit der Definition von Begriffen wie "Sendung", "Rundfunk-sendung" beim Hin- und Weitertransport eines Signals. Der Schutz einer von Satelliten übertragenen Sendung ist nach dem Rom-Abkommen nur gestattet, "wenn die Funkübertragung über einen Satelliten eine Funksendung im Sinne des Art. 3 (f) RA³ darstellt". Dies ist eindeutig bei Übertragungen durch Nachrichtensatelliten der Fall. Bei den heute

Mit Recht weisen die Urheber und Leistungsschutzberechtigten darauf hin, daß sowohl der Umfang des Ausstrahlungsgebietes unbekannt sei, als auch daß manche Empfangsländer kein Urheberrecht kennen und dementsprechend auch nicht über Verwertungsgesellschaften verfügen, die im Rahmen internationaler Verrechnungsabkommen zugunsten der Urheber das Interesse übernehmen. Selbst wenn aber die Empfangsländer ein Urheberrecht anerkennen, so ist der Schutz sehr unterschiedlich und insbesondere die

gebräuchlichen Satellitentypen besteht die Auffassung, daß eine Sendung zum Zwecke des Empfangs durch die Öffentlichkeit nur ein mittelbarer Zweck der Satellitentätigkeit ist.¹ Somit ist ein Leistungsschutz grundsätzlich nach dem Rom-Abkommen nicht gegeben, mit Ausnahme des Falles, daß parallel zu der Satellitensendung eine Sendung an die Öffentlichkeit erfolgt. Hier ist ebenso wie im Fall einer Nachrichtensatellitensendung ein Leistungsschutz nach dem Rom-Abkommen anzunehmen.

Das Rom-Abkommen bietet in seiner derzeitigen Fassung und bei der geringen Zahl von Mitgliedern kein optimales internationales Leistungsschutzrecht². Auch der Internationale Fernmeldevertrag und das Intelsat-Abkommen sind nicht geeignet, leistungsschutzrechtliche Belange in umfassender Form wahrzunehmen.³

Auf internationaler Ebene wurden diese urheber- und leistungsschutzrechtlichen Fragen seit Jahren erörtert. Man einigte sich schließlich darauf,

(Fortsetzung vorige Seite) Schutzdauer u.U. eine andere und zumeist kürzere als im Ursprungsland. Ungeklärt ist auch, ob die die Sendung austrahlende "primäre" Sendeanstalt diese Zahlungen zu leisten hätte oder die Empfangsstation oder beide, evt. wäre auch an einen internationalen Fond zu denken. Hierfür spräche, daß ein einzelnes Sendunternehmen weder finanziell noch administrativ zur Zahlung dieser Beträge in der Lage wäre. so Reinshagen, S. 119; vgl. auch Schulze, S. 17; Thieme, S. 94; Klintner, S. 151 ff; Rehbindner FuR 11(1972), S. 363 ff

(2) vgl. Ungern-Sternberg, In: Grur 10 (1970), S. 303-310

(3) vgl. Ungern-Sternberg a.a.O., S. 304

¹ anderer Ansicht: Masouyé EBU 115(1969), S. 44

² Ungern-Sternberg, S. 310, Thieme, S. 91/92 Fußn. 13, vgl. hierzu die umfassende Darstellung von Klintner, S. 153(160), Comments of the EBU, In: EBU 2(1972) S. 51

³ vgl. Thieme, S. 91

keine Abänderung bestehender Vereinbarungen, sondern eine gesonderte Konvention zum Schutz des Satellitensignals auszuarbeiten. Auf Initiative des Birpi¹ befaßte man sich erstmals 1968 in Genf mit Fragen des Signalschutzes bei Satelliten. Unesco und WIPO beriefen im April 1971 eine Tagung von Regierungsexperten nach Lausanne ein. Eine zweite Tagung erfolgte im Mai 1972 in Paris und eine dritte im Juli 1973 in Nairobi. Auf jeder dieser Experten-Treffen wurde ein Abkommensentwurf vorgelegt², jedoch erst der Entwurf von Nairobi führte zu einer rechtlichen Basis, die für die meisten Teilnehmer akzeptabel erschien. Auf der diplomatischen Konferenz von Brüssel wurde am 21.5.1974 die "Convention Relating to the Distribution of Programme-Carrying Signals Transmitted by Satellite" verabschiedet³. Insbesondere die Pariser Fassung des Konventions-Entwurfs führte zu erheblichen Differenzen zwischen den einzelnen Interessenverbänden wie Verwertungsgesellschaften, Sendeunternehmen. Die Hauptfrage bestand darin, ob die geplante Konvention allein einen Signal-Schutz oder auch konkrete urheber- und leistungsschutzrechtliche Vorschriften enthalten sollte. Da eine möglichst globale Ratifizierung angestrebt wurde, stand es außer Zweifel, daß urheberrechtliche Vereinbarungen (die ja nach wie vor strittig und keineswegs weltweit geregelt sind) sich störend auswirken würden, ganz abgesehen davon, daß ein Signal-Schutz m.E. auch einen Urheber- und Leistungsschutz in sich berge.

¹ 1970 wurde hieraus die WIPO gebildet

² vgl. Titel der Entwürfe: S. 13, Fußn. 5

³ Mehr als 50 Signatarstaaten befürworteten die Textfassung, vgl. Unesco (ifi) In: FuR 7 (1974), S. 452

Ein weiterer Streitpunkt ergab sich durch die Textfassung von Art. 2 des Pariser Entwurfs. Hierin sahen die Vertreter der Urheber- und Leistungsschutzberechtigten die Schaffung eines Exklusivrechts für die Rundfunkanstalten, ohne daß diesen Rechten gleichzeitig solche der Gegenseite entsprachen.¹

Art. 2 sah vor:

"...that it is illicit to distribute on its territory programme-carrying signals without the authorization of the originating organization where such organization is a national of another Contracting State."(2)

Unter Eliminierung des Bezuges auf urheber- und leistungsschutzrechtliche Belange sah der Nairobi-Entwurf(Art. II 1) keine Exklusivrechte von Seiten der Sendeunternehmen mehr vor:

"Each Contracting State undertakes to take adequate measures to prevent the distribution on or from its territory of any programme-carrying signal by any distributor for whom the signal emitted to or passing through the satellite is not intended."(3)

Hierdurch wurde die Verpflichtung zur Verhinderung von Satelliten-Piraterie aus dem internationalen - privatrechtlichen Bereich auf eine international-öffentlichrechtliche Ebene verlegt,⁴ so daß über-raschenderweise sowohl die Sendeanstalten als auch die Urheber- und Leistungsschutzberechtigten keinen Anlaß für einen erneuten Widerspruch mehr sahen.⁵

Nach der neuen Konvention bleibt es der nationalstaatlichen Gesetzgebung überlassen, in welcher Form die Staaten ihrer Verpflichtung nachkommen. Zivilrechtliche, strafrechtliche oder öffentlichrechtliche Regelungen sind hierdurch ermöglicht.

¹ vgl. EBU-Memorandum, EBU XXIV, Nr. 3 (1973), S. 49; EBU-Comments, EBU XXI I, Nr. 2 (1972), S. 51

² Unterstreichung durch die Verfasserin

³ Text: TV-Courier/Dok. Nr. 26/27-D (15. 7. 1974), S. 14; EBU XXV, Nr. 5 (1974), S. 60

⁴ Masouyé berichtet hierzu: "...the delegation of Morocco had the merit of proposing that the Committee should deliberately abandon the field

Dieser "Wendepunkt" von Nairobi¹ gibt allerdings neben vielen anderen in der Literatur umfassend erörterten Problemen zu einer Frage Anlaß: Welchen Sinn hat es, eine Konvention zu verabschieden, deren Inhalt vom ursprünglichen Zweck der Beratungen (Schaffung eines Urheber- und Leistungsschutzes im Falle von Satelliten-Piraterie) restlos abweicht, nur um endlich nach Jahren ermüdender Diskussionen eine allseits akzeptierte Regelung zu finden, die von möglichst vielen Nationen ratifiziert werden konnte. Letztlich bietet die Konvention kaum einen konkreten und nennenswerten Schutz, wozu z.B. die Statuierung eines gleichartig geregelten Schutzzumfangs nötig gewesen wäre. Die nationalen Gesetze zum Schutz des Satellitensignals werden das gleiche rechtliche Durcheinander hervorrufen wie etwa die von Staat zu Staat unterschiedlichen Schutzfristen bei Urheberrechten. Der Preis, den hier die Urheber- und Leistungsschutzberechtigten für den Abschluß einer realiter nicht abschlußreifen Konvention zahlen mußte, erscheint zu hoch: er hat zum Inhalt, daß die Belange der einzig Schutzberechtigten widerum zugunsten gegenseitiger, politisch-bedingter Zugeständnisse nur von sekundärer Bedeutung sind.

(Fortsetzung vorige Seite) of international private law in order to try and find, in the area of international public law, a formula that would enable states to avoid recognizing rights of an exclusive nature in convention. "Masouyé EBU XXIV, Nr. 5 (1973), S. 42

(5) Masouyé EBU XXV, Nr. 5 (1974), S. 46; Dittrich EBU XXV, Nr. 6 (1974), S. 60, ders. EBU XXIII, Nr. 1 (1972), S. 52, ders. EBU XXIV, Nr. 4 (1973), S. 46

¹ Masouyé wendet diesen Begriff auf die Nairobi-Beratungen an, vgl. EBU XXIV, Nr. 5 (1973), S. 40, so auch FK 45 (7.11.1973), S. 4

B III Kommunikationspolitische Aspekte bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten

1) Unesco-Deklaration, 1972

Die kommunikationspolitischen Probleme bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten sind in der Hauptsache, soweit internationale Fragen tangiert wurden, von der Unesco, als Unterorganisation und Fachorgan der Vereinten Nationen behandelt worden. Wie oben¹ bereits angedeutet wurde, weist bereits die Präambel der Unesco-Satzung darauf hin, daß diese Vereinbarung "im Glauben an das Recht aller auf ungeschmälerste und gleiche Bildungsmöglichkeiten sowie auf das uneingeschränkte Suchen nach objektiver Wahrheit und den freien Austausch von Gedanken und Erkenntnissen"² geschlossen wurde. Die Förderung des "Free Flow of Information"-Prinzips wurde also neben diesen schon aus dem Namen der Organisation erkennbaren Zielen bereits 1945 als Hauptaufgabengebiet der Unesco festgelegt, wobei es unerheblich ist, ob man diese Tätigkeit nun im Bereich des Begriffes "Educational" oder "Cultural" ansiedelt.

Auch 1963 in einem Bericht, den die Unesco während der ersten "Space-Conference" der ITU zur Änderung der seit 1959 geltenden Radio Regulations vorlegte, zeigte sie die Möglichkeiten eines freien Informationsflusses, einer erhöhten Verstärkung des Bildungsangebotes und einer Verbreiterung des kulturellen Austausches zwischen den Nationen durch die Entwicklung von Kommunikationssatelliten auf.³ Das "Office for the Free Flow of Information International Exchange" ist mit den Aufgaben der Durchführung von Unesco-eigenen Kommunikationsprogrammen betraut.⁴

¹vgl. S. 54

²Text: Handbuch der Entwicklungshilfe, Band III A 53 1
(Unterstreichung durch die Verfasserin); EGBI 1971
II, S. 473

³ vgl. Unesco-Reports Nr. 41, Paris 1964

⁴ vgl. Klintner, S. 101 ff.

Sichtbarster, wenn auch kontrovers auszulegender Erfolg dieses Fachgremiums war die Ausarbeitung der "Declaration of Guiding Principles on the Use of Satellite Broadcasting for the Free Flow of Information, the Spread of Education and Greater Cultural Exchange" Vom 15. November 1972.¹

Die Vorarbeiten zu dieser Konvention begannen 1964² auf der 13. Unesco-Vollversammlung. Hier wurde bestimmt, daß eine Expertengruppe ein Langzeit-Programm über Entwicklung und Nutzung der Weltraum-Kommunikation aufstellen sollte. Ende 1965 fand dieses Expertentreffen in Paris statt. Es wurde beschlossen, eine Studie zum Problem der Weltraum-Kommunikation für den freien Austausch von Information, die Verbreitung von Bildung und erweiterten kulturellen Austausch zu erarbeiten. Erste Vorschläge dieser Expertengruppe wurden auf der 14. Unesco-Vollversammlung dargelegt. Auf einer weiteren Experten-Tagung 1968 in Paris wurde eine Aufstellung der Ziele erörtert, die den Inhalt internationaler Vereinbarungen bilden sollten, um ein Chaos bei der Benutzung von Kommunikations-Satelliten zu verhindern. Gleichzeitig wurden hierbei die Grenzen der Tätigkeit der Unesco im Hinblick auf Weltraum-Kommunikation gegenüber den Kompetenzbereichen der ITU (Technische Regelung der Weltraum-Kommunikation) und der Vereinten Nationen (rechtliche und politische Regelung der Informationsfreiheit) festgelegt.

Im Dezember 1969 tagten in Paris die Regierungsvertreter von 61 Staaten sowie Beobachter von internationalen Organisationen wie z.B. der EBU.

¹ vgl. Text: Unesco-GeneralConference, 17th Session Paris 1972, 17C/76, p. 3

² Zu den folgenden Ausführungen vgl. Dill FSuB, 3/4(1972), S.VII ff; Unesco GeneralConference 17th session Paris 1972, 17C/76; Ploman, Kommunikation durch Satelliten, S.166 ff.

Aufgrund der gegensätzlichen Ansichten, die auf dieser Tagung geäußert wurden, konnte keine gemeinsame Basis gefunden werden, um einen fundierten Text der geplanten Grundsatzerklärung kurzfristig auszuarbeiten. Man einigte sich darauf, einen Text erst 1972 auf der 17. Unesco-Vollversammlung zu diskutieren.

Nachdem ein Textvorschlag der Professoren Hilding Eek (Schweden) und Fernand Terrou (Frankreich) durch eine Arbeitsgruppe revidiert worden war, wurde diese Version 1971 den regionalen Rundfunkorganisationen und anderen Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt. Hierauf erfolgte eine grundlegende Umarbeitung des Textes und eine gleichzeitige Änderung des vorgesehenen Titels dieser Erklärung.¹

Massivste Kritik an der bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Textfassung übten die Vertreter der UER, die in dieser Erklärung einer Regierungsinstitution, wie sie die Unesco darstellt, einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten sah.

Auf einer Tagung der regionalen Rundfunkunionen² im März 1972 in Rom wurde der Unesco-Entwurf diskutiert. Daraufhin wurde ein UER-Vorschlag für eine Unesco-Deklaration erarbeitet. Für den Fall, daß sich die Unesco nicht an diesen Vorschlag halten sollte, wurde gleichzeitig eine Erklärung über Fernmeldesatelliten verabschiedet, in der die Auffassungen der Rundfunkunionen zum Ausdruck gebracht wurden.³

¹ Ursprünglicher Titel: "Declaration of Guiding Principles on the Use of Space-Communication ..." abgeändert zu: "Declaration of Guiding Principles on the Use of Satellite-Broadcasting".

² Allerdings ohne Anwesenheit der OIRT, die erklärte, Satelliten gehörten in den Kompetenzbereich der Regierung und nicht in den der regierungsunabhängigen Rundfunkanstalten (vgl. Dill FSuB 3/4 (1972), S. VII).

³ Texte abgedruckt bei: Dill aaO. S. XXI ff.

Im Mai 1972 wurde eine überarbeitete Textfassung zur Vorlage auf der 17. Unesco-Generalversammlung im Oktober 1972 formuliert. Im August 1972 übersandte der sowjetische Außenminister Gromyko den oben erläuterten Konventions-Entwurf über "Prinzipien der Nutzung künstlicher Erdsatelliten für Fernseh-Direktsendungen" den Vereinten Nationen zur Beratung.

Dieser Entwurf verschärfte aufs neue die Streitigkeiten darüber, ob eine Verabschiedung der Grundsatzerklärung, nicht bis zum Jahr 1974 verzögert werden sollte, da die Entscheidungen der Vereinten Nationen gerade im Hinblick auf Weltraum-Kommunikation noch nicht voll ersichtlich seien und eine Beratung des Textes durch das UN-Outer Space Committee² für angemessen gehalten wurde, zumal eine besondere Beschleunigung des Verabschiedungsverfahrens nicht notwendig sei, da der Einsatz von Nachrichtensatelliten erst in einigen Jahren zu erwarten sei.³ Dill⁴ berichtet über Interna der Beratungen folgendes: "Die Bundesregierung unterstützte als Verbündeter der USA eine Verschiebung. Die Entwicklungsländer dagegen empfanden jede Kritik am Entwurf als gegen sie gerichtet und plädierten mit einer Fülle von Argumenten, die man in der Modelldebatte des nächsten Kapitels wiederfinden kann, für Annahme. Einige Länder meinten, man sei vermutlich mit der Unesco-Deklaration noch besser bedient als mit dem Gromyko-Entwurf der UN und solle gerade im Hinblick auf ihn die Unesco-Zuständigkeit stärken. Frankreich schließlich sagte mehr oder weniger deutlich, es werde doch nicht so dumm sein und wegen einer Erklärung ohne Rechtskraft und ohne Sanktionen sein Verhältnis zu den Entwicklungsländern aufs Spiel setzen.

¹ vgl. S 83,

² Zur Arbeit dieses Gremiums vgl. d'Arcy, In: McWhinney, International Law, S. 149 ff.

³ vgl. Unesco 17C/76 a.a.O. S. 5

⁴ vgl. Dill FSuB 3/4 (1972), S. VIII.

In der Schlußabstimmung wurde der Unesco-Entwurf mit 47 gegen 9 bei 13 Enthaltungen angenommen, wobei die USA, Großbritannien und Kanada die Neinsager anführten, die Bundesrepublik sich der Stimme enthielt.

Die deutsche Delegation begründete ihr Abstimmungsverhalten. Nachdem die Bundesregierung grundsätzlich für die Unesco-Zuständigkeit und für eine Grundsatzerklärung eintrete, verschiedene Artikel durchaus annehmbar finde, einige aber nicht akzeptieren könne, nachdem schließlich zu einer umfassenden Sachdebatte keine Möglichkeit bestanden habe, sei die Stimmenenthaltung die ehrlichste Möglichkeit gewesen^V

Am 15. November 1972 wurde die Grundsatzerklärung mehrheitlich von der Unesco-Vollversammlung mit 55 zu 7 Stimmen bei 22 Enthaltungen verabschiedet.¹

Die Unesco-Grundsatzklärung versucht - wie bereits oben darauf hingewiesen wurde - einen Kompromiß zwischen dem völkerrechtlich anerkannten Prinzip der Staatssouveränität und dem kontrovers auslegbaren Prinzip der Informationsfreiheit zu schließen. Die umfangreiche Präambel zeigt die Zielrichtung dieser Deklaration an "... to promote the free flow of ideas by word and image" und wiederholt die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Menschenrechtsdeklaration, des Outer Space Treaty sowie der wichtigsten Resolutionen zum Thema Satellitenkommunikation. Insbesondere die Artikel II, V und X sind für Fragen des Prinzips des freien Informationsflusses von Bedeutung. Sie lauten: ².

¹ Zur Stimmenverteilung vgl. S. 55

² Text bei Dill a.a.O., S. XXIV ff. und Unesco 17C/76 S. 3 ff.

Artikel II

1. Satellitenrundfunk soll die Souveränität und die Gleichberechtigung aller Staaten achten.
2. Satellitenrundfunk soll unpolitisch sein und die Rechte der Einzelperson wie die von nichtstaatlichen Körperschaften achten, soweit sie durch nationales und internationales Recht anerkannt sind.

Artikel V

1. Ziel des Satellitenrundfunks für den freien Informationsaustausch ist es, die weitestmögliche Verbreitung von Nachrichten aus allen Ländern für alle Völker der Welt zu sichern, sowohl für entwickelte wie für Entwicklungsländer.
2. Da Satellitenrundfunk die sofortige weltweite Verbreitung von Nachrichten ermöglicht, ist sicherzustellen, daß die Information, die den Zuschauer erreicht, den Tatsachen entspricht. Nachrichtensendungen sollen erkennen lassen, wer für das Nachrichtenprogramm als Ganzes verantwortlich ist, sie sollen auch, soweit notwendig, die Quelle von Einzelnachrichten angeben.

Artikel X

Bei der Vorbereitung von Programmen für die Direktausstrahlung in andere Länder sollen Unterschiede zu den nationalen Gesetzesvorschriften im Empfängerland berücksichtigt werden."

In diesen Artikeln liegen auch die Hauptangriffspunkte gegen diese Deklaration.¹ Einerseits fordert Art. II die Achtung des Souveränitätsprinzips, andererseits erklärt die Präambel unter Hinweis auf die Menschenrechtsdeklaration, jedermann habe das Recht "Informationen und Ideen durch alle Informationsmedien ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Der bereits oben dargelegte Sachverhalt, daß beide Prinzipien letztlich unvereinbar sind, wird auch hier wieder ersichtlich.

Der gleiche Gegensatz wird auch in Art. V 1 deutlich: Einerseits soll die weiteste Verbreitung von Nachrichten zwischen allen Völkern gesichert werden, andererseits sollen alle Vereinbarungen über Nachrichtensatelliten-Programme die Bestimmungen des nationalen Rechts der Empfängerländer berücksichtigen. Diese Regelung bedeutet

¹ vgl. Scharf, FuR 5/73, S. 206 ff

in praxi, daß die gerade zuvor geäußerte Forderung nach Freiheit wenige Artikel später völlig aufgehoben wird,¹ denn nur wenige Ländergruppen besitzen auch nur annähernd ähnliche nationale Rechtsvorschriften, die miteinander vereinbar wären. Art. X wird zweifellos für diese Staaten ein Vorwand sein, Satellitenprogramme abzulehnen bzw. zu stören.

Auch die Erklärung, der "Satellitenrundfunk soll unpolitisch sein" erscheint eigenwillig angesichts der Tatsache, daß einer der Hauptvorteile der Satellitenkommunikation gerade die schnelle und globale Verbreitung von Nachrichten ist, wobei der Begriff "Nachrichten" hier zu 80 % durch den Terminus politische Neuigkeiten ersetzt werden kann, ganz abgesehen davon, daß bereits mehrfach darauf hingewiesen wurde, daß vermeintlich unpolitische Sendungen eines Staates durchaus "politisch" von einem anderen Staat aufgefaßt werden könnten. Derartige Definitionsschwächen in einer von hervorragenden Juristen und Medienpraktikern ausgearbeiteten Deklaration zeugen von dem in der politischen Realität bestehenden Unvermögen, ideologisch begründete Gegensätze tatsächlich rechtlich so darzustellen, daß sie für beide Seiten unangreifbar sind.

Die Unesco-Grundsatzdeklaration schwankt beständig - und dies dürfte symptomatisch für die heutige unausgeglichene Weltpolitik sein - zwischen Freiheitsforderung und Freiheitsentzug.

Die Unesco hat im Bewußtsein ihrer rechtlichen Grenzen ausdrücklich darauf hingewiesen: " es handelt sich um einen Text ohne Rechtskraft, der kein Unesco-Mitglied bindet. Er hat nur moralische Bedeutung und stellt eine Erklärung von Grundsätzen dar, die von der Mehrzahl der Staaten im internationalen Forum der Unesco gebilligt worden ist."²

¹ Auf diesen Gegensatz wurde bereits eingehend in Teil BII hingewiesen.

² Zitiert nach Dill FSuB 3/4 (1972), S. IX.

Es dürfte die Frage sein, ob diese Deklaration, auch wenn sie keine Rechtskraft besitzt, nicht auf das kommunikationspolitische Geschehen und Verhalten der einzelnen Nationen zueinander Einfluß haben wird, und zwar im negativen Sinne. Das Prinzip des Free Flow of Information wird aus begreifbaren politischen Erwägungen in der Unesco-Erklärung nicht gefördert sondern durch Artikel X eher behindert und begrenzt und wird insofern als Rechtfertigung für nationale rechtliche Einschränkungen der Informationsfreiheit dienen können.

2) 26. Weltkongress der Internationalen Anwalts-Union

Im September 1975 tagte in München der 26. Weltkongress der Internationalen Anwalts-Union. Eines der drei Hauptthemen lautete: " Die Informationsfreiheit insbesondere von Presse und Rundfunk - Inhalt und Grenzen".

Der Generalbericht von Martin Löffler (Stuttgart)¹, der den Anwälten aus 32 Nationen vorgelegt wurde, ergab aufgrund einer rechtsvergleichenden Studie, daß die Informationsfreiheit "in Ländern mit einer dieses Grundrecht garantierenden Verfassung im allgemeinen besser geschützt ist als in Ländern, die, wie die angelsächsische Welt, über keine geschriebene Verfassung verfügen. Auffallend ist, daß nur in einer Minderheit der Berichtsländer ein besonderes Pressegesetz existiert."²

Aufgrund der Ergebnisse mehrtägiger Diskussionen zum Thema Informationsfreiheit und Schranken der Informationsfreiheit lehnte der Kongress jede Form der Zensur ab und bekräftigte seine Forderung in einer Resolution.

"Da die Informationsfreiheit die unerläßliche Voraussetzung für eine demokratische, rechtsstaatliche Verfassung bildet und da diese Freiheit vielerorts erheblichen Eingriffen ausgesetzt ist, bekräftigt die internationale Anwalts-Union ihre unerschütterliche Ablehnung jeder Form vorgängiger Zensur." 3

¹ vgl. Martin Löffler, Zusammenfassung des Generalberichts .
In: FuR 9/75, S. 637 ff.

² Zitiert nach Peter Kohlhaas, FuR 10/75, S. 695 ff.

³ Zitiert nach Kohlhaas a.a.O., S.696/97.

Zum Problem des Geheimnisschutzes heißt es:

"Die letzte Entscheidung darüber, ob ein der Öffentlichkeit nicht zugängliches Staats- oder Regierungsgeheimnis vorliegt, soll bei den Gerichten und nicht bei der Regierung oder bei Ausnahmegerichten liegen."

Und zur Frage des Widerstreits von Persönlichkeitsschutz und Informationsfreiheit wurde folgende Resolution abgegeben:

"Die Internationale Anwalts-Union anerkennt die Bedeutung zweier grundlegender Prinzipien, die gelegentlich in Widerstreit treten können: die Informationsfreiheit einerseits und der Schutz der Privatsphäre andererseits. Im Konfliktfall ist eine gleichrangige Abwägung zwischen diesen Grundrechten erforderlich. Dabei sind alle Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen."

Diese Texte lassen erkennen, daß die Kongressteilnehmer für einen absoluten, lediglich von unabhängigen Berichten nachprüfbaren Free Flow of Information eintreten.

Die Resolutionen der Internationalen Anwalts-Union haben keinerlei rechtsverbindlichen Charakter, sie stellen lediglich zusammenfassend die Generalmeinung einer Vielzahl von Anwälten aus den verschiedensten Ländern zu einem bestimmten Thema dar und bilden das Ergebnis von fachlichen Diskussionen. Dennoch sollte man diesen Resolutionen einen gewissen - wenn auch nur mittelbaren - Einfluß auf kommunikationspolitische Entscheidungen der beteiligten Länder beimessen, da die Ansichten einer Vielzahl von Kongressteilnehmern sich meinungsbildend auf Entscheidungen einzelner Regierungsvertreter auswirken können. Dieses wohl mehr psychologische als realpolitische Faktum sollte ^{man} in einer Zeit, da politische Entscheidungen jeder Art zumeist von mit Juristen besetzten Fachkommissionen erarbeitet werden, nicht unterschätzen.

3) Bildungsfernsehen via Satellit für Entwicklungsländer

"In fast allen Ländern der Welt, die über Fernsehen verfügen, wird dieses Medium in der einen oder anderen Form für Bildungszwecke eingesetzt. Objektive Informationen zu dem Bildungsfernseh-Projekten gibt es nur in wenigen Fällen. Viele Projekte haben eine recht kurze Lebensdauer. Die Gründe dafür sind in

der Regel die Einstellung der finanziellen Unterstützung oder eine Änderung in der Bildungspolitik. Eine Beurteilung der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Systeme ist deshalb selbst für den Fachmann schwierig. Daten über den Lernerfolg von Studenten gibt es kaum, die Nutzungsraten der technischen Ausrüstungen sind in der Regel unbekannt, und die Kostenanalysen sind oberflächlich."¹

Mit diesen resignierten Worten wird ein "Überblick zum Bildungsfernsehen in den Entwicklungsländern" eingeleitet, der in einem Tagungsbericht der "Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Abteilung Erziehung und Wissenschaft, Bonn" und des "Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen, München" aus dem Jahre 1972 enthalten ist.

Einen wesentlichen Zweig der Kommunikationspolitik aller Länder stellt die Bildungspolitik mittels Medien dar. In dieser pauschalen Form trifft diese Feststellung sowohl auf Industrieländern als auch auf sogenannte Entwicklungsländer zu. Weltweite Diskussionen über diese zunächst nur als nationales Problem gesehenen Fragen begannen erst als sich die außerordentlichen Möglichkeiten des Satellitenfernsehens gerade für Bildungszwecke abzeichneten. Der Begriff der bis dahin geübten Entwicklungshilfe durch Kreditgewährung zur Stabilisierung der Agrarwirtschaft von unterentwickelten Ländern wurde nun erweitert zur Bildungshilfe mittels Satelliten-Erziehungsprogrammen. Ein Demokratisierungsprozeß in den betreffenden Ländern, der einen Free Flow of Information voraussetzt, sollte dadurch bewirkt werden, daß die Bürger des Landes intellektuell in die Lage versetzt werden, Informationen aufzunehmen und später aus einer Vielfalt von Informationen, einem Informationsangebot, die ihnen sinnvoll erscheinenden für ihre eigene Meinungsbildung auszuwählen. Programme also, die zunächst als simple Lebenshilfe (Elementarunterricht, Agrarkunde, Hygienekunde, Familienplanung usw.) gewährt werden, dienen letztlich der politischen Bildung und Demokratisierung eines Volkes.

¹ vgl. Bildungssatelliten für Entwicklungsländer - Tagungsbericht München 1972, S. 71

Bisher sind fast alle Studienprojekte, die die Schulung einer unterentwickelten Nation zum Inhalt haben, nicht über sogenannte Pilot-Projekte hinausgekommen. Erst diese empirischen, auf ausgesuchte, repräsentativ erscheinende Bevölkerungsgruppen zielenden Unterrichtsprojekte mittels Satelliten sollen auswertbares Material ergeben, um qualitativ hochwertige, d.h. effektive Programme produzieren zu können. Einige der wichtigsten Aspekte aus einer Fülle von Fragen zu Bildungssatelliten-Programmen, an denen sich national-politische Ressentiments sowohl von seiten der "Produzierer-Staaten" als auch von seiten der "Zielgruppen-Staaten" entzündeten, seien hier aufgeführt.

Überall dort, wo man einen Bildungsmangel umfassender Art, wie etwa das Analphabetentum in zahlreichen Ländern konstatierte, wurden Überlegungen angestellt, ob nicht Satellitenprogramme die Rettung bringen können vor einem in zunehmenden Maße - trotz des explosionsartigen Anwachsens des Bildungs- und Informationsangebots - feststellbaren Absinken der Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen in den Entwicklungsländern. Grund hierfür: global verzeichenbare Teuerungsrate, erhebliches Anwachsen der Bevölkerung, mit dem die zumeist noch im Anfangsstadium steckende, wenig konstante, von Revolutionen und Regierungswechseln bedrohte Landespolitik nicht Schritt halten kann. Dies bedeutet: weder Schulbauten, noch qualifizierte Lehrer oder ausreichende Lehrmaterialien für Lehrer und Schüler sind vorhanden bzw. nutzbar.

Bildungssatelliten sind nicht in jedem Lande sinnvoll auszunutzen. Die Bedarfsfrage ist also bei der Diskussion pro und contra Satelliten zuerst zu lösen. Ein Bedarf kann nur bejaht werden

1. bei derart weitflächigen Gebieten wie z.B. Indien, Indonesien, Afrika, Brasilien etc. Hier ist der Betrieb von Satellitenfernsehen trotz der außerordentlich hohen Installationskosten gerechtfertigt;

denn Millionen von Menschen können gleichzeitig an den entferntesten und oftmals schwer zugänglichen Gebieten Grundbegriffe heutigen Wissens vermittelt werden.¹

Terrrestrische Systeme versagen hier, da eine fernmelde-technische Infrastruktur in den meisten dieser Länder nicht vorhanden ist oder nur anbestimmten zentralen Stellen, zumeist Hauptstädten, ein voll gültiges erdgebundenes Fernmeldenetz besteht.

2. Wenn eine Lernmotivation bei den Rezipienten besteht, bzw. sehr leicht erweckbar ist. Diese Motivation ist dort vorauszusetzen, wo ein einheitlicher höherer Kulturstandard vorherrscht, so daß ein gleichartiges Symbolverständnis aufgrund einer "gewachsenen" Tradition besteht, fernerhin eine gemeinsame einheitliche Sprache, die von einer ausreichenden Menge von Menschen gesprochen wird und schließlich ein gemeinsames Problemverständnis aller Zielgruppen, d.h. die Lebensprobleme, die mittels Bildungssatelliten abgebaut werden sollen, müssen aufgrund gemeinsamer Tätigkeiten und Lebensverhältnisse nicht gleichartig aber doch ähnlich und somit für die Zielgruppen allgemein verständlich sein.
3. Wo terrestrische Technologien versagen bzw. finanziell oder zeitlich gesehen unökonomisch eingesetzt wären. Typisch für eine derartige Bedarfsstudie ist das bekannte "Projet Socrate" der CIES und der ORTF². Die Frage, die in dieser Studie erläutert wird, lautet: Soll in 17 sogenannten "frankophonen" afrikanischen Staaten ein Bildungssystem mittels eines Satelliten wie "Symphonie" errichtet werden, oder ist es sinnvoll, die gleich Einrichtung, an der etwa 80 Millionen Einwohner partizipieren sollen, durch 17 nationale terrestrische Bildungsfernseketten zu schaffen, oder reicht ein traditionelles Bildungssystem aus, um 80 % der Bevölkerung der betreffenden Gebiete bildungsmäßig voll zu versorgen?

¹ vgl. Schramm Unesco-Reports Nr. 53, S.18-21; Unesco, Communication in the Space Age, Paris 1968, S.27-28; Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen, Bildungssatelliten f. Entwicklungsländer, München 1972.

Ausschließlich durch internationale Verständigung über die Gewährung langfristiger Kredite läßt sich das finanzielle Problem bei der Errichtung eines Bildungssatellitensystems für Entwicklungsländer lösen.¹ Die Industrienationen müßten aber gleichzeitig noch neben der Gewährung derartiger Kredite technisches Ausbildungspersonal abstellen, bis die Entwicklungsländer selbst über qualifiziertes Fachpersonal verfügen. Während bisher für die Kredit- und Personalgewährung im allgemeinen weniger humanitäre als politische Opportunitätsfragen die Entscheidung für oder gegen Entwicklungshilfe in der einen oder anderen Form brachten, hat sich zumindest auf dem Gebiet des Urheberrechts ein gewisses partnerschaftliches Denken - wenn auch gegen den zweifellos nicht ganz unberechtigten massiven Widerstand² zahlreicher Urheber aus Industriestaaten³ - durchgesetzt.

Der Anhang zur Pariser Fassung der RBÜ, der sich mit Sonderbestimmungen für Entwicklungsländer befaßt, ist gemäß Artikel 21 II RBÜ (Paris) und Artikel 1, Anhang RBÜ (Paris) integrierender Bestandteil dieser Fassung: Er sieht wesentliche Erleichterungen für Entwicklungsländer betreffs der Übersetzung, Vervielfältigung, Veröffentlichung bzw. Sendung fremder urheberrechtlich geschützter Werke vor:

¹ Ground und Space-Segment -Kosten, sowie Nebenkosten für die Programmproduktion, Honorare, Lizenzen, Druckkosten für begleitendes Unterrichtsmaterial etc.

² vgl. hierzu stellvertretend für viele: Hubmann, Die geplante Konvention gegen unerlaubte Weitersendung von Satellitensendungen, Festschrift für Roeber, S. 203 ff; Rehbiner, FUR 11, 1972, S. 359 ff; Mentha, Urheberrecht und Entwicklungsländer, Festschrift für Roeber, S.361, Thieme, S. 94.

³ Mentha, ein erklärter Gegner des RBÜ (Paris)-Anhangs, stellt zunächst fest "...es gibt keine Entwicklungshilfe in Urheberrecht." Er schränkt diese Meinung insoweit ein, als er Ausnahmen zu Bildungszwecken zuläßt. Gleichzeitig macht er einen bemerkenswerten Vorschlag:

Aus der Studie geht hervor, daß ein Satellit finanziell gesehen keinen besonderen Vorteil oder Nachteil gegenüber den Alternativlösungen brächte, wohl aber einen erheblichen zeitlichen Vorsprung.¹ Die Zeit, in der das gleiche Bildungsziel erreicht werden könnte, würde sich bei der Benutzung eines Satellitensystems etwa um 50 % gegenüber den anderen Systemen verringern. Bei dem Vergleich zwischen terrestrischen Netz- und Satellitensystemen kommt das Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen 1972 zu folgendem Schluß:

"...daß die Verwendung eines Satelliten für Direktempfang für das Bildungsfernsehen in Entwicklungsländern geeigneter erscheint als ein terrestrisches Kommunikationssystem. Ein Satellit kann ein Land oder Länder ohne vorhandene Infrastruktur für Massenmedien auf einer Fläche von mehr als einer Million Quadratkilometer mit Kommunikationsleistungen aller Art versorgen. Er kann ein ganzes Land ebenso mit Programmen bedienen wie eine Gruppe von Konsumenten in einem bestimmten Landesteil. Ungehindert durch Gebirge, Flüsse und andere geographische Gegebenheiten erschließt er Regionen, die nur sehr schwer oder nur unter äußerstem Kostenaufwand mit konventionellen Mitteln erreicht werden könnten. Außerdem läßt sich bei Satelliten die Sendekapazität flexibler aufteilen, was das Angebot der Dienstleistungen im Erziehungsbereich vielfältiger macht. Schließlich sind die Fernsehsatelliten langfristig gesehen kosteneffektiver als ein terrestrisches Kommunikationssystem. Kurz gesagt, durch Satelliten für Direktempfang können die Entwicklungsländer vom Bildungsfernsehen und -hörfunk eher zu einem niedrigerem Preis profitieren, wobei größeren Bevölkerungsteilen ein breiteres Spektrum an Bildungsleistungen angeboten werden kann, als dies mit einem konventionellen Kommunikationssystem möglich wäre."²

¹ vgl. Rambaud, Pierre, International Symposium on Educational Satellites, EBU 128(1971)

² vgl. Bildungssatelliten für Entwicklungsländer, S. 34.

² (Vorige Seite)

Etude Comparative entre un système à satellite d'éducation et des chaînes de télévision nationales, Paris 1971.

Artikel 1. 1. "Jedes Land, das nach der bestehenden Übung der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Entwicklungsland angesehen wird und das diese Fassung der Übereinkunft, deren integrierender Bestandteil dieser Anhang ist, ratifiziert oder ihr beitrifft und das sich auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage und seiner sozialen und kulturellen Bedürfnisse nicht sogleich instande sieht, den Schutz aller in dieser Fassung der Übereinkunft vorgesehenen Rechte zu gewährleisten, kann durch eine bei Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder, vorbehaltlich des Artikels V Absatz 1 Buchstabe (c), zu jedem späteren Zeitpunkt beim Generaldirektor hinterlegte Notifikation erklären, daß es die in Artikel II oder die in Artikel III vorgesehene Befugnis oder beide Befugnisse in Anspruch nimmt. Es kann statt die in Artikel II vorgesehene Befugnis in Anspruch zu nehmen, eine Erklärung nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe (a) abgeben."¹

Neben den Fragen des Bedarfs, der technologischen und finanziellen Möglichkeiten bei der Errichtung eines Bildungssatellitensystems in Entwicklungsländern bestehen noch eine Vielzahl von mehr oder weniger lösbaren Einzelproblemen, so zunächst die Frage der Sprachenvielfalt. In Indien existieren 15 Hauptsprachen,² in Afrika etwa 10 Hauptsprachen.³ Die Kommunikationstechnologie erlaubt es heute, ein einziges Sendeprogramm über einen oder mehrere Videokanäle und eine unterschiedliche Anzahl von Sprachkanälen zu transportieren, sodaß die zeitraubende und insgesamt motivationsabschwächende Wirkung des mühsamen Erlernens einer "Unterrichtssprache" in vielen Fällen vermieden werden kann, weil mit Beginn des Bildungsprogramms sogleich die Vermittlung des vorgesehenen Lehrstoffes einsetzt.

(Fußnote vorherige Seite) "Interessant und aufschlußreich wäre es, wenn ein fortgeschrittenes Land mit dem Beispiel vorangehend, Urheberrechtliche Zahlungen übernehmen würde, anstelle von Schuldnern in Entwicklungsländern. Edle Eifersucht könnte alsdann die anderen "Reichen" anspornen;"
Mentha a.a.O., S.366.

1 Fromm-Nordemann, Urheberrecht, Kommentar, S.553

2 Englisch sowie 7 indische Sprachen wurden in den SITE-Projekt zunächst geplant, benutzt werden jetzt 3 Videokanäle und 15 Sprachkanäle. Vgl. Bildungssatelliten für Entwicklungsländer, S.42; NZZ 26.9.1975.

Die komplexen bildungs- und damit auch zugleich kommunikationspolitischen Probleme bei Erziehungssatelliten für Entwicklungsländer werden am Beispiel des indischen SITE-Projekts¹ stellvertretend für all die anderen Bildungsprojekte² am umfassendsten ersichtlich. In Indien, wo "the development of television and telecommunications in general is still in its infancy"³ wurden die Ziele für Bildungsfernsehen folgendermaßen abgesteckt:

"1) to maintain educational impulse in the young and the old; 2) to supplement traditional education, contribute to both school and adult education, enrich curricula as need be; 3) to train teachers and provide refresher courses; 4) to bring about community consciousness in regard to social and civic responsibilities of the individual and develop a highly responsible and wellinformed society; 5) to disseminate news and information on local, national and international affairs; 6) to aid national campaigns in problem areas such as agricultural productivity, family planning, health and hygiene etc.; 7) to promote functional literacy and vocational skills; 8) to develop intellectual levels and aesthetic judgement as related to real-life situations and provide intellectual or emotional stimuli to develop individual personality; 9) to focus attention on national issues, socio-economic problems of national development and reconstruction; and 10) to promote goodwill and understanding, breaking down emotional barriers among people and people."⁴

(2) (vorherige Seite) Englisch, Französisch sowie 4 Sprachen würden nach der sogenannten "Sebasoni-Studie" ausreichen, um etwa die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung erreichen zu können. Vgl. Dill FSuB 2(1973), S. XIV/XV.

¹ Zum Begriff SITE vgl. S. 29.

² Vgl. hierzu u.a. die Zusammenfassungen in "Bildungssatelliten für Entwicklungsländer"; Michael Schmidbauer, Kommunikations-satelliten und Bildung, FSuB 1/2 (1970), S. III ff; ferner für Afrikaprojekte: Dill, FSuB 2(1973), S. XII ff, für süd-amerikanische Projekte: Lloyd Sommerlad, FSuB III/IV (1972), S. 394 ff.

³ Nerurka, TJ, Special Space Number, Mai 1971, S. 326.

⁴ Nerurka, a.a.O.

Nerurka erläutert diese Ziele mit der Bemerkung:

"Objectives such as these broadly differentiated, when examined in the context of the national setting, the socio-economic considerations, contours of diversities in terms of languages, cultural background, environmental conditions and levels of receptivity would present a matrix that would challenge the ingenuity of both the broadcasters who are responsible for patterning the services and the engineers who must make their choices in respect of the technological options available."

In Indien gibt es bereits seit den dreißiger Jahren Bildungsprogramme via Rundfunk und Bildungsfernsehen seit 1961 zunächst auf Neu-Delhi beschränkt. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 540 Millionen Einwohnern, von der über 80 % zur ländlichen Bevölkerung zu zählen sind, haben 20% der Altersgruppe 14-17 Jahre, 33 % der Altersgruppe 11-14 Jahre und 78% der Altersgruppe 6-11 Jahre Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, ungeachtet der Tatsache, ob diese wirklich genutzt werden oder nicht.² Über 70% der Gesamtbevölkerung müssen also hiernach zu den Analphabeten gerechnet werden.³

Als Hauptschwierigkeiten bei der Verbreitung von Elementarbildung gibt Nerurka an:

"Lack of institutionalized facilities for education is only one symptom of the situation. There are other problems and constraints that relate to lack of trained teachers and educationists, multiplicity of languages, diversities in levels of receptivity in different parts of the country or different segments of the population, diversity in educational structures, curricula or syllabuses, and various elements and environmental conditions that are complementary to the educational systems."

"Educational television through the satellite seems to hold a tremendous promise of correcting, stimulating and reorientating the entire educational machinery and educational philosophy in a developing country. It is, therefore, futile to go on with a debate on the pros and cons of terrestrial versus satellite techniques for educational television and a thesis needs to be accepted that both have a vital role to play."⁴

^{1,2} Nerurka a.a.O., S. 326

³ So auch Ploman, Kommunikation durch Satelliten, S.105, dessen Berechnungen auf Zahlenmaterial aus dem Jahre 1960 basieren.

⁴ Nerurka a.a.O., S.327.

..."the experiment would also demonstrate that exploitation of satellite technology for educational purposes is an area that holds tremendous practical benefits for bilateral, multilateral or international co-operation. In fact, education is one application of satellite technology in the exploitation of which there is a clear possibility of convergence of international opinion. The realization of the potential benefits from this new technology must, therefore, rest on a common will to perfect such co-operation or collaboration. This collaboration must, in turn, rest on the recognition of the rights of all nations to utilize this means of broadcasting in an orderly and equitable manner whether for national, regional or global use."¹

Aus diesen Zitaten geht hervor, daß als eines der schwierigsten Probleme die Frage der Eignung von Bildungssatelliten-Programmen gesehen werden muß. Hierbei mangelt es noch an praktischen Erfahrungen. Ein Gesamtkonzept für einen Ausbildungsplan über mehrere Jahre fehlt bisher oder scheiterte an der Uneinigkeit der Produzenten von derartigen Bildungssendungen. Die in den Industriestaaten üblichen Lehrmethoden bei der Schul- und Erwachsenenbildung können bereits auf bestimmten kulturellen Grundlagen aufbauen; derartige Lehrmethoden sind jedoch keineswegs auf die völlig andersartig strukturierten Entwicklungsländer übertragbar. Eine staatlich gelenkte Kooperation der wenigen lokalen Lehranstalten und Lehrer mit den Verantwortlichen der Programmplanung ist zwar dringend erforderlich, stößt jedoch auf schwer überwindliche psychologische Barrieren, bei den zumeist nur unzureichend ausgebildeten Lehrkräften. Diese fühlen sich durch das neue Lehrsystem via Satellit aus ihrem Beruf verdrängt und sind zu keiner Zusammenarbeit mit den Programmplanern bereit. Sie entwickeln ein starkes Konkurrenzdenken gegenüber den unpersönlichen "Lehrmaschinen".² Hier gilt es zunächst einmal, das Selbstwertgefühl der Lehrer zu stärken und sie auf ihre neue Rolle als Diskussionsleiter und Programmvor- bzw.-aufbereiter ausreichend vorzubereiten.

¹ vgl. Nerurka a.a.O., S.325

² Schramm a.a.O., S.20; Schramm, Unesco, S.27/28.

Erst dann wird man sich Ihrer tätigen Mithilfe bei der Programminhaltsplanung versichern können.

Bereits 1967¹ kamen Experten der NASA und Unesco, die auf Einladung der indischen Regierung die Anwendungsmöglichkeiten von Satellitenkommunikation für Bildungszwecke prüfen sollten, zu dem Ergebnis, daß eine wichtige Voraussetzung dieses neuartigen Bildungssystems die Aus- und Fortbildung von Lehrern sein müßte. 1969 unterzeichneten die Indische Atomernergiebehörde² und die NASA ein Memorandum über die Durchführung des SITE-Projekts. Ein Programmkoordinationskomitee aus Vertretern von "All India Radio", dem Rundfunk- und Informationsministerium der ISRO sowie den späteren Systemnutzern, den einzelnen Ministerien, wurde gegründet. Programm-Vorstudien, wie das Krishni Darshan-Programm für Neu-Delhi von 1967 bildeten die Grundlage für 1500 von All India Radio produzierten Bildungsprogrammstunden, die seit dem 1. August 1975 über den amerikanischen Satelliten ATS-6 an ca. 5000 Dörfer etwa 4 Stunden täglich ausgestrahlt werden.³

Das SITE-Programm, das im Gegensatz zu anderen Bildungsprojekten als ein allein indisches Lehrsystem⁴ geplant und durchgeführt wird, ist nur als Vorstudie zu dem sogenannten Insat-Projekt zu sehen.⁵

¹ vgl. Ploman, a.a.O., S.110.

² Diese Atomic Energy Commission wurde im Sommer 1973 durch eine anders strukturierte und unter anderen Zielsetzungen tätige Space Commission abgelöst.

³ FAZ, 18.6.1975 (Meldung).

⁴ Einschränkung sei hierzu bemerkt: Indien wurde bei der Durchführung dieses Projekts von der NASA und der Unesco beratend unterstützt. Erst durch die Stellung eines amerikanischen Satelliten und den Start dieses Satelliten mittels einer amerikanischen Trägerrakete wurde das gesamte Programm überhaupt realisierbar. Über diese Tatsache war man sich in Indien von vornherein klar: "India has had to depend upon foreign aid for many other development projects." (Dube, In: Lerner-Schramm, S.138.); andererseits wollte man aber politische Konsequenzen aus Hilfsangeboten der politischen Machtblöcke vermeiden und sich aus eigener Kraft helfen.

⁵ Ploman a.a.O., S.111; Bild.Sat.f.Entw.Länder, S.38ff.

Gerade diese bisher nur andeutungsweise ersichtliche Tatsache sollte bedenklich stimmen angesichts der ehrgeizigen politisch-wirksamen Konzeptionen, die hier unter dem Mantel der Bildungssystem-Errichtung durchgeführt werden sollen. Insat stellt realitärein Projekt dar, das sich mit dem Ziel der Verbreitung von Bildung und Information im ganzen Land mittels eines kommunikationstechnischen Mischsystems von terrestrischer und weltraumgebundener Verbreitungsformen Zugang zur gesamten Weltraumtechnologie verschaffen will. Dies bedeutet in praxi, in ca. 10 Jahren sollen nicht nur indische Satelliten, sondern auch indische Startraketen, elektronische Gerätefabrikation und ein neuer Arbeitsmarkt auf dem Gebiet der Raumforschung geschaffen werden.¹ Insoweit wird die oben gemachte Feststellung, daß Bildungspolitik, Kommunikationspolitik und Staatspolitik untrennbar miteinander verwoben sind, bestätigt. Ob dies wirklich zugunsten der Bildungspolitik ausfällt, die in einem Land des absoluten Bildungsnotstandes wie in Indien vorrangig sein sollte, dürfte sich im Laufe der nächsten Jahre zeigen.

¹ Auch bei dem Aufsatz Nerurkas a.a.O., S. 329, aus dem Jahre 1971, scheint sich diese staatspolitische Idee bereits andeutungsweise abzuzeichnen, wenn er feststellt: "Satellite television as a concept in the Indian situation must be appraised not as an exclusive or isolated infrastructure but must be looked at in its integrative application alongside conventional techniques for developing and building up a total capability and adaptability in the context of the needs. Applications must be directly related to the needs in a given situation and these cannot be evolved without a precise understanding of the national setting, the contours of socio-economic life, linguistic groups, levels of receptivity, viewing habits and a host of other considerations. The infrastructure must then be matched to the educational philosophy and educational objectives andored in the national setting and a realistic appraisal of capabilities as well as limitations of the medium, the stat of the art and, last but not least, resources."

Eines der Kernprobleme bei Bildungssatelliten, die Programminhaltsplanung, ist gerade für das indische SITE-Projekt¹ ohne Bedeutung. Der Programminhalt der Bildungssendungen ist hier - wenn auch unter Beratung von Fachleuten aus Industriestaaten² - allein im indischen Kompetenzbereich geblieben, so daß Indien nicht den Vorwurf erheben kann, Industriestaaten würden mit Hilfe von Bildungsprogrammen versuchen, mit psychologisch-propagandistischen Methoden politischen Einfluß auf die Zielgruppennehmen.³ Gerade dieser von den Entwicklungsländern häufig geäußerte Vorwurf führte auch im Laufe der Jahre zu der oben eingehend erläuterten Forderung nach internationalen Konventionen über die Programminhaltskontrolle von Satellitensendungen - ein Wunsch, der realiter zu einer totalen Einschränkung des Free Flow of Information-Prinzips führen würde.

Im Gegensatz etwa zu Indien und Brasilien sind die meisten der geplanten Bildungssatelliten-Vorhaben⁴ nur dann rentabel, wennman auf regionaler Basis zu einer Kooperation verschiedener Länder gelangt. Hierbei bedarf es der gemeinsamen Planung von Programminhalten, die für alle beteiligten Länder untereinander inhaltlich sowohl von dem Bildungsziel als auch von der politischen Richtung her akzeptabel sind.

¹Auch das brasilianische SACI-Projekt, das dem indischen insoweit ähnelt, als auch hier das Bildungsprogramm nur eine Vorstufe darstellt zu einer allgemeinen Entwicklung von Weltraumforschung mit dem Endziel, eigene Satelliten zu produzieren.

²Menon, In: Unesco, Communication in the Space Age, S.127, weist kurz auf die politischen Gefahren einer dergleichen Unterstützung hin.

³Wie dies auch aus der oben erläuterten Tampere-Studie ersichtlich wird.

⁴Z.B. das südamerikanische SERLA-Projekt oder das "Symphonie" Vorhaben für die frankophonen Bereiche Afrikas.

Da die Voraussetzungen für die Planung, Durchführung und Programmproduktion im allgemeinen nicht in dem betreffenden Land gegeben sind, werden sie "von außen", daß heißt von der Unesco, der NASA als Lieferant der Trägerrakete und des Satelliten und von den das Projekt finanzierenden Industriestaaten in das Land "hineingetragen".

Andersartige politische Zielsetzungen, die auch in die Bildungseinheiten der in das Land übermittelten Satellitenprogramme einfließen, sind also nicht auszuscheiden. Insoweit fühlen sich zahlreiche Entwicklungsländer politisch-strukturell durch Bildungs-Entwicklungshilfe einem kulturellen Überfremdungseffekt ¹ ausgesetzt, den sie als kulturellen Imperialismus ablehnen.

Schmidbauer sieht die Lösung dieses politischen Problems in der Schaffung einer übernationalen Bildungssatelliten-, Produktions-, Koordinations- und Sendezentrale gewährleistet, "die frei von nationalen Interessen ein der Sache der Erziehung verhaftetes und an den Bedürfnissen einer zukunftsorientierten Gesellschaft ausgerichtetes Programm gestaltet."² Es fragt sich, ob dieses Lösungsmodell nicht das eigentliche Problem lediglich verlagert und einer neu zu schaffenden Institution aufbürdet, die in ihrer Struktur auch schon wieder politisch brisante Fragen aufwirft. Ferner erscheint unklar, was Schmidbauer unter einer "zukunftsorientierten Gesellschaft" versteht. In der Beantwortung auch dieser Frage liegt aber bereits eine politische Entscheidung zu dem einen oder anderen Gesellschaftssystem vorborgen.

1 Vgl. hierzu das eingehende Zahlenmaterial in der Tampere-Studie, die nachweist, daß z.B. die USA die höchste Exportrate für Programme unterentwickelter Länder Latein-Amerikas, Asiens und Afrikas besitzen; Tampere-Studie S. 19, 25, 27 ff; Sochor, Unesco-Dienst, 4/74, S. 11 ff, vgl. auch In: Gerbner, Ross, Melody, S. 408/409.

2 Vgl. Schmidbauer, FSuB 1/2 (1970), S. XVI/XVII. Ähnlich auch Ungerer, S. 74, McWhinney, In: McWhinney, S. 20, so auch Eberhard, AIERI/Referat (1970), S. 5 und Smith, S. 180/188, die ebenfalls, wenn auch detaillierter, eine internationale Organisation oder Behörde zu diesem Zweck schaffen wollen.

Eine globale Lösung dieser Problematik mittels einer neu zu schaffenden internationalen Organisation erscheint illusionär angesichts der Tatsache, daß selbst von ihrer gesamten nationalen Struktur her ähnliche Staaten sich in weitaus politisch weniger wichtigen Frage völlig uneinig sind; wie also sollte Einigkeit zwischen verschiedenartig strukturierten, auf unterschiedlichsten kulturellen Entwicklungsphasen stehenden und verschiedenen Gesellschaftssystem angehörnden Staaten erzielt werden können?

4) Nachrichtensatelliten der Zukunft als Wegbereiter für medienpolitische Strukturveränderungen

Die in naher Zukunft bestehende Möglichkeit, nicht nur experimentell, wie z. B. im Falle Indiens, sondern auch operationell Nachrichtensatelliten zu betreiben, die ohne Zwischenschaltung nationaler Erdefunkstellen die Rezipienten direkt mittels einer zum herkömmlichen Fernsehgerät zusätzlich installierten Empfangsantenne erreicht, hat einige Autoren zu medienpolitischen Prognosen veranlaßt.

Diese Vorausbestimmungen sind in der Literatur verständlicherweise rar, will man sich in einigen Jahren doch nicht die Blöße geben, heutige Gegebenheiten des Telekommunikationswesens in ihrer Zukunftsentwicklung falsch eingeschätzt zu haben. - Bei der Frage, ob Nachrichtensatelliten zur Direktversorgung einer Bevölkerung eine Chance haben, jemals angewandt zu werden oder nicht, ist nicht die technologische "Machbarkeit" derartiger Systeme von Interesse, sondern allein die Feststellung, ob die bestehenden Telekommunikationssysteme einer Erweiterung ihrer Kapazitäten durch Nachrichtensatelliten bedürfen oder ob eine möglicherweise gewünschte Erweiterung nicht auch anderweitig erreicht werden kann,

d.h., ob der für die Zukunft geplante Bedarf nicht durch weniger kostenintensive, politisch und juristisch einfacher regelbare Systeme gedeckt werden kann.

Klaus von Bismarck¹ zeigte 1970 drei Tendenzen der Zukunftsentwicklung des Fernsehens an:

- "Die technische Entwicklung des Hörfunks scheint im großen und ganzen abgeschlossen. Im Fernsehen hingegen sind erhebliche Veränderung möglich. Es ist deshalb konsequent, sich vornehmlich mit Überlegungen über Zukunftsperspektiven des Fernsehens zu befassen ... Drei Tendenzen der Fernseh-Entwicklung müssen sicher im Jahre 1970 ins Auge gefaßt werden:
1. Es ist nicht nur denkbar oder wahrscheinlich..., daß sich wirtschaftlich mächtige Gruppen zum mindesten als Zulieferer unter kommerziellen Gesichtspunkten im Fernsehbetrieb einschalten werden. Ob sich in der Bundesrepublik ein kommerzielles Fernsehen als eigene, mit den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten rivalisierende Institution auf die Dauer durchsetzen wird, darüber gehen die Ansichten auseinander ...
 2. Eine Internationalisierung der Programme wird immer weiter fortschreiten und durch das Satellitenwesen, um nur ein Beispiel zu nennen, beschleunigt werden.
 3. Die Produktion von Kassetten leitet eine Entwicklung ein, deren Auswirkungen zwar noch nicht klar kalkulierbar sind. Es zeichnen sich aber bereits (z.B. durch Abwerbungen bei den Rundfunkanstalten) Veränderungen ab."

"Vier mögliche Aussagen über die Zukunft" des Rundfunks machte Dill 1973 in seinem Aufsatz "Rundfunk und Satelliten in den 90er Jahren"²

- "1. Rundfunk wird in seiner Bedeutung durch andere Kommunikationstechniken reduziert. Dann brauche ich Satelliten möglicherweise für diese konkurrierenden Systeme, nicht aber für den Rundfunk (Reduktionsmodelle).
2. Rundfunk behält seinen bisherigen Stellenwert in der Gesellschaft und arbeitet im wesentlichen mit seinem bisher entwickelten technischen Instrumentarium weiter.

¹ Vgl. von Bismarck, Zukunftsperspektiven des Rundfunks. In: Rundfunk'70, S.8/9.

² Dill, Fernsehen u.Bildung 2 (1973), S. V

Im Rahmen von Rationalisierung, Umstrukturierung und Modernisierung werden verschiedene Teilfunktionen von Satelliten übernommen. Die Eurovision kündigt beispielsweise ihr bisheriges Leitungssystem und benützt statt terrestrischer Verbindungen nur noch Satelliten (Umsteig-Modelle).

3. Rundfunk entwickelt sich im Rahmen des bisher sichtbaren und erprobten Systems linear weiter. Verstärkte Anforderungen im internationalen Programm-austausch, vorwiegend auf dem Gebiet der Aktualität, erweiterte Sendezeiten, vermehrte Programmkonkurrenz erfordern neben den bisherigen Kapazitäten auch Satelliten (Evolutions-Modelle).

4. Die Bedeutung von Rundfunk in den verschiedenen Lebens- und Programmbereichen entwickelt sich sprunghaft und weltweit weiter. Die notwendige Vermehrung von Programmdiensten, Kanälen und Trägern kann nur durch Satelliteneinsatz gewährleistet werden (Expansions- oder Explosions-Modelle).

Sowohl das Evolutions-Modell als auch das Expansions-Modell sind für Industriestaaten denkbar. Im Evolutions-Modell werden die vorhandenen Sendeprogramme in ihrem zeitlichen Umfang und in ihrem redaktionellen Inhalt verbessert und erweitert. Beim Expansionsmodell tritt neben diese Erfordernisse noch der Vorteil, daß weitere Kapazitäten erschlossen werden können, d.h. ein verstärkter Free Flow of Information durch neu erschlossene Kanäle ermöglicht wird. Innerhalb dieses Modells stellt Direktfernsehen mittels Nachrichtensatelliten nur eine der Möglichkeiten dar, neben z.B. einer totalen Verkabelung der Nation oder dem Einsatz von mit Sendern ausgestatteten Flugzeugen oder dem Ausbau eines terrestrischen Sendernetzes für den Betrieb im 12.-Gigahertz-Bereich.¹ Wirtschaftliche und technische Zukunftsaussichten für Nachrichtensatelliten in der Bundesrepublik betrifft eine Studie von Schendel/Bodemann.² Zusammenfassend heißt es hier im Jahre 1972:

"Es zeigt sich, daß Fernsehdirekttempfang möglich ist, wenn vorausgesetzt wird, daß der Fernseh-
teilnehmer gewillt ist, die Kosten für eine Spezial-
antenne und eine Vorsatzeinrichtung zum handels-
üblichen Fernsehgerät zu tragen.

1 Vgl. hierzu die detaillierte Schilderung der einzelnen Modelle und ihrer Ausführungen. Dill a.a.O., S. IX

2 Vgl. Schendel/Bodemann, Fernsehdirekttempfang über Satelliten, Sonderdruck aus dem Jahre 1972 der DGLR (Vortrag auf der 5. Jahrestagung der DGLR, Berlin, 4.-6.10.1972), S. 212. Zum technischen Bereich der

Für die Bundesrepublik Deutschland wird eine optimale Lösung in einem Satellitensystem gesehen, das Einzelpfänger über Heimantennen vorzugsweise in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte, Gemeinschaftsempfänger für Wohnblöcke, Siedlungen und aufwendigere Empfangsanlagen zur Einspeisung der Fernsehprogramme in Kabelfernsehtetze zur Versorgung von Stadtbezirken vorsieht."

Die detaillierteste Trendbeschreibung für die Zukunftsplanung im Bereich der Medienpolitik der Bundesrepublik ist am 27. Januar 1976 von der "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystem" (KtK) herausgegeben worden.¹

Im Februar 1974 wurde vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Horst Ehmke, ein in Unabhängigkeit arbeitendes Expertengremium beauftragt, "Vorschläge für einen wirtschaftlich vernünftigen und gesellschaftlich wünschenswerten Ausbau des Telekommunikationssystem der Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten."²

Die Kommission³ unter Vorsitz von Professor Eberhard Witte legte nach zweijähriger Arbeit einen Telekommunikationsbericht mit 8 vertiefenden Anlagebänden vor, in denen die Vorschläge der KtK in Form von 56 Feststellungen und 17 Empfehlungen niedergelegt wurden. Unter anderem sollte der Arbeitsbericht der KtK folgende Fragen zu lösen versuchen:

"1. Für welche Kommunikationsformen besteht ein gesellschaftliches, politisches und volkswirtschaftliches Bedürfnis?

(Fortsetzung vorherige Seite) Einrichtung von Nachrichtensatellitensystemen in der Bundesrepublik Deutschland, vgl. auch die z.T. überholten Ansichten der Professorenkonferenz 1971 im FTZ Darmstadt: FTZ, Nachrichtenübertragung über Satelliten. Stand der Technik und Zukunftsaussichten, Darmstadt 1971.

¹ Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems, Bericht vom 27.1.1976, Bonn.

² KtK-Bericht S. III

³ Die Kommission, die am 28.2.1974 erstmals in Bonn zusammentrat, beschloß die Bildung von 4 Arbeitskreisen: "Bedürfnisse", "Technik u.Kosten", "Organisation" u. "Finanzierung".

2. Welche Möglichkeiten für neue Kommunikationsformen werden durch die sich abzeichnende technische Entwicklung - insbesondere Breitbandtechnik - eröffnet ...

5. Durch wen und unter welchen Rahmenbedingungen sollen die verschiedenen technischen Einrichtungen für ein künftiges Kommunikationssystem jeweils geplant, errichtet und betrieben werden?"¹

Grundlage der Feststellungen und Empfehlungen des KtK-Berichts bildeten die im Auftrag der Kommission durchgeführten Studien²:

Delphi-Studie (zur Feststellung telekommunikationsmäßiger Bedürfnisse der Bevölkerung) durch Diebold/Frankfurt;

2. Empirische Felduntersuchung durch Infratest, München;

3. Literaturanalyse durch AG für Kommunikationsforschung, München;

4. Kaufkraftprognose durch Prognos, Basel;

5. Internationaler Organisationsvergleich durch P.A. International Management Consultants Ltd., Fribourg.

Obwohl sich der Bericht nur am Rande mit der Möglichkeit eines Einsatzes von Nach-richtensatelliten befaßt, lassen sich aus dem diesbezüglichen Feststellungen und Empfehlungen Schlüsse ziehen über medienpolitische Planungen im Hinblick auf Satellitenkommunikation im Zeitraum 1985-2000.

Im Hinblick auf den Bedarf der Bevölkerung nach zusätzlichen Fernsehprogrammen insbesondere auch nach Regionalsendungen kam die Kommission zu der Erkenntnis, daß ein derartiger Bedarf "nicht in drängender und akuter Ausprägung vorliegt."³

1 KtK-Bericht, S.14

2 KtK-Bericht, S. 20

3 KtK-Bericht, S.134

Insoweit ist es nicht weiter erstaunlich, daß auch für die Zukunft nicht hinreichend ein Bedarf nach Satellitenkommunikation prognostiziert werden kann.

Nach den derzeitigen technologischen Gegebenheiten wäre eine Versorgung der Bundesrepublik Deutschland durch sogenannte "Fernseh-Rundfunksatelliten" möglich, allerdings mit der Einschränkung, daß hierdurch nur vier zusätzliche Fernsehprogramme gewonnen würden. Bei dieser geringen Zusatzversorgung erscheinen die Investitionskosten für den Betrieb eines derartigen Systems vergleichsweise hoch: für den Einzelempfang rechnet die KtK mit 1500 bis 2500 DM und je Gemeinschaftsantenne (bzw. Kabelfernsehanlage) mit 10.000 bis 20.000 DM. Man kommt daher zu folgendem Ergebnis, wenn man die Investitionen für Satelliten, Entwicklungs- und Abschlußkosten, Erdfunkstelle und Empfangsanlagen miberechnet:

F43¹ "Die Versorgung des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland mit vier zusätzlichen Fernsehprogrammen durch den Einsatz von Fernseh-Rundfunksatelliten ist technisch realisierbar und erfordert Erstinvestitionen von ca. 800 Mio DM für das Satellitensystem. Hinzu kommen - bei Einzelempfang und Vollversorgung - zwischen 15 und 25 Mrd. DM Investitionen für die Empfangsanlagen."

Aufgrund der hohen Kosten bei Einzelempfang kommt die KtK zur Feststellung:

F44² "Rundfunksatelliten sind kein Ersatz, sondern eine Ergänzung von Breitbandkabelsystemen", d.h. eine "Einspeisung des Satellitensignals in eine Gemeinschaftsantennenanlage bzw. in eine Kabelfernsehanlage"³ erscheint der KtK sinnvoller.

¹ KtK, F(eststellung) 43, S.112

² KtK, F() 44, S.112; F49 bekräftigt diese Feststellung: nur wenn eine Erhöhung der Zahl von Fernsehprogrammen angestrebt wird, so bedarf es einer Verkabelung und dann eventuell eines ergänzenden Betriebs von Rundfunksatelliten, KtK, S.121.

³ KtK, S. 112

Satelliten sind zudem nach den Erkenntnissen der KtK nicht geeignet, lokale oder regionale Programme zu verteilen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf das nicht allein für Deutschland schwerwiegende und ungelöste Problem des sogenannten "Spill-over" hingewiesen.

Die KtK bezieht sich in ihrer Bemerkung dabei auf die RR 428 A Spa 2:

"Bei der Festlegung der Merkmale einer Weltraumfunkstelle des Rundfunkdienstes über Satelliten sind alle verfügbaren technischen Mittel einzusetzen, um Aussendungen über dem Hoheitsgebiet anderer Länder auf ein Mindestmaß zu beschränken, sofern mit den Verwaltungen dieser Länder nicht zuvor ein Übereinkommen getroffen wurde."¹

Obwohl es mittlerweile technisch möglich ist, den Abstrahlungswinkel eines Satelliten so klein zu halten, daß die Gefahr einer Beeinträchtigung von Drittstaaten durch unbeabsichtigte Ausstrahlung nicht mehr in jedem Fall gegeben ist, so muß doch bei einem relativ geringflächigen Land wie der Bundesrepublik mit einem unbeabsichtigten Spill-over in die DDR und die übrigen angrenzenden Staaten gerechnet werden. Die Möglichkeit des beständigen Vorwurfs eines beabsichtigten Spill-over zum Zwecke politischer Propaganda und einer damit verbundenen kontinuierlichen Souveränitätsverletzung wäre von seiten der Drittländer also zu erwarten.

Zumindest auf dem Bereich der Bundesrepublik treffen somit die Vorstellungen einiger Autoren über die medienpolitischen Strukturveränderungen nicht zu; denn das Regionalfernsehen wird nicht in derart umfassenden Maße erweitert werden, wie es z.B. von Bismarck befürchtet, und Dill prognostiziert.² Dieser glaubt, daß die nationalen Rundfunkanstalten sich in absehbarer Zeit von ihren nationalen rundfunkpolitischen Denkschemata lösen müssen. Auch von Bismarck meint;

¹ VO Funk Art. 7, S. 2 (1971); RR 428 A Spa 2 § 2 A. Über die generelle rechtliche Bedeutung und die Möglichkeiten der Durchsetzbarkeit vgl. Teil B II.

² Vgl. Dill FSuB 2(1973), S. X/XI.

"Für das nationale Fernsehen entstünde möglicherweise die Gefahr, in die Rolle von Regionalprogrammen mit Schwerpunkt auf der Folklore zurückgedrängt zu werden; muß man nicht in gewissen Phasen dieser Entwicklung mit heftigen nationalen und kulturpolitischen Reaktionen gegen den Kosmopolitismus rechnen? Steht am Ende der Entwicklung eine weltumspannende Kulturkonzeption?"¹

Auch die totale Verkabelung der Nation, durch die gleichzeitig ein erhöhter Bedarf an Einspeisung von Satellitensignalen entstehen würde, dürfte sich also für die Bundesrepublik zumindest bis zum Jahre 2000 nicht bewahrheiten, desgleichen aus Kostengründen nicht die Errichtung eigener Satellitensysteme etwa für die EBU oder Nach-richtenagenturen². Hierbei ist davon auszugehen, daß für Deutschland festgestellte Maßstäbe sich auf die ähnlich strukturierte Medienlandschaft Europas übertragen lassen.

Im Bereich des globalen Satellitenfernsehens werden für den Fall des zukünftigen weltweiten Betriebs von Nachrichtensatelliten zur Direktversorgung der Bevölkerung mit Programmen aller Sparten drei Trends von den meisten Autoren gesehen:

1. Politisierung des Programms³, d.h. Durchsetzung des Programms mit politischer Propaganda;
2. Kommerzialisierung des Programms⁴ durch internationale Werbekampagnen von Großkonzernen.

1 von Bismarck, Rundfunk'70, S.12

2 Weynen, Nachrichtentechnik u.Weltpresse. In: BDZV-Schriftenreihe, Heft 3(1968), S. 4, 11.

3 Ungerer, S. 72/73, Dill. FSuB 2 (1973), S.XI; Errera In: McWhinney, The International Law, S. 85 ff.

4 Ungerer, S.73; Dill FSuB 2/(1973), S. XI

3. Qualitative Vermassung, Niveausenkung und Nivellierung¹ des Ausdrucks nationaler eigenständiger Kultur im Programm, um einen weltweiten Massengeschmack anzusprechen.

Ungerer² vertritt im Gegensatz zu den USA, die nationale und regionale Satellitensysteme außer zu Bildungszwecken nicht befürworten, da das globale Intelsat-System gefährdet wäre, die Meinung:

"Die Gefahren einer kommunikationspolitischen Hegemonie der Weltraummächte dürfen nicht unterschätzt werden ... Besser ist friedlicher Wettbewerb, um Monopolsituationen zu verhindern ... Wenn es gelingt, daß Duopol zum Oligopol zu erweitern, entsteht ein Zwang zur Objektivierung der Programme, weil dann die Empfänger die Möglichkeit der Wahl erhalten."

In diesem Zusammenhang sieht Eberhard³ das Zukunftsproblem der Gatekeeper im internationalen Satellitenbereich, und zwar auch dann noch, wenn nicht nur zwei Satellitensysteme, sondern mehrere existieren. Ein echter Free Flow of Information wäre dann ebenso wenig gegeben wie in der Gegenwart. Er gelangt daher zu der Schlußfolgerung:

"Wir müssen alle Kraft vereinigen, um die Gatekeeper zu entmachten, die es verhindern, daß wir unsere Probleme und Wünsche, Hoffnungen und Ängste gegenseitig kennenlernen und sich auf dieser Grundlage eine freie öffentliche Weltmeinung bildet."

¹ EBU-Monograph Nr. 4, S.14 ff; Ungerer S. 73; Dill FSuB 2 (1973), S. XI, von Bismarck, S.11/12; Cunis In: Rundfunk'70, S. 48; Brack EBU 6 (1974), S.29.

² Ungerer In: Außenpolitik 21 (1970), S.73/74, so auch Kopal, In: McWhinney, The International Law, S. 99.

³ Eberhard, AIERI/Referat S. 5.

Schlußbemerkungen

Probleme des Free Flow of Information stellen in der Hauptsache ein staats-, rechts- und kulturpolitisches internationales Phänomen dar, das zwar mit kommunikationswissenschaftlichen Methoden erkennbar gemacht werden kann, nicht aber gelöst wird. Vor diesem Hauptproblem treten alle übrigen Schwierigkeiten, die einen Free Flow of Information ebenfalls einschränken, zurück: so etwa Fragen der Überbelegung des Frequenzspektrums, die Gate-Keeper-Problematik bei Nachrichtenagenturen, urheber- und lizenzrechtliche Streitigkeiten bei Weltprogrammen. Eine Problemlösung - sofern es überhaupt eine geben kann, solange unterschiedliche Staats- und Wirtschaftsformen, Rechtssysteme, Ideologien, Bildungsniveaus und ein abweichendes Symbolverständnis existieren - ist nur mit völkerrechtlichen Mitteln denkbar.

Insoweit mag es nicht erstaunlich sein, daß bis heute nur ein geringer Anteil der publizistischen Literatur in deutscher Sprache über kommunikationspolitische Aspekte des Satellitenfernsehens zu verzeichnen ist.¹ Diese Tatsache erscheint bedrohlich, weil sie von einer Lethargie zeugt, die dem Publizisten und Journalisten fremd sein sollte, will er nicht seine legitime Rolle verlieren, Fakten darzustellen, diese skeptisch zu interpretieren und die Öffentlichkeit im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit "vor Irrtümern zu bewahren".²

Das bislang relativ feste Gefüge von Presse, Rundfunk und Fernsehen und der Alltag des Konsumenten wird sich - auch wenn dies langsamer geschieht als es viele Prognosen darstellen - durch das Satellitenfernsehen strukturell verändern.

¹ Mit Ausnahme von Dill haben sich nur wenige deutschsprachige Autoren zu den unterschiedlichen publizistikwissenschaftlichen Problemen des Satellitenfernsehens und des Free Flow of Information geäußert.

² vgl. Pross, Publizistik, S. 16

Background-Material für kommunikationspolitische nationale und internationale Gesetzes- und Abkommensentwürfe der Zukunft zu liefern, sollte Aufgabe der Publizisten sein. Bisher jedoch ist die geradezu einmalige Tatsache zu verzeichnen, daß die Vertreter der Rechtswissenschaft den Geisteswissenschaftlern in der Erkenntnis über die unbedingte Notwendigkeit einer frühzeitigen Diskussion aller Aspekte des Satellitenfernsehens weit voraus geeilt sind.

Sowohl Publizisten als auch Juristen verbindet naturgemäß die Aufgabe, nicht nur die Seinsebene von Fakten darzustellen, sondern auch die Sollensebene. "Auch wo sie in der typischen Herrschaftsform des Zeitalters der Bürokratie in Erscheinung tritt, und mit manipulierter Information Gewalt rationalisiert, ist Publizistik noch ein Faktor der Kultur, die vom Sollen und vom Müssen bestimmt wird. Interpretation durch Publizistikwissenschaft hat vor allem dazu beizutragen, die falschen Grundlagen, die Mißbräuche und Ungerechtigkeiten der öffentlichen Kommunikation darzutun, die verhindern, daß menschliche Wachheit sich selber hilft."¹

Grundzüge der Seins- und Sollensebene im Hinblick auf den freien Informationsfluß bei Fernmelde- und Nachrichtensatelliten aufzuzeigen, dies ist Aufgabe der vorliegenden Arbeit.

¹ vgl. Pross, Publizistik.

24. Dudoit, Alain: La révolution des télécommunications spatiales et le fédéralisme Canadien. Doc. de travail. Montréal 1973
25. Dunlap, Orrin E.: Communications in Space. New York 1962
ZBU (Hrsg.): Advertising on Radio and Television. ZBU-Monograph No. 4, Genf 1966
27. Eisenhardt, Ulrich: Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806) - Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur. Karlsruhe 1970
28. Emery, Walter B.: National and International Systems of Broadcasting, - Their History, Operation and Control. East Lansing 1969
29. Fetscher, Iring, Wolfgang Abendroth, Ossip K. Fleisenthain (Hrsg.): Karl Marx/Friedrich Engels - Pressefreiheit und Zensur. Wien 1969
30. Fleur, Melvin de, Larsen, Otto N.: The Flow of Information - An Experiment in Mass Communication. New York 1958
31. Franz, Günther (Hrsg.): Staatsverfassungen, 2. Aufl., München 1964
32. Fromm, Friedrich Karl, Wilhelm Nordemann: Urheberrecht. Kommentar zum Urheberrechtsgesetz und zum Markenrechtsgesetz. 3. Aufl., Stuttgart 1973
33. FTZ: Nachrichtenübertragung über Satelliten. Stand der Technik und Zukunftsaussichten. Darmstadt 1971
34. Gerbner, George, Larry A. Gross, William H. Melody (Hrsg.): Communications Technology and Social Policy. New York 1973
35. Doddart, Robert: Hatching: A Method of Reaching Extreme Altitudes. Princeton 1919
36. Gross, Gerald (Hrsg.): The Responsibility of the Press. New York 1966
37. GroB, Rudolf: Grundzüge des deutschen Presserechts. Göttingen 1969
38. Guradze, Heinz: Der Stand der Menschenrechte im Völkerrecht. Bloomington/Indiana 1955
39. Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied 1962
40. Hagemann, Walter: Grundzüge der Publizistik, 2. Aufl., Münster 1966
41. Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen. Jhg. 1960-1975. Hamburg
42. Hartung, Fritz: Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart. 3. erw. Aufl., Göttingen 1964
43. Havemann, Hans H., Willy Krams (Hrsg.): Handbuch der Entwicklungshilfe. Loseblattsammlung, Baden-Baden 1960 ff
44. Havighurst, Clark C. (Hrsg.): International Control of Propaganda. New York 1967
45. Heinitz, Ernst, Angelo de Mattia, Josef Partsch, Giuliano Vassalli (Hrsg.): Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht in Deutschland und Italien. Karlsruhe 1968
46. Herschel, Wilhelm, Friedrich Klein, Manfred Rehbinder (Hrsg.): Festschrift für Georg Roeder. Ufita-Schriftenreihe Hft. 46. Berlin 1973
47. Hume, David: A Treatise of Human Nature. Reprint, Oxford 1973
48. Intern. Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (Hrsg.): Mediensysteme in der Erwachsenenbildung - zwölf Projektanalysen aus neun Ländern. München 1971
49. Intern. Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (Hrsg.): Bildungssatelliten für Entwicklungsländer. München 1972
50. IRT (Hrsg.): IRT-Kolloquium über den Langwellen- und Mittelwellenrundfunk. Aufsatzsammlung 8.5.1972. Institut für Rundfunktechnik Hamburg, Hamburg 1972

51. ITU (Hrsg.): ITU 1865-1965 - A Hundred Years of International Cooperation. Genf 1965
52. ITU (Hrsg.): Telecommunication Journal, Special Space Number. Vol. 38, No. 5, May 1971. Genf 1971
53. ITU (Hrsg.): Tenth Report by the ITU on Telecommunication and the Peaceful Uses of Outer Space. Genf 1971
54. ITU (Hrsg.): Eleventh Report by the ITU on Telecommunication and the Peaceful Uses of Outer Space. Genf 1972
55. ITU (Hrsg.): Douzième rapport de l'Union Internationale des Télécommunications sur les télécommunications et les utilisations pacifiques de l'espace extra-atmosphérique. Fascicule no. 11. Genf 1973
56. ITU (Hrsg.): General Information on the ITU. Genf 1973
57. Klein, Hubert, Hans-Elliott, Perleschen und Gschäft. Hamburg 1973
58. Winter, Werner: Satellitenrundfunk und die Problematik des internationalen Urheber- und Leistungsschutzes. Ufita-Schriftenreihe, Bd. 47, Berlin 1973
59. Kluge, Friedrich: Wörterbuch der deutschen Sprache. 18. Aufl., Berlin 1960
60. Knapik, Kurt, Karl W. (Hrsg.): Wörterbuch zur Publizistik. 2. Aufl. München 1970
61. Krause, Günter E.: Internationaler Fernmeldeverein. Frankfurt/Berlin 1960
62. Leibelt, G. H. J. Rink: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar, 4. Aufl., Köln-Marienburg 1971
63. Lorenz, Daniel, Wilbur Schram (Hrsg.): Communication and Change in Developing Countries. University of Hawaii, Honolulu 1967
64. Lesnik, S.: Die politischen Freiheiten in der Sowjetunion, Berlin 1946
65. Pfeiffer, Martin: Presserecht, Bd. I Allgem. Teil, 2. Aufl., München 1969
66. v. Unglitz, Hermann: Die rechtliche Ordnung des Rundfunks im Ausland. München/Berlin 1953
67. v. Unglitz, Hermann: Die Rundfunkgesetze. München/Schöden 1973
68. v. Unglitz, Hermann: Deutsches Staatsrecht, 19. Aufl., München 1973
69. v. Unglitz, Hermann: Handbuch der Sowjetverfassung, München 1955
70. Maurer, Reinhard, Boris Weisner (Hrsg.): Völkerrecht in Ost und West. Stuttgart 1967
71. McLennan, Edward, Arthur A. Bradley: New Frontiers in Space Law. Leyden 1969
72. McLennan, Edward (Hrsg.): The International Law of Communications. Leyden 1971
73. Melke, Heinz: Ein Lexikon der Raumfahrt und Raketentechnik. München 1972
74. Mommsen, Theodor: Römische Geschichte. Neubearb. Leipzig 1941
75. Nagel, Hannelore: Die Rechtsbeziehungen zwischen Rundfunkanstalt und Rundfunkteilnehmer und die Stellung der Post unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Bereich des Bayernischen Rundfunks. Jur. Diss. Würzburg 1967
76. Nordenstrem, Kasper, Torie Paris: Television traffic - a one-way street? Unesco Reports and Papers on Mass Communication, Nr. 70, Paris 1974

77. Oberth, Herman: Die Rakete zu den Planetenräumen. Berlin 1923
78. Passell, Peter, Leonard Ross: Communications satellite tariffs for television. IBI-Monograph No. 3, London 1972
79. Plomen, Edward W.: Kommunikation durch Satelliten. Mainz 1974
80. Pralle, Henk, Winfried B. Berg, Michael Schmölke (Hrsg.): Handbuch der Weltpresse. Bd. I Die Pressesysteme der Welt. Köln/Opladen 1970
81. Pross, Harry: Moral der Massmedien. Prolegomena zu einer Theorie der Publizistik. Köln/Berlin 1967
82. Pross, Harry: Publizistik - Thesen zu einem Grundcolloquium. Neuwied/Berlin 1970
83. Pross, Harry: Die meisten Nachrichten sind falsch. Für eine neue Kommunikationspolitik. Berlin/Köln/Mainz 1971
84. Pross, Harry: Politische Symbolik. Theorie und Praxis der öffentlichen Kommunikation. Stuttgart 1974
85. Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.): Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems - KtK. Telekommunikationsbericht. Bonn 1976
86. Rehlinger, Manfred: Presserecht. Harne/Berlin 1967
87. Rehlinger, Manfred, Ernst B. Mitsch (Hrsg.): Rechtssoziologie. Köln 1967
88. Reich, Herbert: Die völkerrechtlichen Schranken der internationalen politischen Propaganda in Friedenszeiten. Jur. Diss. Kiel, München 1966
89. Reinshagen, Urs: Satellitensendungen und Urheberrecht. Ein Beitrag zur rechtlichen Problematik von Weltraumübertragungen. Zürich 1971
90. Révész, László: Recht und Willkür in der Sowjetpresse. Eine presserechtliche und pressepolitische Untersuchung. Freiburg/Schweiz 1974
91. Rieder, Bernd: Die Zensurbegriffe des Art. 118 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung und des Art. 5 Abs. 1, Satz 3 des Bonner Grundgesetzes. Berlin 1970
92. Rostow, Eugene V.: Final Report. President's Task Force on Communication Policy. Washington 1968
93. Rydbeck, Olof, Edward W. Plomen: Broadcasting in the Space Age. EBU-Monograph No. 5, Genf 1969
94. Rydbeck, Olof: Broadcasting from Space. Unesco Reports and Papers on Mass Communication. Nr. 60, Paris 1970
95. Schmeer, Karlheinz: Die Regie des öffentlichen Lebens im dritten Reich. München 1956
96. Schneider, Franz, Wilmont Haacke, Hartmut Visbeck (Hrsg.): Die Freiheit der Meinungsbildung und -äußerung. Hannover 1967
97. Schneider, Peter: Pressefreiheit und Datensicherheit. Mainz 1968
98. Schramm, Wilbur: Communication Satellites for Education, Science, and Culture. Unesco Reports and Papers on Mass Communication, Nr. 53, Paris 1968
99. Schulze, Erich: Schutz vor Satelliten - Eine Studie zum Urheberrecht und zu den verwandten Schutzrechten. Berlin/Frankfurt 1970
100. Smith, Delbert D.: International Telecommunication Control. Leyden 1969
101. Smith, Delbert D.: Satellite Applications for Education, Culture, and Development. Unesco, Paris, Comm/WS 333

102. Sorgenicht, Klaus, Weichelt, Wolfgang, Tord Riewann, Hans-Joachim Semler (Hrsg.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Kommentar, Bd. 1 u. 2, Berlin-Ost 1969
103. Steinmetz, Hans: Bundespost und Rundfunk. Hamburg 1959
104. Strupp/Schlochauer: Völkerbuch des Völkerrechts. Bd. I-III, Berlin 1960-1962
105. Thayer, Frank: Legal Control of the Press. Brooklyn 1962
106. Tolens, Ulrich: Rundfunk, Satelliten und internationales Recht. Jur. Diss. Kiel 1973
107. Traumann, Erich: Zeitung und kirchliche Zensur. Ein Beitrag zur Pressekunde. Phil. Diss. Heidelberg 1936
108. Uhlirsch, Robert: Antenne einer Erdfunkstelle. Frankfurt 1969
109. Unesco (Hrsg.): Space Communication and the Mass Media. Unesco Reports and Papers on Mass Communication. Nr. 41, Paris 1963
110. Unesco (Hrsg.): Radio and Television and the Service of Education and Development in Asia. Unesco Reports and Papers on Mass Communication. Nr. 49, Paris 1967
111. Unesco (Hrsg.): Communication in the Space Age - The Use of Satellites by the Mass Media. Paris 1968
112. Unesco (Hrsg.): Communication Satellites for Education, Science, and Culture. Unesco Reports and Papers on Mass Communication, Nr. 53, Paris 1968
113. Unesco (Hrsg.): Broadcasting from Space. Unesco Reports and Papers on Mass Communication, Nr. 60, Paris 1970
114. Unesco (Hrsg.): A Guide to Satellite Communication. Unesco Reports and Papers on Mass Communication, Nr. 66, Paris 1972
115. Unesco (Hrsg.): Television Traffic - a One-Way Street? A Survey and Analysis of the International Flow of Television Programme Material. Unesco Reports and Papers on Mass Communication, Nr. 70, Paris 1974
116. Unser, Günther: Die UNO-Aufgaben und Struktur der Vereinten Nationen. München 1973
117. Ursul, A. D.: Information - Eine philosophische Studie. Berlin 1970
118. Voas, Harald K.: Meinungsfreiheit und verfassungsmäßige Ordnung. Verfassungsrechtsprechung und Verfassungslehre in den Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin 1969
119. Weber, Alfred: Kulturgeschichte als Kultursociologie. 2. Aufl., München 1963
120. Wengler, Wilhelm: Völkerrecht. Berlin 1964
121. WDR (Hrsg.): Rundfunk '70. Beiträge zur Zukunft des Mediums. Köln 1970
122. Whitten, G., A. Larson: Propagand: Towards Disarmament in the War of Words. Dobbs Ferry 1963
123. Wulf, Joseph: Presse und Funk im Dritten Reich. Gütersloh 1964

Zeitschriftenaufsätze/Buchaufsätze:

1. Ablard, Charles D.: The International Telecommunication Satellite Consortium Conference.-In: EBU 143(1970), S.49-52
2. ADN: Brief Andrej Gromyko an Dr. Kurt Waldheim, Präsident des Memorandum zum Konventionsentwurf.-In: Neues Deutschland(11.8.1972), S.6
3. Amerika-Dienst: Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums (Entwurfs-Text).-In: Amerika-Dienst, Beilage, S.A., S.XIX-46
4. Amerika-Dienst: Zehn Jahre Fernmelde-Satellitennetz.-In: Amerika-Dienst 13/1975, S.1/2
5. d'Arcy, Jean: Direct Broadcast Satellite and the Right to Communicate.-In: EBU 118(1969), S.14-18
6. d'Arcy, Jean: Direct Broadcast Satellites and the Freedom of Information.-In: McWhinney, The International Law, S. 149-170
7. A.S.(ifi): Satellitensignal - Schutzabkommen in Sicht.-In: FuR 8(1973), S.380-381
8. Bausch, Hans, Hans Jörg Bessler: Ein Bundeskommissionsamt für Massenmedien?-In: Media Perspektiven 10(1971), S.286-297
9. Bezençon, Marcel: Eurovision and the Satellites -Harmony or Hegemony?-In: EBU 111(1968), S.10-11
10. Bezençon, Marcel: Television via Direct Broadcast Satellites-Light or Damper?-In: EBU XXIV, Nr.4(1973), S.14-16
11. v. Bismarck, Klaus: Zukunftsperspektiven des Rundfunks.-In: WDR, Rundfunk '70, S.7-19
12. Bormann, Gerald: Die neuen Medientechnologien im Bericht der Bundesregierung.-In: FuR 8 (1974), S.503-505
13. Bourély, M.M.: La coordination des organisations européennes de coopération spatiale.-In: McWhinney, New frontiers S. 46-60
14. Brack, Hans: The Regulation of Broadcast Advertising in the Federal Republic of Germany.-In: EBU XXV, Nr.6(1974), S. 29-32
15. Brack, Hans: German Radio and Television Organization and Economic Basis 1969-1973.-In: EBU XXV, Nr.4(1974), S.17/18
16. Brack, Hans: Dokumentation über die Internationale Konferenz der Rundfunkunionen über Fernmeldesatelliten, Rom 5-11.3.1972.-In: Tvc-Archiv Dokumentation (4.4.1972)-14-Das Communiqué
17. Brepohl, Klaus: Daten und Bilder über Kabelsysteme-Auf dem Weg zur Telekommunikation.-In: FuR 8 (1971), S.248-259
18. Brepohl, Klaus: Kabelfernsehen.-In: FuR 5 (1972), S.154
19. Brunner, Georg: Die Quellen des Völkerrechts.-In: Maurach/Weissner, Völkerrecht in Ost und West, S.39-70
20. Campbell, Harry C.: Transfer of Information between Libraries.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S.83-92

21. Chapoy, Alan: Unilateralism in United States Satellite Communication Policy.-In: McWhinney, The International Law S. 42-50
22. Clarke, Arthur C.: Prediction, Realization and Forecast.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 30-40
23. Clarke, Arthur C.: Beyond Babel: The Century of Communication Satellite.-In: Unesco, Reports Nr. 60 (1970), S. 48-53
24. Cocca, Aldo Armando: Benefits of World Exchanges.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 77-82
25. Cocca, Aldo Armando: Fundamental Principles of Space Law: a Latin-American Viewpoint.-In: McWhinney, New Frontiers, S. 61-72
26. Coddington, Georges A.: Jamming and the Protection of Frequency Assignments.-In: AJL, Bd. 49 (1955), S. 384
27. Collins, Richard R.: Intelsat: Doing Business in Outer Space.-In: Columbia Journal of Transnational Law, Vol. 6 (1967), S. 17-60
28. Collins, Richard R.: Use of the Intelsat Satellite System for Project Apollo.-In: EBU 118 (1969), S. 24-33
29. Contreau, J. P.: The European Telephone and Television Distribution Satellite System.-In: TJ 5 (1971), S. 290
30. Davis, Reinhard: Die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht bei den kommunikativen Medien.-In: WDR, Rundfunk '70, S. 40-49
31. Dunblasing, Paul G.: A Liability Conventions: Next Step in the Legal Regime for Outer Space Activities.-In: McWhinney, New Frontiers, S. 89-102
32. Dickinson, Treacy J.: Telecommunication Satellites and the European Broadcasting Union.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 101-105
33. Dieckmans-Terschuur, I. H. Ph.: Registration of Spacecraft.-In: McWhinney, New Frontiers, S. 124-131
34. Dietrich, P.: Fernmeldedienste über Satelliten.-In: Nachrichtenübertragung über Satelliten. FIZ Darmstadt, S. 59-51
35. Diezelside, Henri: Possible Uses of Satellites in Education.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 61-70
36. Dill, Richard: Fernsehen ohne Programm - Programm ohne Fernseher.-In: FSuB 1/2 (1974), S. 18-27
37. Dill, Richard: Kommunikationsatelliten für Entwicklungsländer? Zu einem Expertenbericht der Unesco für Pakistan.-In: FSuB 3 (1970), S. 166-170
38. Dill, Richard: Grundlagen der Satellitenkommunikation.-In: FSuB 2 (1972), S. I-XXIII
39. Dill, Richard: Verliert sich die Informationsfreiheit im Weltraum?-In: FSuB 3/4 (1972), S. I-XXXVII
40. Dill, Richard: Kommunikationsatelliten für Europa.-In: FSuB I (1973), S. I-XXXII
41. Dill, Richard: Rundfunk und Satelliten in den 90 er Jahren.-In: FSuB II (1973), S. I-XXIV
42. Diller, Ansgar: Die Unesco und die Massenmedien.-In: FuR 1 (1973), S. 9-13
43. Dittrich, Robert: Transmission via Space Satellites.-In: EBU 131 (1972), S. 52-58

44. Dittrich, Robert: The Brussels Satellite Convention.-In: EBU 6 (1974), S. 60-64
45. Dube, S. C.: Communication, Innovation, and Planned Change in India.-In: Schramm/Lerner, Communication and Change, S. 129-167
46. Dutoit, Bernard: Die Souveränitätsbeschränkungen im Lichte der westlichen und sowjetischen Theorie der Subjekte des Völkerrechts.-In: Maurach/Meissner, Völkerrecht in Ost und West, S. 71-99
47. Eberhard, Fritz: Mögliche Wirkungen von Kommunikations-Satelliten auf die internationale Verständigung. AIBRI-Referat (1970), S. 1-6
48. EBU: Satellite Transmission and the Berne Convention In: EBU 118 (1969), S. 77
49. EBU: Comments of the European Broadcasting Union on the Draft Convention to Prohibit the Unauthorized Distribution of Program-Carrying Signals Communicated by Satellites.-In: EBU 132 (1972), S. 51-55
50. EBU: International Conference of Broadcasting Unions on Communication Satellites, Rome, 6-11 March 1972 In: EBU 132 (1972), S. 65-67
51. EBU: EBU Memorandum Concerning the Draft Convention Against the Unauthorized Distribution of Program-Carrying Signals Transmitted by Satellites In: EBU XXIV, Nr. 3 (1973), S. 49-53
52. EBU: Convention Relating to the Distribution of Programme-Carrying Signals Transmitted by Satellite.-In: EBU XXV, Nr. 6 (1974), S. 60-61
53. Elias, Dietrich: Zukunftsaspekte des Post- und Fernmeldewesens.-In: Deutsche Bundespost, Bundespost '74, S. 14-18
54. Errera, Roger: Problems Raised by the Content of Television Programs Transmitted by Telecommunication Satellites.-In: McWhinney, The International Law, S. 85-98
55. Elias, T. O.: The Contribution of Telecommunications and Direct Satellite Broadcasting to Technical Assistance and Nation-Building in the "New" Countries. An African Viewpoint.-In: McWhinney, The International Law, S. 122-137
56. Ezek, Hilding: International Cooperation and International Agreements.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 160-168
57. Fantl, Piero: European Satellite Rates for Television Service.-In: EBU 118 (1969), S. 34-40
58. Feldstein, Valter: Extending the Range of Broadcasting.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 106-112
59. Fernández-Shaw, Félix: Satellite Transmission and Spanish-American Regional Cooperation.-In: EBU 118 (1969), S. 56-58
60. Fernández-Shaw, Félix: The ITU Plenipotentiary Conference 1973.-In: EBU XXIV, Nr. 4 (1973), S. 17-21

61. Fernández-Shaw, Félix: The New International Telecommunication Convention (ITC) of Malaga-Torremolinos (1973).
In: EBU XXV, Nr. 2 (1974), S. 21-26
62. Fischer, Heinz-Diertrich: Internationale Publizistik und Kommunikation
In: Publizistik 3/4 (1972), S. 259-266
63. FK : Abschluß der Intelsat-Verhandlungen in Sicht.-
In: FK 21 (1971), S. 9-10
64. FK: Ergebnisse der Internationalen Funkverwaltungs-
konferenz.-In: FK 35 (1971), S. 9-11
65. FK: Mit dem Bildungsfernsehen in welche Zukunft?
Bericht zum 2. Marler Fernsehforum.-In: Beilage
zu FK 10 (1975), S. 1-8
66. FK: Ergebnisse der Internationalen Satelliten-
konferenz.-In: FK 12/13 (1972), S. 7-10
67. FK: Europäische Weltraumkonferenz erneut ver-
schoben.-In: FK 38 (1972), S. 10
68. FK: Eurosat-ein westeuropäisches Pendant zu Intel-
sat.-In: FK 46 (1972), S. 4-6
69. FK: Vorentscheidungen über europäische Weltraum-
politik.-In: FK 46 (1972), S. 3-4
70. FK: Empfehlungen des Europarats zur Europäischen
Weltraumpolitik.-In: FK 46 (1972), S. 7
71. FK: Auseinandersetzung um Intelsat IV A hält an.-
In: FK 11 (1973), S. 14-15
72. FK: Der Wendepunkt von Nairobi-Wortlaut der Kon-
vention zum Schutz von Satellitensignalen.-
In: FK 45 (1973), S. 4-7
73. FK: Pressekodex des Deutschen Presserats.-In: FK 3
(1974), S. 6/7
74. FK: Ende von "Radio Veronica" in Sicht?-In: FK 25
(1974), S. 17-19
75. Flemmer, Walter: Fernsehen: Programme von heute - Modelle für
morgen.-In: FSuB 2 (1972), S. 74
76. Foggy, Werner: Das deutsche Bodenstationssystem für den
Funkverkehr mit Satelliten.-In: Arbeitsgemein-
schaft für Forschung, Hft. 189 (1969), S. 63
77. Francis, Richard: A Giant Leap for Mankind-and a Very Long Hop
for Television.-In: EBU 118 (1969), S. 41-49
78. Frutkin, Arnold W.: Space Communications and the Developing
Countries.-In: Gerbner, Gross, Melody, Communi-
cations Technology, Cht. 24, S. 369-380
79. Lord Francis-Williams: Responsible Presentation of the News in the
Space Era.-In: Unesco, Communication in the Space
Age, S. 41-50
80. Genschow T.I.: Direktversorgung durch Fernseh-Satelliten.-
In: Genschow Technischer Informationsdienst,
Ausgabe A 37/38 (1971)
81. Globig, Michael: Europas neue Nasa.-In: Deutsche Zeitung (Christ-
und Welt), (30.5.1975), S. 13

82. Glotz, Peter: Konkurrenz und Kooperation. Thesen zu Zukunft des Rundfunks in der Bundesrepublik.-In: WDR, Rundfunk * 70, S. 31-39
83. Goedhuis, D.: The International Law Association and the Development of a Legal Regime of Outer Space.-In: McWhinney New Frontiers, S. 31-45
84. Goldberg, Anatol: Ein Mond-Vertrag in Sicht?-In: British Features, Art.-Nr. EF 48, S. 1-3
85. Gorenflos, Walter: Die internationale Funkwellenverteilung als Rechtsproblem.-In: JIR 8 (1957), S. 131
86. Green, L.C.: Hijacking and the right of asylum.-In: McWhinney, Aerial Piracy and International Law, Leiden 1971, S. 124-145
87. Haacke, Wilmont, Hartmut Visbeck: Institutionen der Meinungsbildung.-In: Schneider, Haacke, Visbeck, Die Freiheit der Meinungsbildung, S. 45-98
88. Haef, Günter: Bald kommt MSpoke vom Himmel.-In: Stern 46 (1973), S. 42
89. Hadl, Robert D.: Communications Law in the United States - Current Developments.-In: EBU XXIV, Nr. 4 (1973), S. 56-63
90. Hamilton, W.S.: Australia's Dwindling Isolation-Satellites Bridge Time and Space.-In: EBU 118 (1969), S. 59-62
91. Hartl, Philipp: Der deutsche Forschungssatellit und der deutsch-französische Nachrichtensatellit. In: Arbeitsgemeinschaft für Forschung, Heft 189 (1969), S. 39
92. Hashimoto, Tadama: The Satellite Situation in Japan and the Television Coverage of the Apollo 11 Mission.-In: EBU 118 (1969), S. 65-66
93. Hentschel, Manfred W.: Olympia-TV: Die größte Schau der Welt.-In: Der Spiegel 36 (1972), S. 24-36
94. Hinchman, Walter P.: The Technological Environment for International Communications Law.-In: McWhinney, The International Law, S. 21-41
95. Honsius, Fritz W.: International Control of Broadcasting Programs in Western Europe.-In: McWhinney, The International Law, S. 49-84
96. Hubmann, Heinrich: Die geplante Konvention gegen unerlaubte Weiter-sendung von Satellitensendungen.-In: Festschrift für Georg Roeder 1973, Ufita Hft. 46, S. 203-220
97. ifi: Entwicklung und Nutzen von Satelliten.-In: FuR 11, (1971), S. 365
98. ifi: Satellitenprogramme.-In: FuR 11 (1971), S. 366-367
99. ITU: Die Internationale Fernmeldeunion, Frühjahr 1973
100. ITU: I History of the ITU, Genf 1973
101. ITU: II The ITU today, Genf 1973
102. ITU: III Regulations of Standardizations of International Telecommunications, Genf 1973
103. ITU: IV The ITU and Space Radio Communication, Genf 1973
104. ITU: V Planning for a World Telephone Network, Genf 1973
105. ITU: VI Distribution and Rational Use of Radio Frequencies-The Work of the IFRB, Genf 1973
106. ITU: VII The ITU and Technical Cooperation, Genf 1973

- 107.ITU: ITU=ce qu'elle est,ce qu'elle fait=comment elle fonctionne,o.A.
- 108.ITU: The World Administrative Radio Conference for Space Telecommunications-Summary Record by the IFRB,Genf 5.6.-17.7.1971
- 109.Jacobson,Harold,Karan:International Institutions for Telecommunications.The ITU's Role.-In:McWhinney,The International Law,S.51-68
- 110.Jaeger,D.: Übersetzung des Schlußteils des "US Final Report".-IN:RTM(1969),S.184
- 111.Jaffe,Leonard:Technical Possibilities for Radio and Television Services by Satellites.-In:Unesco,Communication in the Space Age,S.131-137
- 112.Joeden,Johann:Die Funksendefreiheit der Staaten.Teil I "Äther-souveränität oder Ätherfreiheit".-In: JIR Nachtrags-band 1950/51,S.85 ff;Teil II "Die Schranken der Ätherfreiheit".-In: JIR Nachtragsband 1952/53,S.71 ff
- 113.Johnson,J.A.: The Intelsat System (with special reference to the Intelsat -IV-system).-In:TJ Vol.38-V(1971),S.270-278
- 114.Johnson,Nicholas:Institutional Pressures and Response at the FCC: Cable and the Fairness Doctrine as a Case Study.-In: Gerbner,Gross,Melody,Communications Technology,Chpt.10, S.133-146
- 115.Kammans,L.P.: Satellites for Education.-In:EDU 118(1969),S.76-77
- 116.Kelly,Frank: Who Owns the Air?.-In: Gross, ,The Responsibility of the Press,S.264-275
- 117.Khatib,M.M.: Achieving a Balance between Regions.-In:Unesco,Commu-nication in the Space Age,S.113-118
- 118.Kieslich,Günter:Zukunftsperspektiven der Massenkommunikation.-In: Publizistik 1(1972),S.88-94
- 119.Kimminich,Otto:Völkerrechtliche Probleme der Sicherheit und Zusammenarbeit.-In:JIR 17(1975),S.59-86
- 120.Kipp,Heinrich:Das Verbot der Diskriminierung im modernen Friedens-völkerrecht.-In:Archiv für Völkerrecht,Bd.9(1961/62), S.137
- 121.Kirsch,Botho: Die Wahrheit als Schmuggelware.-In:Dialog 3(1973), S.67-68
- 122.Kösters,Heinrich:Satelliten für den Rundfunk.-In:tvc-Archiv/Doku-mentation(16.2.1970),S.4
- 123.Kohlhaas,Peter:Informationsfreiheit von Presse und Rundfunk.-In: FuR 10(1975),S.695-697
- 124.Kopal,Vladimir:East-West Cooperation in Space Telecommunication - A Socialist Countries' Viewpoint.-In:McWhinney,The International Law,S.99-112
- 125.Kopal,Vladimir:The Agreement on Rescue of Astronauts and Return of of Space Objects.-In:McWhinney,New Frontiers,S.103-123
- 126.Kotowski,Paul:Automatisierung der Satellitendienste.-In:VDI-Zeit-schrift,Reihe 12,Nr.14(Sept.1966)
- 127.Krath,Herbert:Die Deutsche Bundespost und der Rundfunk.-In:Deutsche Bundespost,Bundespost'74,S.23-26
- 128.Krause-Ablass,Wolf Dietrich:Amerikanische Herrschaft über Intelsat.-In:RuF 3/4(1970),S.303-313
- 129.Krause-Ablaß,Günter(Übers.):Sputnik-Abkommensentwurf.-In:RuF 3 (1971),S.331-337

130. Krebs, H.: Die Erdefunkstelle Raisting der Deutschen Bundespost für Fernmeldeverbindungen über Satelliten.-In:Sonderdruck der Erdefunkstelle Raisting(1972)
131. Kreis, Herbert: Die Technik löst nicht alle Probleme.-In:FSuB 3/4 (1972),S.411-415
132. Kremp, Herbert: Die Windeier in Korb drei.-In:Die Welt(8.7.1975), S.5
133. KSZE: Schlußempfehlungen der Helsinki-Konsultationen. Sonderdruck Helsinki 1973
134. KSZE: Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Erklärung des Europäischen Rates über die KSZE.-In:BT-Drucksache 7/3867 vom 23.7.1975
135. Lachs, Manfred: The Law-Making Process for Outer Space.-In:McWhinney, New Frontiers,S.13-30
136. Lasode, I.O.A.: The Possible Use of Communication Satellites in Africa.-In:Communication in the Space Age,S.119-122
137. Lee, Robert E.: Broadcasting via Satellite.-In:EBU XXIV,Nr.3(1973), S.21-23
138. Leingang, Horst: Die Erdefunkstelle Raisting der Deutschen Bundespost-Zweite Antennenanlage.-In:Sonderdruck der Erdefunkstelle Raisting,o.J.
139. Leonhardt, Walter: Europas erster Nachrichtensatellit.-In:Tagesspiegel Nr. 8394(15.12.1974),S.24
140. Lerner, Daniel: International Cooperation and Communication in National Development.-In:Schramm/Lerner,Communication and Change,S.103-128
141. Löffler, Martin: Informationsfreiheit insbesondere von Presse und Rundfunk-Inhalt und Grenzen.-In:FuR 9 (1975),S. 637-643
142. Lokrantz-Bernitz, Annika: Les Télé-satellites et les droits d'auteur.-In:Rida LXVIII(1971),S.69
143. Lucas, Robert: Der erste Weltraumjurist erzählt.-In:British Features Art.-Nr. AV 4,S.1-5
144. Magnus, Uwe: Zukunftsaspekte der Massenkommunikation.-In:RuF 3/4(1970),S.263-273
145. Magnus, Uwe: Demographische und soziologische Entwicklungen und sich daraus ergebene Veränderungen in der Funktion der Massenmedien.-In:WDR,Rundfunk '70,S.20-30
146. Mahon, Joseph B.: Launch Vehicles for Space Telecommunications Applications.-In:TJ 5(1971),S.236-244
147. Maletzke, Gerhard: Interkulturelle und Internationale Kommunikation.-In:Interkulturelle Kommunikation zwischen Industrieländern,Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, S.1-49
148. Marzin, Pierre: Space Communications:European Projects.-In:EBU 118 (1969),S.19-23
149. Marks, Leonard: Communications Satellites -A Launch Vehicle for International Understanding.In:EBU 118 (1969),S. 50-55
150. Masouyé, Claude: Problems of Copyright and Neighbouring Rights in the Use of Communications Satellites.-In:EBU 115 (1969), S.43-47
151. Masouyé, Claude: Some Reflections on the Protection of Signals Transmitted via Communications Satellites.-In:EBU 121 (1970),S.54-57
152. Masouyé, Claude: Quid du droit d'auteur dans l'utilisation des satellite spatiaux.-In:Rida LXXII (1972),S.11-34

153. Masouyé, Claude: The Distribution of Signals Transmitted by Satellite (or the "Nairobi turning-point"). - In: EBU XXIV, Nr. 5 (1973), S. 40-51
154. Masouyé, Claude: A New International Convention. - In: EBU 5 (1974), S. 46-59
155. Matthews, Bruce A.: The History and Philosophy of Comsat's Satellite Television Rate. - In: EBU 116 (1969), S. 10-15
156. Mayer, Hans F.: Interkontinentale Nachrichtenübertragung mittels moderner Tiefseekabel und Satellitenverbindungen. In: Arbeitsgemeinschaft für Forschung, Heft 104 (1961)
157. Mayer, Max: Europa und der neue Intelsat-Vertrag. - In: FSuB 3/4 (1971), S. 199-204
158. McWhinney, Edward: The Development of an International Law of Communications. - In: McWhinney, The International Law, S. 11-20
159. Meissner, Boris: Das Wesen und der Geltungsbereich des Völkerrechts. In: Maurach/Meissner, Völkerrecht in Ost und West, S. 9-38
160. Melzer, Alexander: Das Projekt eines Satelliten zu Erziehungszwecken. In: NZZ (26.9.1975), S. 73
161. Menon, Norayana V.K.: Space Communication for Developing Countries: India as an Example. - In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 123-130
162. Mentha, Bénigne: Urheberrecht und Entwicklungsländer. Ein Zusatzvorschlag. - In: Festschrift für Georg Roeber 1973
163. Moore, Spencer: The Canadian Broadcasting Corporation and a Domestic Communication Satellite. - In: EBU 118 (1969), S. 72-75
164. Merrill, John C.: The Role of the Mass Media in National Development: an Open Question for Speculation. - In: Gazette 4 (1971), S. 236-242
165. Nestel, Werner: Nutzsatelliten im Weltraum der 80 er Jahre. - In: FuR 5 (1973), S. 199-204
166. Neufischer, Karl: Rechtsfragen der Weiterverbreitung von Rundfunktendungen über Kabelsysteme, insbesondere der Erwerb und die Abfindung der dabei betroffenen Rechte. - In: FuR 3 (1972), S. 92-101
167. Nichols, Josef C.: Some Aspects of Direct Satellite Broadcasting. - EBU XXV Nr. 3 (1974), S. 10-19
168. Nordenstreng, Kaarle, Tapio Varis: The Nonhomogeneity of the National State and the International Flow of Communications. In: Gerbner, Gross, Melody, Communications Technology, Chpt. 26, S. 393-412
169. Patermann, Christian: Intelsat-Neue Gesichtspunkte für die Struktur internationaler Organisationen. - In: Abhandlungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, Bonn, S. 11-20
170. Paulu, Burton: The American Scene. - In: EBU XXV Nr. 4 (1974), S. 38-41
171. Pépin, Eugène: A Legal Order for Outer Space: the Next Steps. - In: McWhinney, New Frontiers, S. 1-7
172. Persin, Jean: Technical Aspects of Direct Broadcasting. - In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 147-154
173. Petrov, I.: "Intersputnik" International Space Communication System and Organization. - In: Tü, Vol. 39-XI (1972), S. 45

174. Flaisant, Robert: Propriété intellectuelle et communications par satellites.-In: Rida LXX(1971), S. 79-121
175. Ploman, Edward W.: Education in the Space Age-Some Thoughts on the Use of Satellites for Education.-In: EBU 123 (1970), S. 19-24
176. Pollyn, Kenneth A., Michael Schmidbauer: Das brasilianische Satellitenprogramm.-In: FSuB 3/4(1972), S. 402-411
177. Pomorski, Jerzy Mikulowski: Right to Communicate: National Legislations or International Policy?.-In: IBI General Meeting 1975, Köln 1.-4. 1975, Contribution to Working Committee IV
178. Pross, Harry: Die kulturelle Chance der Massenmedien.-In: Die neue Gesellschaft, 13. Jhg. (1966), Nov./Dez., S. 427
179. Quick, August Wilhelm: Die dritte Stufe der europäischen Träger- rakete unter besonderer Berücksichtigung der Prüfung durch Höhensimulationsanlagen.-In: Arbeitsgemeinschaft für Forschung, Hft. 189(1969), S. 7
180. Radtke, Michael: Satelliten und Fernsehen. Dokumentation.-In: FK 35, 36, 38, 40 (1972), Beilage
171. Radtke, Michael: Wirklich vor einer Entscheidung?-In: FK 42(1972), S. 1-4
172. Radtke, Michael: Kein Heuler mehr aus der Nordsee.-In: Stern Nr. 38(1974), S. 157
173. Ransi, I.: Telecommunications in the Space Research System.-In: TJ Vol. 38-V-(1971)
174. Rao, Krishna K.: The Contribution of Telecommunications and Direct Satellite Broadcasting to Technical Assistance and Nation-Building in the "new" Countries. An Asian Viewpoint.-In: McWhinney, The International Law, S. 113-121
175. Ray, Ivor: Telecommunication and the Transmission of News.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 51-60
176. rb(ifi): Zur Schadensregelung in Fällen eines Satelliten- absturzes.-In: FuR 8 (1971), S. 267-269
177. rb(ifi): Weitere Entwicklung auf den Satellitengebieten.-In: FuR 3 (1972), S. 110-112
178. rb(ifi): Satelliten-Erfolge, Loerläufe, Erwartungen.-In: FuR 9 (1972), S. 295-296
179. rb(ifi): Vorschläge für Konventionen zur Regelung des Satellitenfernsehens.-In: FuR 9 (1972), S. 296-298
180. rb(ifi): Rechtsfragen des Satellitenfernsehens im Ge- spräch.-In: FuR 3(1973), S. 140-142
181. rb(ifi): Arbeiten zur Nachrichtentechnologie in den Ressortbereichen des Bundesministers Prof. Dr. Horst Ehmke.-In: FuR 4 (1974), S. 257-260
182. rb(ifi): Kommunikation über Satelliten.-In: FuR 4 (1975), S. 243-247
183. rb(ifi): Die internationalen Konventionen auf den Gebieten des geistig-künstlerischen Schaffens.-In: FuR 5 (1975), S. 332-334
184. Rehbindner, Manfred: Internationale Massenkommunikation über Satelliten Juristen unter dem Druck der technischen Entwick- lung.-In: FuR 5 (1971), S. 152-157
185. Rehbindner, Manfred: Die Arbeitsgremien für eine juristische Kontrolle der Massenkommunikation über Satelliten-Möglich- keiten und Aufgaben.-In: FuR 6(1971), S. 191-194

186. Reh binder, Manfred: Urheberrechtliche Probleme des Satellitenfernsehens.-In: FuR 11(1972), S. 359-366
187. Renault, Lucien: From the "Our World" Achievement to Instant Global Television.-In: EBU 190(1968), S. 10-11
188. Ringer, Barbara: Die Beziehungen zwischen Urheber- und Nebenrechten.-In: Phono-Press 3(Juli 1974), Anhang, S. 1-11
189. Roeber, Georg: Arbeiten zur Satelliten-Fernsehen-Initiativen des Instituts für Film- und Fernsehrecht.-In: FuR 5(1971), S. 167-168
190. Roeber, Georg: Tatbestände mit rechtlichen Auswirkungen, Teil I. Kommunikation.-In: FuR 1(1973), S. 23-36
191. Rudolf, W.: Informationsfreiheit und Rundfunk im Völkerrecht.-In: JIR 5 (1954), S. 256
192. Runge, Wilhelm T.: Elektronik im Jahre 2000.-In: BDZV-Schriftenreihe 3(1969), S. 15-30
193. Runge, Wilhelm T.: Elektronik im Jahre 2000.-In: FSuB 1/2(1969), S. 45-53
194. Scharf, Albert: Aktuelle Fragen des Satellitenrechts unter internationalen Aspekten.-In: FuR 5(1973), S. 205-211
195. Schendel, Artur Helmut, Friedrich Wilhelm Bodemann: Fernsehdirekt-empfang über Satelliten.-Sonderdruck aus dem Jhb. 1972 der DGLR
196. Schiller, Herbert I.: Authentic National Development Versus the Free Flow of Information and the New Communications.-In: Gerbner, Gross, Melody, Communications Technology Chpt. 30, S. 467-484
197. Schiller, Herbert I.: Electronic Invaders.-In: New Journalist-Australia Media Critic, European Edition 16(1974), S. 17-18
198. Schmidbauer, Michael: Zur Problematik des Bildungssatelliten.-In: NZZ(3.10.1970), S. 8
199. Schmidbauer, Michael: Kommunikationssatelliten und Bildung-Ein Blick in die Zukunft.-In: FSuB 1/2(1970), S. 1-EMII
200. Schneider, Franz: Die historischen Voraussetzungen von Art. 5 des Grundgesetzes.-In: Schneider, Kaacke, Visbeck, Die Freiheit der Meinungsbildung, S. 7-43
201. Schramm, Wilbur: Some Possible Social Effects of Space Communication.-In: Unesco, Communication in the Space Age, S. 11-29
202. Schramm, Wilbur: Communication and Change.-In: Schramm/Lerner, Communication and Change, S. 5-34
203. Schuster/Pressler: Deutschland und der Kopenhagener Wellenplan.-In: JIR 5(1954), S. 47
204. Seidel, Bernhard: Satellitenfunk.-In: Deutsche Bundespost, Bundespost *74, S. 74-79
205. Shute, John V.: Further Developments on Satellite Rates.-In: EBU XXV, Nr. 4(1974), S. 46-49
206. Shute, John V.: A Domestic Satellite Communications System for the United States.-In: EBU 118 (1969), S. 67-71
207. Shute, John V.: The Struggle for Intercontinental Television. Teil I In: EBU 108(1968), S. 52-63; Teil II In: EBU 109(1968), S. 56-65; Teil III In: EBU 110(1968), S. 65-73

- 208.Siebert,Fred: Property Rights in Materials Transmitted by Satellites.-In:Journalism Quarterly(1971)Ausgabe: Frühjahr,S.17-25
- 209.Smith,Ralph Lee: CATV:FCC Rules and Public Interest.-In:Gerbner, Gross,Melody,Communications Technology,Chpt.9,S. 121-132
- 210.Sochor,Eugène: Amerikas Fernsehprogramme überrollen die Welt.-In: Unesco-Dienst 4 (1974),S.11-13
- 211.Sommerlad,Lloyd E.:Broadcasting from Space-Go-operation or Chaos?- TJ,Vol.38,Nr.V(1971),S.399-401
- 212.Sommerlad,Lloyd E.:Bildungssatelliten für Entwicklungsländer.-In: FSuB 3/4(1972),S.394-402
- 213.Spaeth,Armin: Die III.Europäische Weltraumkonferenz.-In:FSuB 1/2(1969),S.67-72
- 214.Stenger,Ludwig: Satellitenübertragungen im Jahre 1968.-In:FSuB 1/2(1969),S.54-63
- 215.Stolte,Dieter: Television in the 1970 s:Analyses,Predictions, Aims.-In:EBU XXIII,Nr.1(1972),S.67
- 216.Straschnov,Georges C.:Some Legal Aspects of Television Transmission by Satellites.-In:Unesco,Communication in the Space Age,S.93-100
- 217.Tchistiakov,N.T.:Evolution of Satellites and Orbits.-In:Unesco, Communication in the Space Age,S.138-146
- 218.Terrou,Fernand: The Need for International Agreements.-In:Unesco, Communication in the Space Age,S.169-180
- 219.Tietgens,Hans: Politische Bildung und Fernsehen,Sonderdruck der Bundeszentrale für politische Bildung.-Aus:Das Parlament.B 27/67(5.7.1967)
- 220.Torfs,Jacques: Communication Systems - Satellites.-In:IBI News Letter No.6(Summer 1972),S.2-3
- 221.Trara,L.,G.F.Block:General Problems in the Space Radio Communications TJ Vol 38-V(1971),S.248-260
- 222.UER: 36 Session ordinaire de la commission juridique de l'UER,Marseille 15-28.4.1973."Transmission télévisuelles par satellite".Doc AFJ 363/Com.J.667
- 223.UN-Report: Report of the Committee on the Peaceful Uses of Outer Space.GAOR 24 th session,Suppl.No 21 (A 7621) 1969
- 224.UN-Report: Addendum to the report of the Committee on the Peaceful Uses of Outer Space .GAOR 24 th session, Suppl.No 21 A (A/7621/Add.1) 1969
- 225.UN-Report: Report of the Committee on the Peaceful Uses of Outer Space.GAOR 25 th session Suppl.No 20(A 8020) 1970
- 226.UN-Report: Report of the Committee on the Peaceful Uses of Outer Space.GAOR 27 th session Suppl No 20(A 8720) 1972
- 227.UN-Report: Report of the Committee on the Peaceful Uses of Outer Space.GAOR 28 th session Suppl.No 20 (A/9020) 1973
- 228.UN-Resolutions: GAOR 24 th session,Suppl.No 30(A/7630),16.9.-17.12. 1969
- 229.UN-Resolutions: GAOR 27 th session,Suppl.No 30(A/8730),19.9.-19.12. 1972
- 230.UN: The Peaceful Uses of Outer Space.-In:Unesco,Communication in the Space Age,S.155-159

- 231.Unesco: Recommendation of the Meeting of Experts.-In:Unesco Communication in the Space Age,S.181-187
- 232.Unesco: A Feasibility Study of a Pilot Project Using a Communications Satellite Primarily for Educational Television.-In:Unesco,Communication in the Space Age S.188-192
- 233.Unesco: Draft Declaration of Guiding Principles on the Use of Satellite Broadcasting for the Free Flow of Information,the Spread of Education,and Greater Cultural Exchange.Summary.Unesco 17 C/76,21.7.1972
- 234.Unesco: Report of Commission IV "Communication".-Unesco 17 C/98,13.11.1972
- 235.Unesco: Convention Relating to the Distribution of Programme-Carrying Signals Transmitted by Satellite.-In:TV-Courier/Dokumentation Nr.26/27-D,S.14-18
- 236.Unesco/Wipo: Draft Convention Against the Unauthorized Distribution of Programme-Carrying Signals Transmitted by Satellites.-Unesco/Wipi/SAT,2/14 Annexe A
- 237.Ungerer,Werner: Satellitenprobleme und Intelsat-Verhandlungen.-In: Außenpolitik 21(1970),S.71-84
- 238.Ungern-Sternberg,Joachim v.:Die Satellitensendungen des Rundfunks-Zur Frage ihres Schutzes durch das Rom-Abkommen.-In:GRUR,Intern.Teil,Hft.10(1970),S.303-310
- 239.U-Thant: Message.-In:EBU 118(1969),S.12
- 240.Valladao,Haroldo:South-American Contributions to Solution of the Juridical Problems of Telecommunications and Direct Satellite Broadcasting.-In:McWhinney,The International Law,S.138-148
- 241.Venatassin,J.L.:Le champ d'application du droit de l'espace.-In: McWhinney,New Frontiers,S.9-12
- 242.Verdross,R von: Die bona fides als Grundlage des Völkerrechts.-In:Festschrift für Rudolf Laun,1953,S.29
- 243.Wallenreiter,Christian:Des Problem der Freiheit des Rundfunks.-TV-Archiv Nr.2(12.3.1973),S.1-7
- 244.Weiner,Myron: A Note on Communication and Development in India.-In:Schramm/Lerner,Communication and Change,S.190-19
- 245.Weynen,Wolfgang:Nachrichtentechnik und Weltpresse.-In:BDZV-Schriftenreihe Hft.3(1968),S.3-14
- 246.Zhukov,G.P.: Tendencias and Prospects of the Development of Space Law:the Soviet view-point.-In:McWhinney,New Frontiers,S.73-88
- 247.Zimmer,Harro: Schluß mit den Wegwerfsatelliten-Auf dem Wege zum Raumtransporter.-Mskpt.Sdg.RIAS-Berlin 22.11.1973
- 248.o.Verf.: Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums. (Abdruck des Text-Entwurfs).-In:Amerika-Dienst, Beilage,XIX-46
- 249.o.Verf.: Durch den Weltraum zu fernen Kontinenten.-Sonderdruck der Erdefunkstelle Raisting/Obb.zum 17.5.197
- 250.o.Verf.: Unesco plädiert für internationale Kommunikationsforschung.-In:Media Perspektiven 12(1971),S.391-39
- 251.o.Verf.: Der programmierte Himmel-Raisting ,die Erdefunkstelle der Deutschen Bundespost.Sonderdruck der Erdefunkstelle Raisting(1972)

Zeitschriftentitel-Abkürzungen:

AJL	American Journal of International Law
EBU	European Broadcasting Union-Review
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FK	Funk-Korrespondenz
FSub	Fernsehen und Bildung
FuR	Film und Recht
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht
NEZ	Neue Zürcher Zeitung
Rida	Rèvue Internationale du droit d'auteur
RTM	Rundfunktechnische Mitteilungen
TJ	Telecommunication Journal der ITU

Abkürzungsverzeichnis:

ATS	Application Technology Satellite
ATT	American Telephone and Telegraph Company
Bell Labs	The Bell Telephone Laboratories
Birpi	Bureaux Internationaux Réunis pour la Protection de la Propriété Intellectuelle
BGBL	Bundesgesetzblatt
CBC	Canadian Broadcasting Corporation
CCIR	International Radio Consultative Committee
CCITT	International Telegraph and Telephone Consultative Committee
CEPT	Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications
CETS	Europäische Satellitenkonferenz
CCRSAT	Communication Satellite Corporation
CST	Communications Technology Satellite
DFVLR	Deutsche Forschungs-und Versuchsanstalt für Luft-und Raumfahrt
DTS	Development Test Satellite
EBU	European Broadcasting Union
Eldo	European Launcher Development Organization
Esro	European Space Organization
FCC	Federal Communications Commission
FTZ	Fernmeldetechnisches Zentralamt, Darmstadt
GAOR	General Assembly Official Records
GHz	Gigahertz
IATA	International Air Transport Association
IBI	International Broadcasting Institute
ICAO	International Civil Aviation Organization
IFRB	International Frequency Registration Board
Intelsat	International Telecommunications Satellite Consortium
IPTC	International Press Telecommunications Committee
ISRO	Indian Space Research Organization
ITU	International Telecommunication Union
LSC	Lockheed Communications Satellite
NACA	National Advisory Committee for Aeronautics
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NET	National Educational Television

NHK	Nippon Hoso Kyokai
OIRT	Organisation Internationale de Radiodiffusion et Télévision
Ompi	Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle
PBS	Public Broadcasting Service
PTT	Nationale Post-Telefon-Telegraphenverwaltung
RA	Rom-Abkommen
RBÜ	Revidierte Berner Übereinkunft
RCA	Radio Corporation of America
RR	Radio Regulations
UN	United Nations Organization
UN-Copous	UN Committee of the Peaceful Uses of Outer Space
Unesco	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
WARC-ST	World Administrative Radio Conference for Space Tele- communications
WIPO	World Intellectual Property Organization
WUA	Welturheberrechtsabkommen

Lebenslauf

Am 21. März 1944 wurde ich, Barbara Ingrid Regina Nickolaus, als Tochter des damaligen Studienrates Dr. Günter Nickolaus und seiner Ehefrau Ingeborg, geborene Leistner in Berlin geboren. Die Ehe meiner Eltern wurde 1947 geschieden; meiner Mutter wurde das Sorgerecht für mich übertragen. 1948 schloß meine Mutter eine zweite Ehe mit dem Rechtsanwalt Dr. Hellmuth Franke.

Nach dem Besuch der 5. Grundschule, Berlin-Wilmersdorf und des Gertrauden-Gymnasiums, Berlin-Dahlem bestand ich 1965 mein Abitur. Im Sommersemester 1965 wurde ich an der Freien Universität Berlin immatrikuliert. Hier studierte ich acht Semester Publizistik mit dem Nebenfach Musikwissenschaft und neun Semester Rechtswissenschaft.

Während meiner Studienzeit erfolgte meine praktische journalistische Ausbildung: zunächst 1967 beim Sender Freies Berlin in der Abteilung E-Musik, sowie in der Rechtsabteilung und in der Ton-technik und dann 1968 ein Volontariat beim RIAS-Berlin in der Abteilung Musik.

Am 15.12.1972 schloß ich mein Studium im Hauptfach Publizistik und den Nebenfächern Arbeitsrecht und Kriminologie mit dem Erwerb des Grades eines Magister artium ab.

Ich bin seit 1969 als Wissenschaftsautorin freiberuflich für Rundfunkanstalten sowie für die Deutsche Oper Berlin tätig.

